

# Sand im Getriebe

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: [www.sand-im-getriebe.org](http://www.sand-im-getriebe.org) E-Mail: [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)

## Die Haager Staaten-Gruppe aktiv gegen Völkermord und israelische Vertreibung

### „Stoppt Nakba!“ – Internationaler Kongress der Palästina-Solidarität

#### Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Gründungserklärung der Haager Gruppe, 31. Januar 2025.....	3
Auf welche Dokumente bezieht sich die Haager Gruppe?.....	5
<b>1. Internationaler Gerichtshof</b> .....	5
Klage Südafrikas gegen Israel, 29. Dezember 2023.....	5
Klage Nicaraguas gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof.....	9
IGH-Gutachten vom 9. Juli 2004 – vor 22 Jahren – zum israelischen Mauerbau .....	10
Gutachten vom 19. Juli 2024 .....	11
<b>2. Generalversammlung der Vereinten Nationen</b> .....	15
Unverzüglicher Rückzug Israels aus den besetzten palästinensischen Gebieten!.....	15
<b>3. Sicherheitsrat der Vereinten Nationen</b> .....	16
<b>4. Internationaler Strafgerichtshof</b> .....	17
Konferenz in Bogotá, 16. Juli 2025: Maßnahmen, um den Völkermord in Gaza zu stoppen.....	19
Einheitlicher Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft, 29. Juli 2025.....	21
Treffen der Haager Gruppe zur Beendigung des Völkermords in Gaza, 26. September 2025.....	25
Treffen der Haager Gruppe zur Rechenschaftspflicht und Durchsetzung des Völkerrechts, 4. März 2026 .....	26
Erklärung von 123 Gruppen sozialer Bewegungen, März 2026.....	28
<b>Internationaler Kongress der Palästina-Solidarität: „Stoppt Nakba!“, 7. März 2026</b> .....	32
<b>Tanya Sing:</b> Eröffnungsrede.....	33
<b>Yara Hawari:</b> Gaza ist keine isolierte Tragödie. Es ist das Epizentrum der Weltpolitik.....	34
<b>Hind Khoudary:</b> Wir bitten nicht um Mitleid. Wir fordern Rechenschaft und Handeln.....	36
<b>Francesca Albanese:</b> Sumud der Palästinenser - beharrlicher Widerstand bis Gerechtigkeit herrscht.....	38
<b>Chris Smalls:</b> Ein Marathon. Ein lebenslanger Kampf.....	43
<b>Sally Rooney:</b> Es gibt immer mehr für uns zu tun.....	46
<b>Thiago Avila:</b> Das Ende dieses kolonialen Apartheid-Systems fordern: Die globale Sumud-Flotilla.....	48
<b>Omar Barghouti:</b> Wir können uns durchsetzen. Wir werden uns durchsetzen.....	51
<b>Varsha Gandikota-Nellutla:</b> Haager Gruppe verkörpert den Geist der Menschen des globalen Südens .....	54
<b>Jeremy Corbyn:</b> „Es liegt an uns“.....	56

## Vorwort

In unzähligen, ausführlich begründeten Resolutionen und Entscheidungen haben UN-Instanzen die völkerrechtswidrigen Handlungen Israels sowie den Völkermord verurteilt und ein Ende gefordert. **So hat der Internationale Gerichtshof am 26. Januar 2024 Israel aufgefordert**, „in Bezug auf die Palästinenser in Gaza alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen zu treffen“, um einen Völkermord zu verhindern. Er hob hervor, dass **alle Länder ebenfalls verpflichtet sind, den Völkermord zu verhindern**.

**Am 18. September 2024 forderte die UN-Vollversammlung den „Rückzug Israels aus den besetzten palästinensischen Gebieten“ binnen eines Jahres.**

Alle Resolutionen und Entscheidungen blieben aber folgenlos. Darum **gründeten am 31. Januar 2025 neun Staaten** – u.a. Kolumbien und Südafrika – die **„Haager Gruppe“**, mit dem Ziel, Israel durch wirksame Maßnahmen Grenzen zu setzen. Zudem riefen sie die Völker der Welt auf, sich ihnen anzuschließen.

Drei weitere Konferenzen fanden bisher statt.

Auf der **Konferenz in Bogotá am 16. Juli 2025** kündigten 12 Staaten „sechs koordinierte diplomatische, rechtliche und wirtschaftliche Maßnahmen“ an.

**Am 26. September 2025** bilanzierte die Haager-Gruppe: „Staaten haben weltweit konkrete Maßnahmen [...] ergriffen: Sie haben Waffenlieferungen gestoppt, Waffenlieferungen blockiert, Beschaffungen bei israelischen Firmen ausgesetzt, Energieexporte eingestellt und die Rechenschaftspflicht vor nationalen und internationalen Gerichten sichergestellt.[...]“

Auf einem weiteren Treffen von **40 Staaten in Den Haag am 4. März 2026** wurden folgenden Maßnahmen beschlossen: „I. Gewährleistung der Rechenschaftspflicht: Kein sicherer Hafen für Täter von Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression [...]

II. Nichtanerkennung illegaler Siedlungen durchsetzen [...]

III. Beendigung der Komplizenschaft: Keine Waffen oder materielle Unterstützung [...]“

**123 Vereinigungen aus aller Welt** begrüßten diese Maßnahmen, meinten aber, dass zum multinationalen Schutz des palästinensischen Volkes die UN-Vollversammlung gem. der Resolution 377 A („Vereint für den Frieden“) handeln könne und sollte, wenn – wie geschehen – der Sicherheitsrat seiner vorrangigen Verantwortung zur Wahrung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit nicht nachkommt. Sie fügten 20 konkrete Forderungen an die Staaten hinzu.

Dessen bewusst, dass die Palästina-Solidaritätsgruppen Staaten zu Maßnahmen bewegen müssen bzw. deren Rücken stärken müssen, versammelten sich am **7. März 2026 in Amsterdam** Gewerkschaften und Bewegungen, Parteien und Parlamentarier.

**Francesca Albanese** prangerte an: „ein Wirrwarr aus profitgierigen Konzernen, angepassten Regierungen, Waffenfabrikanten, Beratern, PR-Firmen und Medien, die Brutalität beschönigen und gleichzeitig die Kriegsmaschinerie bejubeln. Gaza ist zu einem Laboratorium geworden, in dem

modernste Militärtechnologien [...] an Menschen getestet und anschließend als kampferprobt vermarktet werden.“

**Sally Rooney** bemerkt: „Wir fühlen uns nur noch fähig, einen unartikulierten Schrei des Entsetzens auszustoßen. [...] Aber eine der Lehren dieses Kongresses ist, dass wir, auch wenn es manchmal nichts zu sagen gibt, dennoch etwas tun können.“

**Yara Hawari** ruft auf, „moralische Empörung in politische Macht umzuwandeln.“

**Die palästinensische Zivilgesellschaft** hatte am 29. Juli 2025 angemahnt: „Eine gerechte Lösung der Palästinafrage erfordert [...] einen politischen Ansatz, der sich auf die Demontage des kolonialen Apartheid- und Besatzungsregimes Israels sowie auf die Verwirklichung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Rückkehr stützt.“

Für **Omar Barghouti** ist es heute „die Nagelprobe dafür, ob die Menschheit – die globale Mehrheit im Süden wie im Norden – in der Lage ist, damit zu beginnen, fünf Jahrhunderte weißer Vorherrschaft, Kolonialismus und Versklavung zu überwinden.“

**Varsha Gandikota-Nellutla** meint dazu: „Die Haager Gruppe verkörpert den Geist der Menschen des globalen Südens. [...] Ich möchte mir Mandelas Worte zu eigen machen: Der Kampf für die Befreiung Palästinas ist der Kampf, der uns alle befreien wird.“

Viele konkrete Aktionen wurden vorgeschlagen:

**Hind Khoudary** aus Gaza betont: „Wir bitten nicht um Mitleid. Wir fordern Rechenschaft und Handeln. [...] Wir können definitiv boykottieren, wir können Investitionen abziehen, und wir können Sanktionen verhängen. An die Gewerkschaften: Weigert euch, die Schiffe zu beladen!“

**Chris Smalls**: „Wir haben gesehen, wie Gewerkschaften und Studierende in Italien über zwei Millionen Menschen auf die Straße gebracht haben und erst kürzlich 21 Häfen am Mittelmeer lahmgelegt haben.“

**Thiago Avila** stellt die Global Sumud Flotilla vor und unterstreicht: „Es ist unsere Pflicht, uns um die konkreten Aktionen zu kümmern. Wir werden dafür sorgen, dass die Gesellschaft, in der wir leben, auf Liebe, Solidarität und Fürsorge aufgebaut ist.“

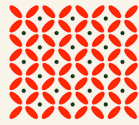
„Wir brauchen Strategie. Wir brauchen Taktik. Und vor allem brauchen wir Einheit“ unterstreicht **Francesca Albanese**.

„Die Anti-Apartheid-Bewegung und die Anti-Völkermord-Bewegung müssen als eine Bewegung mit gemeinsamen Werten erkennbar werden. Und dieser verbindende Wert wird für mich durch das palästinensische Wort *Sumud* repräsentiert.“ Sie ruft dazu auf, sich für die Durchsetzung des Völkerrechts einzusetzen – „das letzte gewaltfreie Werkzeug in unseren Händen.“

„Die Europäische Union könnte, sollte und muss viel mehr tun“ meint **Jeremy Corbyn**: „Sie könnte und sollte alle Waffenverkäufe an Israel sanktionieren. Sie könnte und sollte sich den Verfahren anschließen, die vor dem IGH und dem IstGH angestrengt wurden. Die europäischen Länder könnten und sollten sich alle der Haager Gruppe von Staaten anschließen, die entschlossen ist, das Völkerrecht gegen Völkermord durchzusetzen. Es liegt also an uns allen, dafür zu sorgen, dass wir die öffentliche Meinung mobilisieren, um das zu erreichen.“

# Gründungserklärung der Haager Gruppe

31. Januar 2025



THE HAGUE  
GROUP

مجموعة  
لاهائي

EL GRUPO  
DE LA HAYA

LE GROUPE  
DE LA HAYE

ГААГСКАЯ  
ГРУППА

海牙小组

Wir, die Vertreter der Regierungen von Belize, des Plurinationalen Staates Bolivien, der Republik Kolumbien, der Republik Kuba, der Republik Honduras, Malaysias, der Republik Namibia, der Republik Senegal und der Republik Südafrika, versammelt in Den Haag, Niederlande, gründen an diesem 31. Januar 2025 die Haager Gruppe.

**Geleitet** von den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Zielen und Grundsätzen und von der Verantwortung aller Nationen, die darin verankerten unveräußerlichen Rechte aller Völker, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung, zu verteidigen,

**betrübt** über den Verlust von Menschenleben, Lebensgrundlagen, Gemeinschaften und kulturellem Erbe durch die völkermörderischen Handlungen der Besatzungsmacht Israel gegen das palästinensische Volk in Gaza und im restlichen besetzten palästinensischen Gebiet,

**sich weigernd**, angesichts solcher internationaler Verbrechen passiv zu bleiben,

**entschlossen**, unsere Verpflichtung zur Beendigung der israelischen Besatzung des Staates Palästina zu erfüllen und die Verwirklichung des unveräußerlichen Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu unterstützen, einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat Palästina,

**unter Hinweis auf**

- die **Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs im Fall Südafrika gegen Israel vom 29. Dezember 2023**, die eine ernsthafte Besorgnis über die Begehung von Völkermordverbrechen in Palästina zum Ausdruck bringen,

und unter Hinweis auf die beträchtliche und vielfältige Zahl von Staaten, die sich dem Fall als Drittstaaten angeschlossen haben, um die Verurteilung und sofortige Beendigung des andauernden Völkermords zu fordern,

- das **Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024** zu den „Rechtsfolgen der Politik und Praxis Israels im besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalem“,

- und das **Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004** zu den „Rechtsfolgen des Baus einer Mauer im besetzten palästinensischen Gebiet“,

- die **Resolution A/RES/Es-10/24 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die am 18. September 2024** auf der zehnten außerordentlichen Sondersitzung angenommen wurde und in der das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 gebilligt wurde, sowie die nach internationalem Recht bestehenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten einzuhalten, die sich aus dem Gutachten ergeben, die Ausstellung von Haftbefehlen durch den **Internationalen Strafgerichtshof am 21. November 2024**, in denen „hinreichende Gründe für die Annahme“ festgestellt wurden, dass „Herr Netanjahu und Herr Gallant als zivile Vorgesetzte jeweils die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Anweisung eines Angriffs gegen die Zivilbevölkerung ... das Kriegsverbrechen des Hungers als Methode der Kriegsführung ... und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form von Mord, Folter und anderen unmenschlichen Handlungen“ tragen,

- den **Beschluss des Internationalen Gerichtshofs im Fall Nicaragua gegen Deutschland vom 30. April 2024**, „der alle Staaten an ihre internationalen Verpflichtungen bezüglich Waffenlieferungen an Parteien eines bewaffneten Konflikts erinnert, um das Risiko des Einsatzes solcher Waffen“ bei der Verletzung der Völkermordkonvention und der Genfer Konventionen im Zusammenhang mit dem Vorgehen Israels in Gaza und dem Rest des besetzten palästinensischen Gebiets „zu vermeiden“,

- die **Resolution 418 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 4. November 1977** und die **Resolution 591 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 28. November 1986**, die ein „verpflichtendes Waffenembargo“ gegen das Apartheid-Regime in Südafrika verhängten,

- **alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, einschließlich der Resolution 2334 vom 23. Dezember 2016, in der bekräftigt wurde, dass „die Errichtung von Siedlungen in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, durch Israel keine rechtliche Gültigkeit hat und eine flagrante Verletzung des Völkerrechts darstellt“;**

**unter Betonung der** Tatsache, dass die von Israel verletzten Rechtsnormen bestimmte Verpflichtungen des erga omnes-Charakters umfassen, die aufgrund ihrer Natur alle Staaten betreffen und dass angesichts der Bedeutung der betreffenden Rechte davon ausgegangen werden kann, dass alle Staaten ein rechtliches Interesse an ihrem Schutz haben;

**unter Betonung der** Notwendigkeit, die Verantwortlichkeit für die schwersten Verbrechen nach dem Völkerrecht durch angemessene, faire und unabhängige Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen auf nationaler oder internationaler Ebene festzustellen, Gerechtigkeit für alle Opfer zu gewährleisten und künftige Verbrechen zu verhindern;

**in der Überzeugung,** dass kollektives Handeln durch koordinierte rechtliche und diplomatische Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene dringend geboten ist, um die Grundsätze der Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit zu wahren, die die Grundlage der Charta der Vereinten Nationen bilden,

#### **erklären wir unsere Absicht:**

1. die *UN-Resolution A/RES/Es-10/24* umzusetzen und als staatliche Parteien die Forderungen des *Internationalen Strafgerichtshofs* zu unterstützen und unseren Verpflichtungen gemäß dem *Römischen Statut in Bezug auf die am 21. November 2024 ausgestellten Haftbefehle* nachzukommen; sowie die am 26. Januar, 28. März und 24. Mai 2024 erlassenen einstweiligen Maßnahmen des *Internationalen Gerichtshofs* umzusetzen.

2. die Bereitstellung oder den Transfer von Waffen, Munition und zugehöriger Ausrüstung an Israel zu verhindern, wenn eindeutig das Risiko besteht, dass diese Waffen und zugehörigen Güter zur Begehung oder Erleichterung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen oder das Verbot des Völkermords eingesetzt werden könnten, in Übereinstimmung mit unseren internationalen Verpflichtungen und im Einklang mit dem Gutachten des *Internationalen Gerichtshofs* vom 19. Juli 2024 und der *Resolution A/RES/Es-10/24* der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

3. Das Anlegen von Schiffen in einem Hafen, der innerhalb unserer territorialen Zuständigkeit liegt, in allen Fällen zu verhindern, in denen ein eindeutiges Risiko besteht, dass das Schiff für den Transport von militärischem Treibstoff und Waffen nach Israel genutzt wird, die zur Begehung oder Erleichterung von Verstößen gegen das humanitäre Recht, die internationalen Rechtsvorschriften zum Schutz der Menschenrechte und das Verbot des Völkermords in Palästina verwendet werden könnten, in Übereinstimmung mit der zwingenden rechtlichen Verpflichtung der Staaten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Maßnahmen bei der Verhinderung von Völkermord und anderen Verstößen gegen zwingende Normen mitzuwirken.

Wir werden weitere wirksame Maßnahmen ergreifen, um die israelische Besetzung des Staates Palästina zu beenden und Hindernisse für die Verwirklichung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat Palästina, zu beseitigen.

Wir fordern alle Staaten auf, alle möglichen Maßnahmen und Strategien zu ergreifen, um die Besetzung des Staates Palästina durch Israel zu beenden.

Wir rufen alle Nationen auf, sich uns in der Haager Gruppe bei der feierlichen Verpflichtung zu einer internationalen Ordnung anzuschließen, die auf Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht beruht und zusammen mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit für ein friedliches Zusammenleben und eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten unerlässlich ist.

<https://thehaguegroup.org/>

<https://act.progressive.international/english/>  
Übersetzung: Redaktion von 'Sand im Getriebe' aus *'Sand im Getriebe'*, Mai 2025, S. 73-74 )

# Auf welche Dokumente bezieht sich die Haager Gruppe?

## 1. Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof (International Court of Justice, ICJ, <https://www.icj-cij.org/>) ist das Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen und hat seinen Sitz im Friedenspalast im niederländischen Den Haag. Seine Funktionsweise und Zuständigkeit sind in der Charta der Vereinten Nationen geregelt, deren Bestandteil das Statut des Internationalen Gerichtshofs ist.

### Klage Südafrikas gegen Israel, 29. Dezember 2023

(AUSZÜGE) <https://www.icj-cij.org/case/192>

*29. Dezember 2023 - [...] Südafrika verurteilt unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige sowie der Geiselnahmen durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen.*

*Kein bewaffneter Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Staates, wie schwerwiegend er auch sein mag - selbst ein Angriff, bei dem Gräueltaten begangen werden -, kann jedoch eine Rechtfertigung oder Verteidigung für Verstöße gegen die Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ("Völkermordkonvention" oder "Konvention") bieten, sei es aus rechtlichen oder moralischen Gründen.*

*Die von Südafrika beanstandeten Handlungen und Unterlassungen Israels haben völkermordenden Charakter, weil sie darauf abzielen, einen wesentlichen Teil der nationalen, rassischen und ethnischen Gruppe der Palästinenser, nämlich den Teil der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen ("Palästinenser in Gaza"), zu vernichten.*

*Die fraglichen Handlungen umfassen die Tötung von Palästinensern im Gazastreifen, die Verursachung schwerer körperlicher und seelischer Schäden und die Auferlegung von Lebensbedingungen, die auf ihre physische Vernichtung abzielen.*

*Die Handlungen sind alle Israel zuzuschreiben, das es versäumt hat, Völkermord zu verhindern und unter offenkundiger Verletzung der Völkermordkonvention Völkermord begeht, und das auch gegen seine anderen grundlegenden Verpflichtungen im Rahmen der Völkermordkonvention verstoßen hat und weiterhin verstößt, unter anderem dadurch, dass es die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord durch hochrangige israelische Beamte und andere nicht verhindert oder bestraft hat. [...]*

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel den Gazastreifen ("Gaza"), einen schmalen Landstreifen von etwa 365 Quadratkilometern in großem Umfang militärisch angegriffen. **Der Gazastreifen, in dem etwa 2,3 Millionen Menschen leben, davon fast die Hälfte Kinder, wurde von Israel einer der schwersten konventionellen Bom-**

**benkampagnen in der Geschichte der modernen Kriegsführung ausgesetzt.**

Bis zum 12. Dezember 2023 wurden schätzungsweise **7.729 palästinensische Kinder getötet**; mindestens 4.700 weitere Kinder und Frauen werden vermisst und sind vermutlich unter den Trümmern begraben. Das hat UNICEF dazu veranlasst, die israelischen Militärangriffe als "**Krieg gegen Kinder**" zu bezeichnen.

Die meisten Verletzte sind Frauen und Kinder. Schätzungsweise 1.000 Kinder haben ein oder beide Beine verloren.

Es gibt Berichte über den Einsatz von weißem Phosphor durch israelische Streitkräfte in dicht besiedelten Gebieten im Gazastreifen.

Palästinenser starben als unmittelbare Folge des israelischen Strom- und Treibstoffstopps für Krankenhäuser, darunter fünf Frühgeborene und 40 Patienten der Intensiv- und Nierenstation des Al Shifa Krankenhauses.

Andere Palästinenser starben als direkte Folge der von Israel erzwungenen Evakuierung von Krankenhäusern, darunter mindestens vier Babys im Al Nasr Krankenhaus, deren winzige Körper Wochen später - während eines vorübergehenden Waffenstillstands - in ihren Krankenhausbetten verwest aufgefunden wurden.

Mehr als **355.000 Wohnheiten**, d. h. mehr als 60 Prozent des Wohnungsbestands im Gazastreifen, **wurden beschädigt oder zerstört.**

**1,9 Millionen Palästinenser** – etwa 85 Prozent der Gesamtbevölkerung – wurden innerhalb des Landes **vertrieben**. Viele sind auf israelischen Befehl aus dem Norden des Gebiets in den Süden geflohen, nur um im Süden erneut bombardiert zu werden und erneut in den Süden oder Südwesten fliehen zu müssen, wo sie **in behelfsmäßigen Zelten in Lagern ohne Wasser, sanitäre Anlagen oder andere Einrichtungen leben müssen.**

Israel hat die **Krankenhäuser des Gazastreifens bombardiert, beschossen und belagert** [...].

**Das Gesundheitssystem im Gazastreifen ist praktisch zusammengebrochen**, und es gibt Berichte über Operationen, darunter Amputationen und Kaiserschnitte, die ohne Betäubung durchgeführt werden. Ein großer Teil

der Verwundeten und Kranken hat keinen Zugang zu einer angemessenen Versorgung.

**Ansteckende und epidemische Krankheiten** sind unter der vertriebenen palästinensischen Bevölkerung weit verbreitet, und Experten warnen vor der Gefahr von Meningitis, Cholera und anderen Ausbrüchen.

Die gesamte Bevölkerung im Gazastreifen ist unmittelbar von einer **Hungersnot** bedroht. Experten warnen, dass der stille, langsame Tod durch Hunger und Durst die gewaltsamen Todesfälle durch israelische Bomben und Raketen noch zu übertreffen droht.

67. Der **Wassermangel** wirkt sich vor allem auf stillende Frauen aus, die selbst bei mäßiger körperlicher Betätigung täglich 7,5 Liter Wasser zum Trinken, für sanitäre Anlagen und für die Hygiene benötigen, um sich und ihre Babys gesund zu erhalten. Junge Mütter, die aufgrund der Nahrungsmittelknappheit nicht stillen können, sind gezwungen, verunreinigtes Wasser für die Zubereitung von Säuglingsnahrung zu verwenden – sofern es verfügbar ist – und riskieren damit Krankheiten bei ihren gefährdeten Babys.

Gleichzeitig gefährdet der chronische Mangel an Säuglingsnahrung auch das Leben der Neugeborenen, die Berichte zufolge bereits an vermeidbaren Ursachen sterben, weil es keine medizinische Versorgung, Nahrung, Wasser und angemessene sanitäre Einrichtungen gibt.

Die Auswirkungen der Unterernährung auf ältere Kinder können ebenfalls besonders schwerwiegend und lang anhaltend sein und sie daran hindern, ihr volles Potenzial in Bezug auf körperliches Wachstum, kognitive Fähigkeiten, schulische Leistungen und Produktivität im späteren Leben zu erreichen.

68. Israel hat den Bau und die Reparatur von **Wasserinstallationen und Entsalzungsanlagen im Gazastreifen lange Zeit behindert**, so dass 95 Prozent des Wassers aus dem einzigen Grundwasserleiter des Gazastreifens bereits vor dem 7. Oktober für den Verbrauch ungeeignet waren. Durch seine 16-jährige Blockade hat Israel die Wasserversorgung ebenfalls stark beeinträchtigt. Die wiederholten Angriffe Israels auf den Gazastreifen und die Beschränkungen bei der Reparatur der **zerstörten Abwasserinfrastruktur** beschädigten den Boden, was die Landwirtschaft erschwerte.

Israel schränkte außerdem den Zugang der Palästinenser im Gazastreifen zu bis zu 35 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen und bis zu 85 Prozent der Fischereigewässer des Gazastreifens ein. Infolgedessen litten mehr als 68 Prozent der Haushalte (rund 1,3 Millionen Menschen) vor dem 7. Oktober 2023 stark oder mäßig unter Ernährungsunsicherheit, wobei 58 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen waren.

7.685 Kinder unter fünf Jahren in Gaza litten an lebensbedrohlicher Auszehrung, der tödlichsten Form der Unterernährung von Kindern.

79. Nur 13 von 36 Krankenhäusern und 18 von 72 Gesundheitszentren sind noch funktionsfähig - trotz der überwältigenden Zahl von Menschen, die durch israelische Angriffe verletzt wurden. Die israelische Armee hat Generatoren für Krankenhäuser, Solaranlagen für Krankenhäuser, und andere lebensrettende Geräte wie Sauerstoffstationen und Wassertanks angegriffen. Sie hat auch Krankenwagen, medizinische Konvois und Ersthelfer angegriffen. 311 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden getötet; mindestens 22 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden im Dienst getötet.

90. Israel hat die wichtigste öffentliche Bibliothek von Gaza-Stadt in Trümmern hinterlassen, alle vier Universitäten des Gazastreifens angegriffen und damit die Bildungseinrichtungen für künftige Generationen von Palästinensern in Gaza zerstört. Neben vielen anderen hat Israel auch führende palästinensische Akademiker getötet.

### **Äußerungen von Völkermordabsichten gegen das palästinensische Volk durch israelische Staatsbeamte und andere**

Der **Premierminister Netanyahu** nahm in seinem Schreiben vom **3. November 2023** an die israelischen Soldaten und Offiziere erneut Bezug auf Amalek. Die entsprechende Bibelstelle lautet wie folgt: "Nun geht, greift Amalek an und verbannt alles, was ihm gehört. Verschont niemanden, sondern tötet Männer und Frauen, Säuglinge und Kleinkinder, Rinder und Schafe, Kamele und Esel"

**Verteidigungsminister Yoav Gallant (9. Oktober 2023)** "Gaza wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles beseitigen. Wenn es nicht einen Tag dauert, wird es eine Woche dauern. Es wird Wochen oder sogar Monate dauern, wir werden alle Orte erreichen." Er kündigte außerdem an, dass er "jede Beschränkung" für die israelischen Streitkräfte aufgehoben habe.

**Stellvertretender Sprecher der Knesset Nissim Vaturi (7. Oktober 2023):** "Jetzt haben wir alle ein gemeinsames Ziel - den Gazastreifen vom Antlitz der Erde zu tilgen. Diejenigen, die dazu nicht in der Lage sind, werden ersetzt werden".

**Giora Eiland , Generalkmajor der Armee:** „Man sollte den Menschen sagen, dass sie zwei Möglichkeiten haben: zu bleiben und zu hungern oder zu gehen.“  
[...] (Quellen in der Klageschrift angegeben)

**Südafrika beantragt, dass der Gerichtshof einstweilige Maßnahmen anordnet, um eine Verschlimmerung oder Ausweitung des Rechtsbrüche zu verhindern, bis über die mit der Klage aufgeworfenen Fragen entschieden ist.**

**Sand im Getriebe:  
Übersetzung der Klage Südafrikas (88 Seiten);  
Auszüge**

Anhörung Südafrikas am 11. Januar 2024: <https://webtv.un.org/en/asset/k11/k11gf661b3>

Anhörung Israels am 12. Januar 2024: <https://webtv.un.org/en/asset/k1c/k1c10lsjoq>

Stellungnahmen mehrerer Länder: <https://www.icj-cij.org/fr/affaire/192/intervention>

### **Folgende Länder haben sich der Klage Südafrikas angeschlossen:**

Kolumbien (2024), Lybien (2024), Mexiko (2024), Palästina (2024), Spanien (2024), Türkei (2024), Chile (2024), Malediven (2024), Bolivien (2024), Irland (2025), Kuba (2025), Belize (2025), Brasilien (2025), Komoren (2025), Belgien (2025), Niederlande (2026), Paraguay (2026), Island (2026), Namibia (2026)

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20260313-pre-01-00-en.pdf>

## **Beschluss des Internationalen Gerichtshofs, 26. Januar 2024**

### **Anordnungen im Fall Südafrika gegen Israel**

#### **Der Gerichtshof verkündet die folgenden vorläufigen Maßnahmen:**

(1) Der Staat Israel ergreift in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf die Palästinenser in Gaza alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, um die Begehung aller Handlungen zu verhindern, die in den Anwendungsbereich von Artikel II dieser Konvention fallen, insbesondere:

- (a) die Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden bei Mitgliedern der Gruppe;
- (c) der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen aufzuerlegen, die ihre vollständige oder teilweise physische Vernichtung herbeiführen sollen, und
- (d) die Verhängung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern;

(2) Der Staat Israel stellt mit sofortiger Wirkung sicher, dass sein Militär keine der in Punkt 1 beschriebenen Handlungen begeht;

(3) Der Staat Israel ergreift alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, um die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord an Mitgliedern der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen zu verhindern und zu bestrafen;

(4) Der Staat Israel ergreift sofortige und wirksame Maßnahmen, um die Bereitstellung dringend benötigter grundlegender Dienstleistungen und humanitärer Hilfe zu ermöglichen, um die widrigen Lebensbedingungen der Palästinenser im Gazastreifen zu verbessern;

(5) Der Staat Israel ergreift wirksame Maßnahmen, um die Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern und die Sicherung von Beweismaterial zu gewährleisten, das im Zusammenhang mit dem Vorwurf von Handlungen steht, die in den Anwendungsbereich der Artikel II und III der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes an Mitgliedern der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen fallen;

(6) Der Staat Israel legt dem Gerichtshof innerhalb eines Monats ab dem Datum dieses Beschlusses einen Bericht über alle Maßnahmen vor, die er zur Durchführung dieses Beschlusses getroffen hat.

**Abstimmung der IGH-Richter:** Punkte 1,2,5 und 6:  
15 dafür, 2 dagegen (Uganda und Israel)

Punkte 3 und 4: 16 dafür, Uganda dagegen.

**Übertragung der Verkündung:**(ab der 36. Minute)  
<https://webtv.un.org/en/asset/k1u/k1uwq4cxuv>

**"Die aktuellen Geschehnisse in Palästina und die Klage Südafrikas gegen die israelische Besatzungsmacht"** Vortrag von Völkerrechtler Norman Paech (mp3, 28.1.2024, [attac radio Kassel](#))

**Israel und die Absicht zum Völkermord:** Vortrag von Prof. Dr. Paech vom 11.3.2024 in Frankfurt zu den Verfahren vor dem **Internationalen Gerichtshof (IGH)** und dem **Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)**, die gegen den israelischen Staat bzw. israelische Einzelpersonen geführt werden.

## **Weitere einstweilige Maßnahmen des IGH am 28. März und 24. Mai 2024**

<https://www.icj-cij.org/case/192/provisional-measures>

(SiG-Redaktion zum Vorgang) **Südafrika** hatte am 10. Mai 2024 beim Internationalen Gerichtshof einen dringenden Antrag auf Erlass zusätzlicher vorläufiger Maßnahmen und die Änderung der früheren vorläufigen Maßnahmen gestellt. [PM](#) des IGH

**Anhörung von Südafrika** am 16.5.2024,  
[Video-Übertragung](#); [Wortprotokoll](#);

**Anhörung von Israel** am 17.5.2024,

[Video-Übertragung](#); [Wortprotokoll](#)

Danach wurden **2 Dokumente** an den IGH übergeben:  
[Zusatzdokument von Israel](#), 18.5.2024 (Response of the State of Israel to the question posed by Judge Nolte)

[Südafrika: Comments on the Reply by Israel](#), 20.5.2024 (Dokumentation von 61 Seiten, mit Analysen von Satellitenfotos durch die Gruppe "[Forensic Architecture](#)")

## Internationaler Gerichtshof in Den Haag fordert Einstellung militärischer Handlungen Israels in Rafah (24. Mai 2024)

(SiG-Redaktion, Mai 2024)

In seinem [Beschluss am 24.5.2024](#) hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag mit 13:2 Stimmen beschlossen, der Staat Israel müsse **"sofort seine militärische Offensive sowie alle anderen Handlungen beenden**, die der Gruppe der Palästinenser in Gaza Lebensbedingungen auferlegen, die ihre teilweise oder vollständige physische Zerstörung verursachen können." ([Zusammenfassung](#) des Beschlusses).

Außerdem forderte das Gericht, **den Grenzübergang Rafah "für die ungehinderte Versorgung in ausreichender Menge mit dringend benötigten grundlegenden Dienstleistungen und humanitärer Hilfe" offenzuhalten**, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen und dass jede Untersuchungskommission, die von den entsprechenden Organen der Vereinten Nationen beauftragt wird, um den Vorwurf des Genozids zu untersuchen, ungehinderten Zugang zum Gazastreifen erhält.

Binnen eines Monats soll Israel dem Gericht über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstatten.

Damit folgte das Gericht teilweise dem Antrag Südafrikas, das am 16. Mai nicht nur ein Ende der Offensive in Rafah, sondern den sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Rückzug der israelischen Truppen aus Gaza gefordert hatte. Aber im Gegensatz zu den vorhergehenden Beschlüssen

vom 26. Januar und vom 28. März diesen Jahres, ergeht die Aufforderung nicht mehr an die israelische Regierung, sie möge dafür Sorge tragen, dass das Militär keine Menschenrechtsverletzungen begeht, sondern es wird das Ende der laufenden militärischen Handlungen gefordert. Die humanitäre Lage habe sich, so das Gericht, seit dem letzten Beschluss vom 28. März weiter verschlechtert, so dass die damaligen Maßnahmen heute nicht mehr genügen.

Südafrika hatte in seinem jüngsten Vortrag vor dem IGH ausgeführt, bereits die Art und Weise, wie Israel in Rafah wie auch andernorts in Gaza vorgehe, sei in sich genozidal. Daher brauche es „eine explizite Anweisung, dass Israel seine militärischen Handlungen einstellt, um zu schützen, was an palästinensischem Leben in Gaza übrig ist.

Das Gericht zitiert in dem neuen Beschluss eine Reihe von Aussagen verschiedenster UN-Organisationen, die die Verschärfung der Lage bestätigen. Das Gericht erkennt, dass die gegenwärtige Lage, die aus Israels militärischer Offensive in Rafah entsteht, ein weiteres Risiko nicht wieder gutzumachender Schäden der von Südafrika eingeklagten plausiblen Rechte mit sich bringt.

**Nach der UN-Charta sind Urteile des Internationalen Gerichtshofs bindend, das Gericht selbst hat aber keine Exekutivgewalt.** Das zuständige Organ der Vereinten Nationen ist der UN-Sicherheitsrat.

### 31. Mai 2024: Stellungnahme des Staates Palästina

25 Seiten, <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240603-int-01-00-en.pdf>

Nr 18, Seite 10: „Die Unerbittlichkeit der aktuellen israelischen Offensive ist ein konkreter Ausdruck der genozidalen Absichten, die von israelischen Führern und Amtsträgern seit langem verkündet, jedoch noch nie zuvor in einem solchen Ausmaß in die Tat umgesetzt wurden. Bei der Prüfung des vorliegenden Falls ist zu berücksichtigen, dass es unmöglich ist, die aktuelle Lage im Gazastreifen von der Situation zu trennen, die seit langem im übrigen besetzten palästinensischen Gebiet herrscht. Wie Südafrika in seinem Antrag an den Gerichtshof feststellte, geschieht Völkermord nicht plötzlich, sondern „in einem kontinuierlichen Prozess“. Die aktuelle Situation muss im Lichte der Nakba betrachtet werden, die 1948 begann und zur Vertreibung von mehr als 750.000 Palästinensern aus ihrer Heimat in Palästina führte, worauf 76 Jahre Apartheid, 57 Jahre Besatzung und fast zwei Jahrzehnte Blockade des Gazastreifens folgten.“

### März 2026: Südafrika nimmt Israels Klageerwiderung vor dem IGH zur Kenntnis

**15.März 2026** - Die südafrikanische Regierung hat die Einreichung der Klageerwiderung Israels auf die Schriftsätze Südafrikas in der Rechtssache „Anwendung des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes im Gazastreifen (Südafrika gegen Israel)“ vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) zur Kenntnis genommen. Der Staat Israel reichte seine Erwiderung am Donnerstag, dem 12. März 2026, ein. Der Gerichtshof hatte Israel ursprünglich aufgefordert, bis zum 28. Juli 2025 auf die am 28. Oktober 2024 eingereichte Klagebegründung Südafrikas zu antworten; Israel beantragte jedoch zweimal eine Verlängerung der vom Gerichtshof gesetzten Fristen, die der Gerichtshof gewährte.

Südafrika wird nun die Antwort Israels prüfen und entscheiden, ob es den Gerichtshof um Erlaubnis ersucht, weitere

schriftliche Stellungnahmen als Erwiderung einzureichen, oder ob es direkt zur mündlichen Verhandlungsphase übergeht.[...]

Präsident Cyril Ramaphosa sagt: „In einer Zeit wachsender globaler Spaltung und der systematischen Untergrabung des multilateralen Systems, insbesondere der Vereinten Nationen, könnte die Krise in Gaza zum Anlass werden, die Menschheit zu vereinen und uns an all unsere gemeinsamen Werte zu erinnern. Wir alle müssen dem Aufruf folgen, die Grundsätze des Völkerrechts zu verteidigen und die entscheidende Rolle der UNO und internationaler Streitbeilegungsmechanismen wie des IGH erneut bekräftigen.“

<https://dirco.gov.za/south-africa-notes-israels-response-filing-to-the-icj/>  
SiG-Redaktion (26.5.2026): Wann und wie die Klage von Südafrika weiter behandelt wird, ist unklar.

# Klage Nicaraguas gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof

wegen Verstoß gegen die Völkermordkonvention und das humanitäre Völkerrecht

<https://www.icj-cij.org/case/193>

vollständiger Text der Klage: [Englisch - Übersetzung - Links zu den zitierten Quellen](#)

[amerika21](#), 2.3.2024: "(...) Deutschland hat Israel politisch, finanziell und militärisch unterstützt und war sich voll bewusst, dass die militärischen Ausrüstungen von diesem Staat für schwere Verstöße gegen das Völkerrecht und unter Missachtung seiner eigenen Verpflichtungen verwendet werden würden.

Die deutsche Regierung hat außerdem die Unterstützung für das UNRWA eingestellt. Seit seiner Gründung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1949 ist das UNRWA das wichtigste Hilfswerk für die Millionen palästinensischer Flüchtlinge.

Jede Vertragspartei der UN-Völkermordkonvention ist nach der Konvention verpflichtet, alles zu tun, um die Begehung von Völkermord zu verhindern.

Durch die Lieferung von Militärgütern und die Streichung der Mittel für das UNRWA, das die Zivilbevölkerung maßgeblich unterstützt, leistet Deutschland jedoch Beihilfe zum

Völkermord und ist in jedem Fall seiner Verpflichtung nicht nachgekommen, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Begehung eines Völkermords zu verhindern.

Das Versäumnis Deutschlands ist in Bezug auf Israel umso verwerflicher, als Deutschland zu diesem Land ein selbsterklärtes privilegiertes Verhältnis hat, das es ihm ermöglichen würde, dessen Verhalten sinnvoll zu beeinflussen. (...)"

**Anhörung am 8. und 9. April 2024**, 10 bis 12 Uhr - Direktübertragung: <https://webtv.un.org/en>

**Nicaragua:** <https://webtv.un.org/en/asset/k1q/k1qoqif0lq> (Übertragung ab Min. 17); **Wortprotokoll**

**Deutschland:** <https://webtv.un.org/en/asset/k11/k11f8yi2wu> (Übertragung ab Min. 19); **Wortprotokoll**

**30. April 2024 ab 15 Uhr: Urteilsverkündung des IGH** - Live-Übertragung aus dem IGH

30.4.2024: [Pressemitteilung des IGH](#) über seine **Entscheidung**. [Zusammenfassung](#) mit den Erklärungen einzelner Richter

## Aktueller Stand des Verfahrens

(SiG-Redaktion) Über die Anträge Nicaraguas wurde zunächst in einem Eilverfahren entschieden. Sie wurden nach einer Anhörung vom IGH durch einen Beschluss vom 30. 04. 2024 abgewiesen, jedoch die Klage im Hauptverfahren wurde entgegen den Anträgen der Bundesregierung fortgeführt.

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/193/193-20240430-pre-01-00-en.pdf>

In dem **Eilverfahren** hatte die Bundesregierung die Zulässigkeit der Klage bestritten und u. a. mit Erfolg behauptet, dass sie die Waffenexporte nach Israel bereits vor der Klageeinreichung praktisch eingestellt habe.

(Siehe dazu die Presseerklärung des Auswärtigen Amtes vom 9. 1. 2026: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1135840> )

Der Gerichtshof erinnerte Deutschland allerdings unter Punkt 26 des Urteils daran, dass es als Vertragsstaat alle völkerrechtlichen Übereinkommen bei der Lieferung von Waffen an Israel einhalten müsse. ([amerika21](#), 3.5.2026)

### Zu den Waffenlieferungen aus Deutschland an Israel:

Berlin bewilligte im Jahr 2023 Ausfuhren im Wert von 326 Millionen Euro. Von Januar bis August 2024 betrug ihr Gesamtwert wenig mehr als 14 Millionen Euro. Scholz im Oktober 2024: „Wir haben Waffen geliefert, und wir werden weiterhin Waffen liefern.“ Zwischen Ende August und Ende Dezember 2024 genehmigte Berlin insgesamt Exporte im Wert von 147 Millionen Euro. ([TAZ](#), 16.9.2025)

Im **Hauptverfahren** wird derzeit auf eine Stellungnahme der Bundesregierung gewartet. Dafür hatte der IGH in einem [Beschluss vom 19. 4. 2024](#) eine Frist bis zum 21. Juli 2026 gesetzt. (Nicaragua hatte seine Stellungnahme bereits innerhalb der ihm gegebenen Frist vom 21. Juli 2025 abgegeben.)

Das Verfahren war durch einen [Beschluss vom 22. Oktober 2025](#) ausgesetzt worden, nachdem die Bundesregierung in einem Antrag vom 21. Oktober 2025 u. a. die Zuständigkeit des IGH bestritten hatte. Nicaragua wurde mit der Fristsetzung 23. 2. 26 um Stellungnahme zu diesem Antrag der Bundesregierung gebeten.

Weitere Mitteilungen zum aktuellen Stand des Verfahrens sind auf der Webseite des IGH nicht enthalten.

Aus einer Äußerung des Außenministeriums in einer Pressekonferenz vom 18. 3. 2026 lässt sich jedoch schließen, dass das durch den Beschluss des IGH vom 22. Oktober 2025 ausgesetzte Hauptverfahren wieder aufgenommen worden ist und die Zuständigkeit des IGH bestätigt worden ist. Denn die Bundesregierung „begründet“ dort ihren Verzicht auf eine Beteiligung am Verfahren Südafrika gegen Israel mit dem Hinweis, dass man sich jetzt auf das offenbar wieder angelaufene Verfahren gegen Nicaragua konzentrieren möchte.

(<https://taz.de/Genozid-Verfahren-gegen-Israel/!6166110/> )

# IGH-Gutachten vom 9. Juli 2004 – vor 22 Jahren – zum israelischen Mauerbau in den besetzten palästinensischen Gebieten

Am 9. Juli 2004 gab der Internationale Gerichtshof (IGH) sein **Gutachten zu den rechtlichen Konsequenzen des israelischen Mauerbaus in den besetzten palästinensischen Gebieten** ab. Er hat eindeutig festgestellt, dass Israel den Mauerbau stoppen, die Mauer abreißen und der palästinensischen Bevölkerung für den entstandenen Schaden Reparationen zahlen muss.

**Am 20. Juli 2004 wurde das Rechtsgutachten des IGH durch die UN-Resolution ES-10/15 ratifiziert.** Diese Resolution, die von 150 Nationen einschließlich der europäischen Länder bei sechs Gegenstimmen und zehn Enthaltungen angenommen wurde,

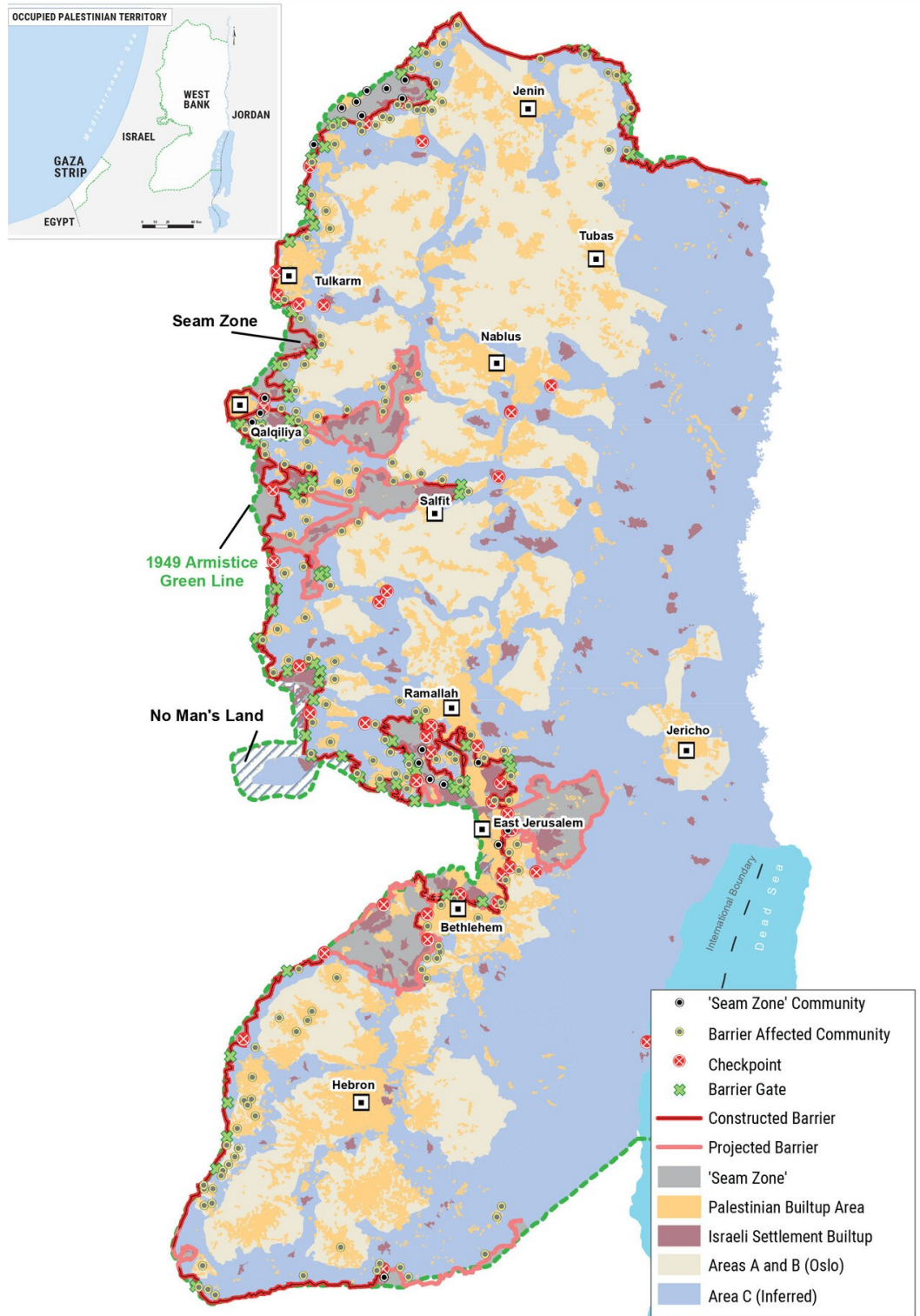
„fordert, dass Israel als Besatzungsmacht seine rechtlichen Verpflichtungen erfüllt, wie sie im Gutachten festgelegt wurden, • fordert auch, dass alle UN-Mitgliedsstaaten ihre rechtlichen Verpflichtungen erfüllen, wie sie in dem Gutachten festgelegt wurden.“

Damit erkannten die UN-Mitgliedsstaaten an, dass sie verpflichtet sind, das IGH-Gutachten umzusetzen und dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen.

**Der IGH:** „Alle Staaten sind verpflichtet, die illegale Situation, die aus dem Bau der Mauer resultiert, nicht anzuerkennen und keine Hilfe und Beistand zu leisten, diese durch den Mauerbau geschaffene Situation aufrecht zu erhalten.

Alle Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention zum Schutz ziviler Personen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 haben außerdem die Verpflichtung hinsichtlich der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, die Befolgung der internationalen Menschenrechte, wie sie in dieser Konvention festgelegt sind, durch Israel sicher zu stellen.“

## THE WEST BANK BARRIER



Karte: <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-impact-20-years-barrier-december-2022>

„Tausende Palästinenser leben in Gemeinden, die zwischen der Sperranlage und der international anerkannten Waffenstillstandslinie von 1949 (Grüne Linie) liegen. Sie sind auf Sondergenehmigungen oder Sonderregelungen angewiesen, um in ihren eigenen Häusern leben zu können. Landwirte in etwa 150 Gemeinden sind auf solche Regelungen angewiesen, um Zugang zu ihren isolierten Feldern und Obstgärten zu erhalten.“ **Berichte:** <https://www.ochaopt.org/backtothewall20>

**Palestinian Grassroots Anti-Apartheid Wall Campaign** <https://stopthewall.org/>

# Internationaler Gerichtshof

## Rechtliche Konsequenzen aus der Politik und den Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem

### 1. Anhörungen beim Internationalen Gerichtshof, 19.02 – 26.02.2024

<https://www.icj-cij.org/case/186>; PM und Ablauf

„ Gemäß der **Resolution A/RES/77/247** der UN-Generalversammlung soll der IGH ein Gutachten zu folgenden Fragen [...] erstellen. Die Fragen:

**(a) Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus der anhaltenden Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung durch Israel? [...] (b) [...] Was sind die rechtlichen Konsequenzen, die sich für alle Staaten und die Vereinten Nationen aus diesem Status ergeben?"**

### 2. Gutachten vom 19. Juli 2024

**Presseerklärung Nr. 2024/57, 19. Juli 2024**

*"Die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ist rechtswidrig; der Staat Israel ist verpflichtet, seine unrechtmäßige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden; [...] Alle Staaten sind verpflichtet, die durch die illegale Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffene Situation nicht als rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen Situation zu leisten. [...]"*

DEN HAAG, 19. Juli 2024.

Der Internationale Gerichtshof hat heute sein Gutachten zu den rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, abgegeben.

#### **Auftrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen**

Es sei daran erinnert, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen am **30. Dezember 2022 die Resolution A/RES/77/247** verabschiedet hat, in der sie den Internationalen Gerichtshof unter Bezugnahme auf Artikel 65 des Statuts des Gerichtshofs um ein Gutachten zu folgenden Fragen ersucht:

*"(a) Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus der fortdauernden Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung durch Israel, aus seiner Besetzung, Besiedlung und Annexion des seit 1967 besetzten palästinensischen Gebietes, einschließlich der Maßnahmen, die zur Veränderung der demografischen Zusammensetzung, des Charakters und des Status der Heiligen Stadt Jerusalem abzielen, und aus der Verabschiedung damit zusammenhängender diskriminierender Rechtsvorschriften und Maßnahmen?*

*(b) Wie wirken sich die oben genannte Politik und die Praktiken Israels auf den rechtlichen Status der Besetzung aus, und welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich für alle Staaten und die Vereinten Nationen aus diesem Status?"*

#### **Stellungnahme des Gerichtshofs**

In seinem Gutachten antwortet der Gerichtshof auf die von der Generalversammlung aufgeworfenen Fragen mit folgenden Schlussfolgerungen:

- Die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ist rechtswidrig.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, seine unrechtmäßige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, alle neuen Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen und alle Siedler aus den besetzten palästinensischen Gebieten zu evakuieren.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, den Schaden, der allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen in den besetzten palästinensischen Gebieten entstanden ist, wieder gutzumachen.
- Alle Staaten sind verpflichtet, die durch die unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffene Situation als nicht rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen Situation zu leisten.

- Internationale Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen, sind verpflichtet, die Situation, die sich aus der unrechtmäßigen Anwesenheit des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ergibt, als nicht rechtmäßig anzuerkennen.
- Die Vereinten Nationen, insbesondere die Generalversammlung, die um die Stellungnahme ersucht hat, und der Sicherheitsrat, sollten die genauen Modalitäten und die weiteren Maßnahmen prüfen, die erforderlich sind, um der rechtswidrigen Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich ein Ende zu setzen.

### **Begründung des Gerichtshofs**

Nachdem der Gerichtshof zu dem Schluss gekommen ist, dass er für die Abgabe des beantragten Gutachtens zuständig ist und dass keine zwingenden Gründe für die Verweigerung eines Gutachtens vorliegen (Abs. 22-50), verweist er auf den allgemeinen Kontext der Rechtssache (Abs. 51-71) und geht auf die Tragweite und Bedeutung der beiden von der Generalversammlung gestellten Fragen ein (Abs. 72-83).

Anschließend prüft der Gerichtshof die Vereinbarkeit der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, wie sie in Frage (a) genannt sind, mit seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen. Insbesondere untersucht der Gerichtshof nacheinander die Fragen der anhaltenden Besatzung, der israelischen Siedlungspolitik, der Annexion der seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete und der Verabschiedung damit zusammenhängender Gesetze und Maßnahmen durch Israel, die angeblich diskriminierend sind (Abs. 103-243).

Zur Frage der lang anhaltenden Besatzung der besetzten palästinensischen Gebiete, die seit mehr als 57 Jahren andauert (Abs. 104-110), stellt der Gerichtshof fest, dass ein Staat aufgrund seines Status als Besatzungsmacht eine Reihe von Befugnissen und Pflichten in Bezug auf das Gebiet übernimmt, über das er die tatsächliche Kontrolle ausübt. Art und Umfang dieser Befugnisse und Pflichten beruhen immer auf der gleichen Annahme, dass die Besatzung eine vorübergehende Situation ist, um auf eine militärische Notwendigkeit zu reagieren, und dass sie der Besatzungsmacht keinen Souveränitätsanspruch übertragen kann.

Nach Ansicht des Gerichtshofs ändert die Tatsache, dass eine Besatzung länger andauert, nichts an ihrem rechtlichen Status nach dem humanitären Völkerrecht. Obwohl das Besatzungsrecht von einem vorübergehenden Charakter der Besatzung ausgeht, setzt es keine zeitlichen Grenzen, die als solche den rechtlichen Status der

Besatzung ändern würden. Die Besatzung besteht in der Ausübung einer effektiven Kontrolle durch einen Staat über ein fremdes Gebiet.

Um zulässig zu sein, muss die Ausübung der tatsächlichen Kontrolle daher jederzeit mit den Vorschriften über das Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt, einschließlich des Verbots des Gebietserwerbs durch Androhung oder Anwendung von Gewalt, sowie mit dem Recht auf Selbstbestimmung vereinbar sein. Daher kann die Tatsache, dass eine Besatzung verlängert wird, Auswirkungen auf die völkerrechtliche Rechtfertigung der fortgesetzten Präsenz der Besatzungsmacht in dem besetzten Gebiet haben.

In Bezug auf die israelische Siedlungspolitik (Abs. 111-156) bekräftigt der Gerichtshof, was er in seinem [Gutachten zu den rechtlichen Folgen des Mauerbaus](#) in den besetzten palästinensischen Gebieten vom 9. Juli 2004 festgestellt hat, nämlich dass die israelischen Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem und das damit verbundene Regime unter Verletzung des Völkerrechts errichtet wurden und aufrechterhalten werden. Der Gerichtshof nimmt mit großer Besorgnis Berichte zur Kenntnis, wonach die israelische Siedlungspolitik seit dem Gutachten des Gerichtshofs von 2004 ausgeweitet wurde.

Zur Frage der Annexion der besetzten palästinensischen Gebiete (Abs.157-179) vertritt der Gerichtshof die Auffassung, dass der Versuch, die Souveränität über ein besetztes Gebiet zu erlangen, wie die Politik und die Praktiken Israels in Ost-Jerusalem und im Westjordanland zeigen, gegen das Verbot der Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen und den daraus abgeleiteten Grundsatz der Nichtaneignung von Gebieten mit Gewalt verstößt.

Der Gerichtshof prüft dann die Frage der Rechtsfolgen, die sich aus der Annahme entsprechender diskriminierender Rechtsvorschriften und Maßnahmen durch Israel ergeben (Abs. 180-229). Er kommt zu dem Schluss, dass eine breite Palette von Gesetzen und Maßnahmen, die Israel in seiner Eigenschaft als Besatzungsmacht erlassen hat, Palästinenser aus völkerrechtlich festgelegten Gründen unterschiedlich behandelt.

Der Gerichtshof stellt fest, dass diese Ungleichbehandlung weder durch vernünftige und objektive Kriterien noch durch ein legitimes öffentliches Ziel gerechtfertigt werden kann.

Dementsprechend ist der Gerichtshof der Ansicht, dass das Regime umfassender Beschränkungen, das Israel den Palästinensern in den besetzten palästinensischen Gebieten auferlegt hat, eine systematische Diskriminierung

unter anderem aufgrund der Rasse, der Religion oder der ethnischen Herkunft darstellt, die gegen Artikel 2, Absatz 1 und Artikel 26 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, gegen Artikel 2, Absatz 2 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und gegen Artikel 2 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung verstößt.

Der Gerichtshof wendet sich dann dem Abschnitt der Frage (a) zu, der nach den Auswirkungen der Politik und der Praktiken Israels auf die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes fragt (Abs. 230-243). Diesbezüglich ist der Gerichtshof der Ansicht, dass das palästinensische Volk infolge der jahrzehntelangen Politik und der Praktiken Israels über einen langen Zeitraum seines Selbstbestimmungsrechts beraubt wurde und dass eine weitere Verlängerung dieser Politik und Praktiken die Ausübung dieses Rechts in der Zukunft untergräbt. Aus diesen Gründen ist der Gerichtshof der Auffassung, dass die rechtswidrige Politik und Praxis Israels gegen die Verpflichtung Israels verstoßen, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes zu respektieren.

Was den ersten Teil der Frage (b) betrifft, so prüft der Gerichtshof, ob und, wenn ja, wie die Politik und die Praktiken Israels den rechtlichen Status der Besatzung im Lichte der einschlägigen Regeln und Grundsätze des Völkerrechts beeinflusst haben (Abs. 244-264).

Insoweit ist der Gerichtshof zunächst der Auffassung, dass der erste Teil der Frage (b) nicht darauf abzielt, ob die Politik und die Praktiken Israels den rechtlichen Status der Besatzung als solche beeinflussen. Der Gerichtshof ist vielmehr der Auffassung, dass der erste Teil der zweiten Frage die Art und Weise betrifft, in der die Politik und die Praktiken Israels den rechtlichen Status der Besatzung und damit die Rechtmäßigkeit der fortgesetzten Präsenz Israels als Besatzungsmacht in den besetzten palästinensischen Gebieten beeinflussen. Diese Rechtmäßigkeit ist nach den Regeln und Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechts, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, zu bestimmen.

In diesem Zusammenhang ist der Gerichtshof der Ansicht, dass die Behauptung der Souveränität Israels und die Annexion bestimmter Teile des Gebiets einen Verstoß gegen das Verbot des gewaltsamen Gebietserwerbs darstellen. Dieser Verstoß hat unmittelbare Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der fortdauernden Präsenz Israels als Besatzungsmacht in den besetzten palästinensischen Gebieten. Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass Israel aufgrund seiner Besatzung in keinem Teil des besetzten

palästinensischen Gebiets Anspruch auf Souveränität oder die Ausübung von Hoheitsrechten hat. Auch können die Sicherheitsinteressen Israels nicht den Grundsatz des Verbots der gewaltsamen Gebietseroberung außer Kraft setzen.

Der Gerichtshof stellt ferner fest, dass die Auswirkungen der Politik und der Praktiken Israels und die Ausübung seiner Souveränität über bestimmte Teile der besetzten palästinensischen Gebiete das palästinensische Volk an der Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung hindern.

Zu den Auswirkungen dieser Politik und Praktiken gehören die Annexion von Teilen der besetzten palästinensischen Gebiete durch Israel, die Zersplitterung dieses Gebiets, die seine Integrität untergraben, der Entzug der Nutzung der natürlichen Ressourcen des Gebiets durch das palästinensische Volk und die Beeinträchtigung des Rechts des palästinensischen Volkes, seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu verfolgen.

Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass die oben beschriebenen Auswirkungen der Politik und der Praktiken Israels, die u. a. dazu führen, dass dem palästinensischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung dauerhaft vorenthalten wird, eine Verletzung dieses Grundrechts darstellt. Diese Verletzung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der Anwesenheit Israels als Besatzungsmacht in den besetzten palästinensischen Gebieten. Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass eine Besatzung nicht in einer Weise erfolgen kann, die die besetzte Bevölkerung auf unbestimmte Zeit in einen Zustand des Wartens und der Ungewissheit belässt und ihr das Recht auf Selbstbestimmung verweigert, während Teile ihres Gebiets in das Gebiet der Besatzungsmacht integriert werden.

In Anbetracht dessen wendet sich der Gerichtshof der Prüfung der Rechtmäßigkeit der fortdauernden Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten zu (Abs. 259-264).

Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass die Verstöße Israels gegen das Verbot des gewaltsamen Gebietserwerbs und gegen das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes unmittelbare Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der fortdauernden Präsenz Israels als Besatzungsmacht in den besetzten palästinensischen Gebieten haben.

Der anhaltende Missbrauch Israels seiner Position als Besatzungsmacht mit Annektierung der besetzten palästinensischen Gebiete und ständiger Kontrolle über diese und die fortgesetzte Vereitelung des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes verstoßen gegen

grundlegende Prinzipien des Völkerrechts und machen die Anwesenheit Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten unrechtmäßig.

Diese Rechtswidrigkeit bezieht sich auf das gesamte palästinensische Gebiet, das 1967 von Israel besetzt wurde. Dies ist die territoriale Einheit, in der Israel eine Politik und Praktiken durchgesetzt hat, um die Fähigkeit des palästinensischen Volkes, sein Recht auf Selbstbestimmung auszuüben, zu untergraben und zu vereiteln, und über die es die israelische Souveränität unter Verletzung des Völkerrechts ausgeweitet hat. Das gesamte besetzte palästinensische Gebiet ist auch das Gebiet, in dem das palästinensische Volk in der Lage sein sollte, sein Recht auf Selbstbestimmung ausüben zu können, und dessen Integrität respektiert werden muss.

\*

Der Gerichtshof hat festgestellt, dass die in Frage (a) genannte Politik und die Praktiken Israels gegen das Völkerrecht verstoßen. Die Aufrechterhaltung dieser Politik und Praktiken ist eine rechtswidrige Handlung mit fortwährendem Charakter, die Israels internationale Verantwortung nach sich zieht.

Der Gerichtshof hat auch in der Antwort auf den ersten Teil der Frage (b) festgestellt, dass die fortgesetzte Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten rechtswidrig ist.

Der Gerichtshof befasst sich daher mit den Rechtsfolgen, die sich für Israel aus der in Frage (a) genannten Politik und den Praktiken Israels ergeben, sowie mit den Rechtsfolgen, die sich aus der Rechtswidrigkeit der fortwährenden Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten gemäß Frage (b) für Israel, für andere Staaten und für die Vereinten Nationen ergeben (Abs. 267-281).

\*

Präsident S. ALAM fügt dem Gutachten des Gerichtshofes eine Erklärung bei; Vizepräsident S. EBUTINDE fügt dem Gutachten des Gerichtshofes eine abweichende Stellungnahme bei; Richter T. OMKA fügt dem Gutachten des Gerichtshofes eine Erklärung bei; die Richter TOMKA, ABRAHAM und AURESCU fügen dem Gutachten des Gerichtshofes eine gemeinsame Stellungnahme bei; Richter YUSUF fügt dem Gutachten des Gerichtshofes eine gesonderte Stellungnahme bei; Richterin XUE fügt dem Gutachten des Gerichtshofes eine Erklärung bei; Die Richter I WASAWA und NOLTE fügen dem Gutachten des Gerichtshofes getrennte Schlussanträge bei; die Richter NOLTE und CLEVELAND fügen dem Gutachten des Gerichtshofes eine gemeinsame Erklärung bei; die Richter CHARLESWORTH und BRANT fügen dem Gutachten des Gerichtshofes Erklärungen bei; die Richter GÓMEZ ROBLEDO und CLEVELAND fügen dem Gutachten des Gerichtshofes getrennte Schlussanträge bei; der Richter TLADI fügt dem Gutachten des Gerichtshofes eine Erklärung bei.

Eine **vollständige Zusammenfassung des Gutachtens ist in dem Dokument "Zusammenfassung 2024/8"**

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-sum-01-00-en.pdf> **enthalten**, dem Zusammenfassungen der Erklärungen und Stellungnahmen beigelegt sind.

Diese Zusammenfassung und der vollständige Wortlaut des Gutachtens sind auf der Seite der Rechtssache auf der Website des Gerichtshofs verfügbar.

<https://www.icj-cij.org/case/186>

**Gesamte Stellungnahme** (83 Seiten)

**Frühere Pressemitteilungen** zu diesem Fall finden Sie ebenfalls auf der Website.

<https://www.icj-cij.org/case/186/press-releases>

*Hinweis: Die Pressemitteilungen des Gerichtshofs werden von der Kanzlei des Gerichtshofs ausschließlich zu Informationszwecken erstellt und stellen keine offiziellen Dokumente dar.*

Hauptabteilung Information:

Frau Monique Legerman, Erste Sekretärin des Gerichtshofs, Leiterin der Abteilung: +31 (0)70 302 2336

Frau Joanne Moore, Informationsbeauftragte:

+31 (0)70 302 2337

E-Mail: [info@icj-cij.org](mailto:info@icj-cij.org)



**Der Internationale Gerichtshof (IGH) ist das wichtigste Rechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen.**

Er wurde im Juni 1945 durch die Charta der Vereinten Nationen gegründet und nahm im April 1946 seine Tätigkeit auf.

Der Gerichtshof besteht aus 15 Richtern, die von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für eine Amtszeit von neun Jahren gewählt werden. Der Sitz des Gerichtshofs befindet sich im Friedenspalast in Den Haag (Niederlande).

Der Gerichtshof hat eine doppelte Aufgabe:

erstens die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten, die ihm von Staaten vorgelegt werden, im Einklang mit dem Völkerrecht, und zweitens die Erstellung von Gutachten zu Rechtsfragen, die ihm von ordnungsgemäß ermächtigten Organen und Einrichtungen der Vereinten Nationen vorgelegt werden.

**Quellenangabe:** <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-pre-01-00-en.pdf>

**Übersetzung:** Redaktion von 'Sand im Getriebe', in der **[SiG-SN Palästina](#), S. 26-29 veröffentlicht; auch als [PDF](#), 4-Seiten**

## 2. Generalversammlung der Vereinten Nationen

<https://www.un.org/en/ga/>

### 18. September 2024: Beschluss der UN-Vollversammlung: Unverzögerlicher Rückzug Israels aus den besetzten palästinensischen Gebieten!

Voting Started		9/18/2024		11:22:12 AM	
<b>Item 5 - A/ES-10/L.31/Rev.1</b>					
<b>Advisory opinion of the International Court of Justice on the legal consequences</b>					
+	AFGHANISTAN	✗	CAMEROON	+	FINLAND
+	ALBANIA	+	FRANCE	+	KUWAIT
+	ALGERIA	+	GABON	+	KYRGYZSTAN
+	ANDORRA	+	GAMBIA	+	LAO PDR
+	ANGOLA	+	GEORGIA	+	LATVIA
+	ANTIGUA-BA...	+	GERMANY	+	LEBANON
-	ARGENTINA	+	GHANA	+	LESOTHO
+	ARMENIA	+	GREECE	✗	LIBERIA
✗	AUSTRALIA	+	GRENADA	✗	LIBYA
✗	AUSTRIA	+	GUATEMALA	✗	LIECHTENSTEIN
+	AZERBAIJAN	✗	GUINEA	+	LITHUANIA
+	BAHAMAS	+	GUINEA-BISS...	+	LUXEMBOURG
+	BAHRAIN	✗	GUYANA	-	MADAGASCAR
+	BANGLADESH	+	HAITI	-	MALAWI
+	BARBADOS	✗	HONDURAS	+	MALAYSIA
+	BELARUS	-	HUNGARY	+	MALDIVES
+	BELGIUM	+	ICELAND	+	MALI
+	BELIZE	✗	INDIA	+	MALTA
+	BENIN	+	INDONESIA	+	MARSHALL IS...
+	BHUTAN	+	IRAN (ISLAMI...	+	MAURITANIA
+	BOLIVIA	✗	IRAQ	+	MAURITIUS
+	BOSNIA-HER...	+	IRELAND	-	MEXICO
+	BOTSWANA	-	ISRAEL	-	MICRONESIA...
+	BRAZIL	+	ITALY	+	MONACO
+	BRUNEI DAR...	+	JAMAICA	+	MONGOLIA
✗	BULGARIA	+	JAPAN	+	MONTENEGRO
+	BURKINA FASO	+	JORDAN	+	MOROCCO
+	BURUNDI	+	KAZAKHSTAN	+	MOZAMBIQUE
+	CABO VERDE	✗	KENYA	+	MYANMAR
+	CAMBODIA	-	KIRIBATI	+	NAMIBIA
				+	NAURU
				✗	NEPAL
				+	NETHERLAN...
				+	NEW ZEALAND
				+	NICARAGUA
				+	NIGER
				+	NIGERIA
				✗	NORTH MAC...
				+	NORWAY
				+	OMAN
				+	PAKISTAN
				-	PALAU
				+	PANAMA
				-	PAPUA NEW ...
				-	PARAGUAY
				+	PERU
				+	PHILIPPINES
				✗	POLAND
				+	PORTUGAL
				+	QATAR
				✗	REP OF KOREA
				+	REP OF MOL...
				✗	ROMANIA
				+	RUSSIAN FED...
				✗	RWANDA
				+	SAINT KITTS-...
				+	SAINT LUCIA
				+	SAINT VINCE...
				✗	SAMOA
				+	SAN MARINO
				+	SAO TOME-P...
				+	SAUDI ARABIA
				+	SENEGAL
				✗	SERBIA
				+	SEYCHELLES
				+	SIERRA LEONE
				+	SINGAPORE
				✗	SLOVAKIA
				+	SLOVENIA
				+	SOLOMON IS...
				+	SOMALIA
				+	SOUTH AFRICA
				✗	SOUTH SUDAN
				+	SPAIN
				+	SRI LANKA
				+	SUDAN
				+	SURINAME
				✗	SWEDEN
				+	SWITZERLAND
				+	SYRIAN ARA...
				+	TAJKISTAN
				+	THAILAND
				+	TIMOR-LESTE
				+	TOGO
				-	TONGA
				+	TRINIDAD-TO...
				+	TURINISIA
				+	TURKMENIST...
				-	TUVALU
				+	TÜRKIYE
				+	UGANDA
				✗	UKRAINE
				+	UNITED ARA...
				✗	UNITED KING...
				+	UNITED REP T...
				+	UNITED STAT...
				✗	URUGUAY
				+	UZBEKISTAN
				+	VANUATU
				+	VENEZUELA
				+	VIET NAM
				+	YEMEN
				+	ZAMBIA
				+	ZIMBABWE
+	<b>IN FAVOUR: 124</b>		-	<b>AGAINST: 14</b>	
		✗	<b>ABSTENTION: 43</b>		

Die Resolution fordert Israel auf, "seine rechtswidrige Präsenz" in den besetzten palästinensischen Gebieten "unverzögerlich zu beenden". Mit einer namentlichen Abstimmung von 124 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 43 Enthaltungen fordert die Resolution Israel auf, das Völkerrecht einzuhalten und seine Streitkräfte abzuziehen, alle neuen Siedlungsaktivitäten sofort einzustellen, alle Siedler aus dem besetzten Land zu evakuieren und Teile der Trennmauer, die es im besetzten Westjordanland errichtet hat, abzubauen.

Die Generalversammlung forderte ferner, dass Israel Land und anderes "unbewegliches Eigentum" sowie alle seit Beginn der Besetzung im Jahr 1967 beschlagnahmten Vermögenswerte und alle Kulturgüter und Vermögenswerte, die Palästinensern und palästinensischen Institutionen entwendet wurden, zurückgibt.

Die Resolution fordert Israel auch auf, allen Palästinensern, die während der Besetzung vertrieben wurden, die

Rückkehr an ihren Herkunftsort zu ermöglichen und Wiedergutmachung für die durch die Besetzung verursachten Schäden zu leisten.

Die Resolution geht auf das [Gutachten des Internationalen Gerichtshofs \(IGH\)](#) vom Juli 2024 zurück, in dem der Gerichtshof erklärte, dass die fortgesetzte Präsenz Israels in dem Gebiet "rechtswidrig" ist und dass "alle Staaten verpflichtet sind", die jahrzehntelange Besetzung "nicht anzuerkennen".

Quelle: <https://news.un.org/en/story/2024/09/1154496>

**Übersetzung: SiG-Redaktion**

**Text der Resolution A/RES/Es-10/24:** <https://documents.un.org/doc/undoc/ld/n24/266/48/pdf/n2426648.pdf>

**TV-Übertragung der Generalversammlung am 18.9.2024:** <https://webtv.un.org/en/asset/k1e/k1edf4b03v> (Abstimmung: ab 1:19:00)

**Die Bundesregierung hat sich enthalten.**

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2676260>

#### UN-Generalversammlung 15.12.2025

#### Das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung

- Die UN-Vollversammlung [...] 1. bekräftigt das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat Palästina;
2. fordert alle Staaten sowie die Sonderorganisationen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen nachdrücklich auf, das palästinensische Volk im Hinblick auf die baldige Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts auch weiterhin zu unterstützen und ihm dabei Hilfe zu gewähren.“

<https://www.un.org/german/sites/default/files/2026-03/ar80195.pdf>

# 3. Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

<https://main.un.org/securitycouncil/en>

## Resolutionen zu Südafrika

### **Resolution 418 vom 4. November 1977:**

Es wurde beschlossen, dass alle Staaten „unverzüglich jegliche Lieferung von Waffen und damit verbundenem Material aller Art an Südafrika einstellen, einschließlich des Verkaufs oder der Weitergabe von Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Polizei-Ausrüstung sowie Ersatzteilen für die vorgenannten Güter, und dass sie ebenfalls die Lieferung aller Arten von Ausrüstung und Nachschub sowie die Gewährung von Lizenzvereinbarungen für die Herstellung oder Wartung der vorgenannten Güter einstellen“. Das verbindliche Waffenembargo wurde als Reaktion auf die zunehmende Gewalt des Apartheidregimes in Südafrika verhängt, einschließlich der Reaktion auf den Soweto-Aufstand im Jahr 1976.

[https://www.sipri.org/databases/embargoes/un\\_arms\\_embargoes/south\\_africa/un-arms-embargo-on-south-africa](https://www.sipri.org/databases/embargoes/un_arms_embargoes/south_africa/un-arms-embargo-on-south-africa)

### **Resolution 591 vom 28. November 1986,**

Sie bezog Ersatzteile und Komponenten, die direkt oder über Dritte geliefert wurden, sowie bestimmte Güter mit doppeltem Verwendungszweck wie Allradfahrzeuge in ihren Geltungsbereich ein. ([www.sipri.org](http://www.sipri.org), 25.10. 2012)  
Der Rat forderte die Mitgliedstaaten auf, keine Importe von Waffen, Munition oder Militärfahrzeugen aus Südafrika anzunehmen, und forderte diejenigen, die dies noch nicht getan hatten, auf, jeglichen Austausch und alle Besuche, auch von Regierungsmitarbeitern, einzustellen. Einige Staaten setzten jedoch ihre Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Regime fort: Israel und die Militärdiktatur in Chile lieferten Waffen, während die paraguayische Diktatur zuließ, dass Paraguay als Drittland für die Lieferung von Gütern genutzt wurde.

[https://en.wikipedia.org/wiki/United\\_Nations\\_Security\\_Council\\_Resolution\\_591](https://en.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Security_Council_Resolution_591)

## Resolution zu Israel

Die **Resolution 2334** wurde am **23. Dezember 2016** mit 14 Stimmen ohne Gegenstimme angenommen, mit einer Enthaltung (Vereinigte Staaten).

Der Sicherheitsrat bekräftigt darin, dass Israels Siedlungen keine rechtliche Gültigkeit besitzen und eine flagrante Verletzung des Völkerrechts darstellen.

Zunächst wird die Gültigkeit der vorhergehenden Resolutionen 242 (1967), 338 (1973), 446 (1979), 452 (1979), 465 (1980), 476 (1980), 478 (1980), 1397 (2002), 1515 (2003) und 1850 (2008) zu diesem Thema bekräftigt. Besonders hervorgehoben wird die Resolution 1515 (2003) mit dem Fahrplan des Nahost-Quartetts, wonach Israel verpflichtet ist, jegliche Siedlungstätigkeit, einschließlich des „natürlichen Wachstums“, einzufrieren und alle seit März 2001 errichteten Siedlungsaußenposten abzubauen. Abermals wird verlangt, dass Israel alle Siedlungstätigkeiten in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalems, sofort vollständig einstellt.[...] Alle Staaten werden aufgefordert, in ihren relevanten Beziehungen zwischen dem Hoheitsgebiet des Staates Israel und den seit 1967 besetzten Gebieten zu unterscheiden.[...] [https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution\\_2334\\_des\\_UN-Sicherheitsrates](https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_2334_des_UN-Sicherheitsrates)

### **Craig Mokhiber: Eine Resolution aus der Hölle**

Am **17. November 2025** verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die **Resolution 2803 (2025)** (deutsche Übersetzung): Auf der Grundlage des **20-Punkte-Plans von Trump** soll ein Friedensrat gebildet werden, bei dem Trump federführend ist – ausführliche Kritiken an dem 20-Punkte-Plan im Heft „Gaza, November 2025“. Craig Mokhiber kritisiert jetzt diese „beschämende Resolution“. Das ‚Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israel und Palästina‘ (<https://bip-jetzt.de>) hat eine Übersetzung seiner Stellungnahme angefertigt, die **am 19. November 2025 erstmal in Mondoweiss** veröffentlicht wurde; sie ist auch in SiG 160, zusammen mit Hinweisen auf die zahlreichen Kritiken, veröffentlicht worden. (S. ebenfalls hier S.28)

## UN-Webseiten über Palästina

UN-Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: <https://ochaopt.org>

<https://palestine.un.org/en>; <https://www.un.org/unispal/> ;

<https://news.un.org/en/news/topic/peace-and-security>

<https://www.unrwa.org/>

Internationaler Gerichtshof: <https://www.icj-cij.org/case/186>; <https://www.icj-cij.org/case/192>;  
<https://www.icj-cij.org/case/193>

Übersetzungen: <https://www.un.org/german/de/dokumentenbibliothek>

## 4. Internationaler Strafgerichtshof

Die Vorverfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs weist die Anfechtungen der Gerichtsbarkeit durch den Staat Israel zurück und **erlässt Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant** – [Pressemitteilung](#)

Die Vorverfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs **erlässt ebenfalls Haftbefehl gegen Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri (Deif)** – [Pressemitteilung](#)

**Alle Dokumente zum Staat Palästina:** <https://www.icc-cpi.int/palestine>

### **Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant, 21. November 2024**

[Pressemitteilung](#) - Heute, am 21. November 2024, hat die Vorverfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs in ihrer Zusammensetzung für die *Situation im Staat Palästina* einstimmig zwei Entscheidungen erlassen, mit denen die Anfechtungen des Staates Israel („Israel“) gemäß den Artikeln 18 und 19 des Römischen Statuts (das „Statut“) zurückgewiesen wurden. Sie erließ außerdem Haftbefehle gegen Benjamin Netanyahu und Yoav Gallant. [...]

Die Kammer fand hinreichende Gründe für die Annahme, dass während des relevanten Zeitraums das humanitäre Völkerrecht im Zusammenhang mit dem internationalen bewaffneten Konflikt zwischen Israel und Palästina anwendbar war. Dies liegt daran, dass beide Vertragsparteien der Genfer Konventionen von 1949 sind und Israel zumindest Teile Palästinas besetzt hält. Die Kammer stellte außerdem fest, dass das Recht im Zusammenhang mit nicht-internationalen bewaffneten Konflikten auf die Kämpfe zwischen Israel und der Hamas anwendbar war. Die Kammer stellte fest, dass das beanstandete Verhalten von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant die Aktivitäten israelischer Regierungsstellen und der Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung in Palästina, genauer gesagt in Gaza, betraf. Es betraf daher die Beziehung zwischen zwei Parteien eines internationalen bewaffneten Konflikts sowie die Beziehung zwischen einer Besatzungsmacht und der Bevölkerung in besetzten Gebieten. Aus diesen Gründen hielt es die Kammer im Hinblick auf Kriegsverbrechen für angebracht, die Haftbefehle gemäß dem Recht des internationalen bewaffneten Konflikts zu erlassen. Die Kammer stellte außerdem fest, dass die vorgeworfenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Teil eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung in Gaza waren.

Die Kammer war der Ansicht, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass beide Personen der Zivilbevölkerung in Gaza absichtlich und wissentlich überlebenswichtige Gegenstände wie Lebensmittel, Wasser, Medikamente und medizinische Hilfsgüter sowie Treibstoff und Strom vorenthalten haben, und zwar mindestens vom 8. Oktober 2023 bis zum 20. Mai 2024. Diese Feststellung beruht auf der Rolle von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant bei der Behinderung der humanitären Hilfe unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und ihrem Versäumnis, die Hilfe mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu erleichtern. Die Kammer stellte fest, dass ihr Verhalten dazu führte, dass humanitäre Organisationen nicht mehr in der Lage waren, die notleidende Bevölkerung in Gaza mit Nahrungs-

mitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern zu versorgen. Die oben genannten Beschränkungen hatten zusammen mit der Unterbrechung der Stromversorgung und der Reduzierung der Treibstoffversorgung auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Wasser in Gaza und die Fähigkeit der Krankenhäuser, medizinische Versorgung bereitzustellen.

Die Kammer stellte außerdem fest, dass Entscheidungen, die humanitäre Hilfe in Gaza zuzulassen oder zu erhöhen, oft an Bedingungen geknüpft waren. Sie wurden nicht getroffen, um die Verpflichtungen Israels nach dem humanitären Völkerrecht zu erfüllen oder um sicherzustellen, dass die Zivilbevölkerung in Gaza angemessen mit benötigten Gütern versorgt wird. Tatsächlich waren sie eine Reaktion auf den Druck der internationalen Gemeinschaft oder auf Forderungen der Vereinigten Staaten von Amerika. In jedem Fall reichten die Erhöhungen der humanitären Hilfe nicht aus, um den Zugang der Bevölkerung zu lebensnotwendigen Gütern zu gewährleisten.

Darüber hinaus fand die Kammer hinreichende Gründe für die Annahme, dass für die Beschränkungen des Zugangs für humanitäre Hilfsmaßnahmen kein eindeutiger militärischer Bedarf oder eine andere Rechtfertigung nach dem humanitären Völkerrecht festgestellt werden konnte. Trotz Warnungen und Appellen *unter anderem* des UN-Sicherheitsrats, des UN-Generalsekretärs, von Staaten sowie von Regierungs- und zivilgesellschaftlichen Organisationen bezüglich der humanitären Lage in Gaza wurde nur minimale humanitäre Hilfe genehmigt. In diesem Zusammenhang berücksichtigte die Kammer die anhaltende Unterversorgung und die Aussage von Herrn Netanjahu, der den Stopp der Lieferung lebenswichtiger Güter und humanitärer Hilfe mit den Kriegszielen in Verbindung brachte.

Die Kammer sah daher hinreichende Gründe für die Annahme, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen des Aushungerns als Methode der Kriegsführung tragen.

Die Kammer stellte fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass der Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser, Strom und Brennstoff sowie an bestimmten medizinischen Hilfsgütern Lebensbedingungen geschaffen hat, die darauf abzielten, einen Teil der Zivilbevölkerung in Gaza zu vernichten, was zum Tod von Zivilisten, darunter auch Kindern, aufgrund von Unterernährung und Dehydrierung führte.

Auf der Grundlage des von der Anklagevertretung vorgelegten Materials, das den Zeitraum bis zum 20. Mai 2024 abdeckt, konnte die Kammer nicht feststellen, dass alle Elemente des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, nämlich der Ausrottung, erfüllt waren. Die Kammer stellte jedoch fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass das Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nämlich Mord, in Bezug auf diese Opfer begangen wurde.

Darüber hinaus sind die beiden Personen auch dafür verantwortlich, dass sie durch die vorsätzliche Einschränkung oder Verhinderung der Einfuhr von medizinischer Ausrüstung und Medikamenten nach Gaza, insbesondere von Anästhetika und Anästhesiegeräten, großes Leid durch unmenschliche Handlungen an behandlungsbedürftigen Personen verursacht haben. Ärzte waren gezwungen, ohne Betäubungsmittel verwundete Personen zu operieren sowie Amputationen, auch bei Kindern, durchzuführen und/oder waren gezwungen, unzureichende und unsichere Mittel zur Betäubung von Patienten einzusetzen, was diesen Personen extreme Schmerzen und Leiden verursachte. Dies kommt dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderen unmenschlichen Handlungen gleich.

Die Kammer sah auch hinreichende Gründe für die Annahme, dass das oben genannte Verhalten einen erheblichen Teil der Zivilbevölkerung in Gaza ihrer Grundrechte beraubte, einschließlich des Rechts auf Leben und Gesundheit, und dass die Bevölkerung aus politischen und/oder nationalen Gründen ins Visier genommen wurde. Sie stellte daher fest, dass das Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form von Unterdrückung begangen wurde.

Schließlich kam die Kammer zu dem Schluss, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant als zivile Vorgesetzte strafrechtlich für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Anweisung von Angriffen gegen die Zivilbevölkerung von Gaza verantwortlich sind. In diesem Zusammenhang stellte die Kammer fest, dass die von der Anklagevertretung vorgelegten Unterlagen nur Feststellungen zu zwei Vorfällen zuließen, die als vorsätzlich gegen Zivilisten gerichtete Angriffe eingestuft wurden. Es besteht Grund zu der Annahme, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant es versäumt haben, Maßnahmen zu ergreifen, um die Begehung von Straftaten zu verhindern oder zu unterbinden oder die Angelegenheit den zuständigen Behörden zu melden, obwohl ihnen diese Maßnahmen zur Verfügung standen. [...]

### UN-Experten, [ohchr.org](https://www.ohchr.org)

## „ICC-Haftbefehle können Leben retten, müssen respektiert und befolgt werden“

**GENÈVE, 26 November 2024** – UN-Menschenrechtsexperten forderten heute die vollständige Einhaltung der Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant sowie gegen den Hamas-Kommandeur Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri (Deif) wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

„Die Entscheidung des IStGH ist ein historischer Schritt in Richtung Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht und gibt Hoffnung, dass die jahrzehntelange Straflosigkeit für seit langem andauernde schwere Verstöße gegen das Völkerrecht im Besetzten palästinensischen Gebiet (OPT) beendet wird“, so die Experten. „Die anhaltende Straflosigkeit, insbesondere des Staates Israel, hat die zunehmende und unhaltbare Gewalt in der Region begünstigt, die sich auf das Leben und die Zukunft sowohl der Palästinenser als auch der Israelis auswirkt.“

Seit dem 7. Oktober 2023 und dem militärischen Angriff auf Gaza und den Rest der besetzten palästinensischen Gebiete haben die unabhängigen Experten Beweise für schwere Verstöße gegen das Völkerrecht erhalten und dokumentiert, die gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden.

„Diese Verstöße, die oft internationalen Verbrechen gleichkommen, müssen sofort aufhören und dürfen nicht ungestraft bleiben“, sagten sie.

Die Experten begrüßten die Entscheidung des IStGH und erinnerten die Staaten an ihre rechtliche und moralische Verpflichtung, das Völkerrecht zu wahren und Kriegsverbrecher zu bestrafen. Sie erklärten, dass die Befugnis zur

Vollstreckung dieser Haftbefehle bei den Regierungen liege. „Die Einhaltung der Haftbefehle ist entscheidend, um die seit langem bestehende Straflosigkeit, von der die Täter profitieren, zu überwinden und schwere Verbrechen im OPT und in Israel zu beenden“, sagten sie.

Da Millionen von Menschen in der Region, insbesondere im Gazastreifen, weiterhin abscheuliche Gräueltaten erdulden müssen, ist es die Pflicht aller Staaten, ihr Engagement für Gerechtigkeit und die universelle Einhaltung des Völkerrechts ohne Vorurteile oder Doppelmoral unter Beweis zu stellen, so die Experten. „Gerechtigkeit zu schaffen ist oft das Ergebnis einer kollektiven Anstrengung. Wir ermutigen daher die nationalen Gerichte, zur wichtigen Arbeit des IStGH beizutragen und sie zu ergänzen.“

„Wir achten besonders auf das Grundrecht der Opfer und ihrer Familien auf umfassende und sinnvolle Wiedergutmachung und fordern alle relevanten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass ihre Rechte gewahrt werden“, so die Experten. „Um die Rechte der Opfer und ihrer Familien zu gewährleisten, ist es unerlässlich, dass der IStGH seine Arbeit ohne Einmischung oder anderen unangemessenen Druck ausführen kann.“

### [German Foreign Policy](https://www.german-foreign-policy.com): 22.11.2024 -

**Die IStGH-Haftbefehle gegen Netanyahu und Gallant bringen die Bundesregierung in eine heikle Lage.** Erstmals könnten enge Verbündete des Westens verurteilt werden – trotz einer massiven Geheimdienstkampagne gegen den IStGH

7.11.2024 - Israels geheimer Krieg gegen den Chefankläger Karim Khan vom Strafgerichtshof -

### **[DIE RECHERCHE](#)**

# Konferenz in Bogotá, Juli 2025

## Staaten kündigen beispiellose Maßnahmen an, um den Völkermord in Gaza zu stoppen

<https://thehaguegroup.org/meetings-bogota-en/>



### Bericht von Amerika21

#### 18.07.2025 - Haager Gruppe beschließt in Kolumbien die Blockade von Waffenlieferungen an Israel

(...) An dem Treffen in Bogotá [nahmen](#) insgesamt über dreißig Länder teil, darunter auch Brasilien, China, Indonesien, Ägypten, Spanien und Venezuela. Allerdings schlossen sich weder Brasilien noch China der Erklärung an. Auch einige andere Staaten fehlten. Offenbar prüfen die Länder noch, ob und wie sie die Erklärung mit ihren nationalen Rechtsvorschriften in Einklang bringen können. *Weiterlesen:* [amerika21](#)

*Video der Auftaktkonferenz:* <https://www.youtube.com/live/BfZXQK01t-Q>

### Pressemitteilung der Haager Gruppe

**16. Juli 2025** – Im Rahmen der ehrgeizigsten multilateralen Initiative seit Beginn des Völkermords in Gaza vor 21 Monaten hat sich eine Koalition überregionaler Staaten, die sich in Bogotá versammelt hat, auf sechs koordinierte diplomatische, rechtliche und wirtschaftliche Maßnahmen geeinigt, um Israels Angriff auf die besetzten palästinensischen Gebiete einzudämmen und das Völkerrecht insgesamt zu verteidigen.

Die von den Regierungen Kolumbiens und Südafrikas als Ko-Vorsitzende gemeinsam einberufene Notfallkonferenz der Haager Gruppe brachte 30 Staaten aus Afrika, Asien, Europa sowie Nord- und Südamerika zusammen, um über bloße Verurteilungen hinauszugehen – und kollektive Maßnahmen auf der Grundlage des Völkerrechts zu ergreifen.

In den Beratungen auf der Konferenz in Bogotá waren sich alle 30 teilnehmenden Staaten einig, dass die Ära der Straflosigkeit ein Ende finden muss – und dass das

Völkerrecht ohne Furcht oder Bevorzugung durch sofortige innenpolitische Maßnahmen und Gesetzgebung durchgesetzt werden muss – zusammen mit einem gemeinsamen Aufruf zu einem sofortigen Waffenstillstand.

Um diesen Prozess in Gang zu setzen, haben sich 13 Staaten aus aller Welt – **Bolivien, Kolumbien, Kuba, Indonesien, Irak, Libyen, Malaysia, Namibia, Nicaragua, Oman, Saint Vincent und die Grenadinen, Südafrika und die Türkei\*** – dazu verpflichtet, die sechs Maßnahmen unverzüglich über ihre innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungssysteme umzusetzen, um die Komplizenschaft mit Israels Zerstörungskampagne in Palästina zu beenden – und legten den 20. September fest, zeitgleich mit der 80. UN-Generalversammlung, damit sich weitere Staaten ihnen anschließen können. Derzeit laufen Konsultationen mit Hauptstädten auf der ganzen Welt.

„Wir geben hiermit die folgenden Maßnahmen bekannt“, heißt es in der Gemeinsamen Erklärung zum Abschluss

der außerordentlichen Ministerkonferenz zu Palästina (1), „die auf der Grundlage der innerstaatlichen rechtlichen und legislativen Rahmenbedingungen der Staaten zu verabschiedet sind“:

**Unterbindung der Lieferung oder Weitergabe von Waffen, Munition, militärischem Treibstoff, zugehöriger militärischer Ausrüstung und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck an Israel...**

**Unterbindung der Durchfahrt, des Anlegens und der Wartung von Schiffen in jedem Hafen...** in allen Fällen, in denen ein eindeutiges Risiko besteht, dass das Schiff zum Transport von Waffen, Munition, militärischem Treibstoff, zugehöriger militärischer Ausrüstung und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Israel genutzt wird;

**Unterbindung des Transports von Waffen, Munition, Militärtreibstoff, zugehöriger militärischer Ausrüstung und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Israel auf Schiffen unter unserer Flagge...** und Gewährleistung einer lückenlosen Rechenschaftspflicht, einschließlich des Entzugs der Flagge, bei Nichteinhaltung dieses Verbots;

**Einleitung einer dringenden Überprüfung aller öffentlichen Aufträge, um zu verhindern, dass öffentliche Einrichtungen und Gelder Israels illegale Besetzung des palästinensischen Gebiets unterstützen und dessen rechtswidrige Präsenz festigen;**

**Erfüllung der Verpflichtungen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für die schwersten Verbrechen nach dem Völkerrecht** durch konsequente, unparteiische und unabhängige Ermittlungen und Strafverfolgungen auf nationaler oder internationaler Ebene, um Gerechtigkeit für alle Opfer zu gewährleisten und künftige Verbrechen zu verhindern;

**Unterstützung von Mandaten zur universellen Gerichtsbarkeit**, soweit diese in nationalen Rechtsrahmen und Justizsystemen anwendbar sind, um Gerechtigkeit für die Opfer internationaler Verbrechen zu gewährleisten, die in den besetzten palästinensischen Gebieten begangen wurden.

„Diese 12 Staaten haben einen bedeutenden Schritt nach vorne gemacht“, sagte die **UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den besetzten palästinensischen Gebieten, Francesca Albanese**. „Die Uhr tickt nun für Staaten – von Europa bis zur arabischen Welt und darüber hinaus –, sich ihnen anzuschließen.“

Die Konferenz einigte sich darauf, eine Frist für die endgültigen Entscheidungen der Staaten bis September 2025 festzulegen, entsprechend dem 12-monatigen Zeitrahmen, der durch die Resolution A/RES/ES-10/24 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die am 18. September 2024 verabschiedet wurde, vorgeschrieben wurde.

Diese Resolution forderte alle Staaten auf, innerhalb eines Jahres nach ihrer Verabschiedung wirksame Maßnahmen gegen Israels Verstöße gegen das Völkerrecht zu ergreifen – einschließlich Rechenschaftspflicht, Sanktionen und Einstellung der Unterstützung.

„Wir sind nach Bogotá gekommen, um Geschichte zu schreiben – und das haben wir getan“, sagte **der kolumbianische Präsident Gustavo Petro**. „Gemeinsam haben wir damit begonnen, die Ära der Straflosigkeit zu beenden. Diese Maßnahmen zeigen, dass wir nicht länger zulassen werden, dass das Völkerrecht als optional behandelt wird oder palästinensisches Leben als entbehrlich angesehen wird.“

„Was wir hier erreicht haben, ist eine kollektive Bekräftigung, dass kein Staat über dem Gesetz steht“, sagte **der südafrikanische Minister für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit, Ronald Lamola**. „Die Haager Gruppe wurde gegründet, um das Völkerrecht in einer Ära der Straflosigkeit voranzubringen. Die in Bogotá beschlossenen Maßnahmen zeigen, dass wir es ernst meinen – und dass koordiniertes staatliches Handeln möglich ist.“

„Diese Konferenz markiert einen Wendepunkt – nicht nur für Palästina, sondern für die Zukunft des internationalen Systems“, sagte **Varsha Gandikota-Nellutla, Exekutivsekretärin der Haager Gruppe**. „Seit Jahrzehnten tragen Staaten – insbesondere im Globalen Süden – die Kosten eines zerstörten internationalen Systems. In Bogotá kamen sie zusammen, um es zurückzugewinnen – nicht mit Worten, sondern mit Taten.“

*\*Die Republik Irak und der Staat Libyen erkennen den Staat Israel nicht offiziell an*

*\*Die Republik Türkei distanziert sich von den Verweisen in der Gemeinsamen Erklärung auf das „Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen“ vom 10. Dezember 1982. Der Beitritt der Republik Türkei zu dieser Gemeinsamen Erklärung darf in keiner Weise als Änderung ihrer rechtlichen Position in Bezug auf das genannte Übereinkommen ausgelegt werden.*

Übersetzung: SiG-Redaktion

### (1) **Gemeinsame Erklärung zum Abschluss der Dringlichkeitskonferenz zu Palästina in [SiG 159](#), S.8-9**

#### **Weitere Informationen:**

**jungeWelt, 15.07.2025: [Druck auf Israel erhöhen; Komplizenschaft beenden](#) ; [Haager Gruppe beschließt Maßnahmen](#)**

**[NachDenkSeiten](#), Sechs Maßnahmen, um den Völkermord in Palästina zu stoppen**

# Einheitlicher Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft vor der internationalen Konferenz in New York zur friedlichen Lösung der Palästina-Frage, 29.07.2025

<https://www.thepipd.com/statements/pal-civil-society-call-to-action/> , Übersetzung: SiG-Redaktion

Während sich die UN-Mitgliedstaaten am 29. und 30. Juli in New York zu der verzögerten hochrangigen Konferenz über die friedliche Lösung der Palästina-Frage unter dem gemeinsamen Vorsitz Frankreichs und Saudi-Arabiens treffen, bekräftigen wir – die unterzeichnenden palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Koalitionen in Palästina und im Exil – unsere einheitlichen Forderungen nach einer gerechten und rechtmäßigen Resolution, die auf den unveräußerlichen Rechten des palästinensischen Volkes beruht.

Verwurzelt in jahrzehntelanger Auseinandersetzung mit unseren Gemeinschaften und der internationalen Interessenvertretung hat die palästinensische Zivilgesellschaft immer wieder die schädlichen Folgen ineffektiver, diskriminierender und symbolischer internationaler politischer Ansätze erlebt.

Diese Konferenz könnte einen Wendepunkt darstellen – jedoch nur, wenn sie wieder auf ihre rechtliche Grundlage ausgerichtet wird: die Resolution ES-10/24 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die auf jahrzehntelang bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen aufbaut.

Diese Resolution begrüßte das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) von Juli 2024, das Israel aufforderte, das Völkerrecht einzuhalten, einschließlich der Beendigung seiner rechtswidrigen Besatzung, der Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Rückkehr, und Drittländer dazu verpflichtete, konkrete Sanktionen und Rechenschaftsmaßnahmen zu ergreifen, um das Völkerrecht zu wahren.

Die Konferenz bietet eine entscheidende Gelegenheit, veraltete Rahmenbedingungen hinter sich zu lassen und sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, über fehlerhafte Rahmen hinauszugehen und auf sinnvolle Maßnahmen hinzuarbeiten, die den Weg zur Lösung der "Frage Palästinas" mit Handlungen ebnen, die auf Prinzipien des Völkerrechts beruhen. Als palästinensische Zivilgesellschaft sprechen wir mit einer Stimme: Jeder Weg nach vorn muss damit beginnen, die Strukturen der kolonialen Herrschaft zu konfrontieren und abzubauen sowie das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu verwirklichen.

Dennoch haben die vorbereitenden Prozesse und Diskussionen – einschließlich der Pariser Zusammenkunft der „Zivilgesellschaft“ – diese rechtliche Grundlage ausgeklammert und stattdessen eine enge Zwei-Staaten-Agenda vorangetrieben, die den Realitäten der Zersplitterung, der Belagerung und des Völkermords unter einem kolonialen Siedlerregime nicht gerecht werden kann.

Über Jahrzehnte haben internationale Ansätze Machtasymmetrien verschleiert, Kolonisatoren und Kolonisierte gleichgesetzt und diplomatische sowie wirtschaftliche Ressourcen in Prozesse und Ansätze gelenkt, die Israel vor Verantwortung schützen, während die eigentlichen Ursachen des Unrechts verwaltet – statt gelöst – werden: mehr als sieben Jahrzehnte israelischen Siedlerkolonialismus und Apartheid, aufrechterhalten durch militärische Besatzung, Blockade und Völkermord.

Ansätze, die den Dialog mit israelischen Behörden, Organisationen oder Einzelpersonen fördern, die die siedlerkoloniale Realität nicht in Frage stellen oder die grundlegenden Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Rückkehr nicht anerkennen, dienen letztlich dazu, die fortlaufenden Verbrechen Israels reinzuwaschen.

Eine gerechte Lösung der Palästinafrage erfordert eine grundlegende Abkehr von engen und fehlgeleiteten Ansätzen des „Staatsaufbaus“ und der „Friedensförderung“ unter anhaltender Besatzung hin zu einem politischen Ansatz, der sich auf die Demontage des kolonialen Apartheid- und Besatzungsregimes Israels sowie auf die Verwirklichung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Rückkehr stützt.

Während unser Volk Völkermord, erzwungene Hungersnot, ethnische Säuberungen und weitere Entweignungen erleidet, ist dies nicht die Zeit für neu verpackte Fehlversuche.

Es ist ein längst überfälliger Moment für konkrete Maßnahmen: echte Verantwortlichkeit, anhaltenden internationalen Druck und dringende Sanktionen, um das rechtswidrige Regime Israels abzubauen und die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu wahren.

## **Wir fordern daher alle Staaten, Institutionen und Akteure, die an der Konferenz teilnehmen, dazu auf:**

### **1. Allen Lösungen müssen die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zugrunde liegen. Dazu gehören:**

- Das Recht auf Selbstbestimmung, eine zwingende Norm des Völkerrechts, für alle 15 Millionen Palästinenser. Dieses Recht beginnt oder endet nicht mit der Staatsangehörigkeit, sondern umfasst den kollektiven Willen des Volkes, seinen politischen Status frei zu bestimmen und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu verfolgen, einschließlich der Souveränität über Land und Ressourcen;
- Das Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge, die während der Nakba (1948), Naksa (1967) und in allen nachfolgenden Wellen der Zwangsvertreibung vertrieben wurden;
- Das Recht auf vollständige Wiedergutmachung, einschließlich Rückgabe, Entschädigung, Genugtuung und Garantien für keine Wiederholung.

### **2. Sofortiges Beenden des Völkermords und der Belagerung des Gazastreifens:**

Dies erfordert einen sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand, den Rückzug der israelischen Militärkräfte aus Gaza und die sofortige, uneingeschränkte Bereitstellung humanitärer Hilfe.

### **3. Abbau der kolonialen Siedler- und Apartheidstrukturen Israels durch:**

- Einräumung des Rechts auf Selbstbestimmung und Rückkehr;
- Aufhebung aller diskriminierenden Gesetze gegen Palästinenser;
- Beendigung der militärischen Besatzung;
- Aufhebung der Blockade des Gazastreifens.

### **4. Unterstützung der palästinensischen Bemühungen, eine einheitliche, demokratische palästinensische Führung wieder aufzubauen, die das palästinensische Volk in Palästina und im Exil vertritt durch:**

- Beendigung der Delegitimierung palästinensischer politischer Gruppierungen und Förderung der nationalen Versöhnung ohne vorher festgelegte Bedingungen;
- Druck auf Israel ausüben, alle palästinensischen politischen Gefangenen freizulassen und willkürliche Inhaftierungen und Folter zu beenden;

### **5. Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht im Einklang mit den Erga-Omnes-Verpflichtungen von Drittstaaten, Israel nicht in der Durchführung von rechtswidrigem Apartheidregime, Völkermord, Besatzung und der Verweigerung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts zu bestätigen, zu begünstigen oder zu unterstützen.**

#### **Dazu zählen:**

- die **Verhängung eines beidseitigen Militärembargos gegen Israel**, das alle Waffen, Militärtechnologie, Überwachungs-ausrüstung, Flugzeugtreibstoff, Ausbildung, gemeinsame Übungen, Militärbasen sowie den Export, Import, Transfer und Transit aller Teile, Komponenten und Dual-Use-Güter umfasst;
- die **Durchsetzung diplomatischer Sanktionen**, einschließlich der Ausweisung israelischer Botschafter und der Aussetzung offizieller Besuche sowie der Zusammenarbeit mit israelischen Behörden;
- die **Verhängung gezielter Sanktionen**, einschließlich Reiseverbote und Einfrierung von Vermögenswerten gegen Einzelpersonen und Institutionen, die an Israels internationalen Verbrechen beteiligt sind;
- die **Beendigung aller wirtschaftlichen Hilfen** und Kooperationsvereinbarungen, die Israels rechtswidrige Besatzung und das Apartheidregime aufrechterhalten, einschließlich der Kündigung von Freihandelsabkommen;
- die **Verhängung eines beidseitigen Energieembargos** durch Beendigung aller Importe/Exporte von Öl, Gas und Kohle, Desinvestitionen aus Förderprojekten und Aufkündigung aller Vereinbarungen über Transit und Pipelines, sowie Infrastruktur in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich in deren Hoheitsgewässern;
- das **Verbot der Vorbeifahrt an der Küste und des Anlegens von Schiffen** in ihren Hoheitsgewässern, die Waffen, militärische und Dual-Use-Ausrüstung, Treibstoffe oder Güter transportieren, die Israels Besatzung, Völkermord, Apartheid oder illegale Siedlungen unterstützen; das Verbot für Schiffe unter ihrer Flagge, solche militärischen Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck zu transportieren;

- die **Beendigung aller bilateralen und multilateralen Freihandels- und Kooperationsabkommen**, insbesondere des Assoziierungsabkommens EU-Israel wegen Verstoßes gegen Artikel 2, sowie aller von der EU finanzierten Kooperationsprogramme, einschließlich akademischer, kultureller und sportlicher Programme und des Freihandelsabkommens Mercosur-Israel;
- die **Verabschiedung nationaler Gesetze, die Unternehmen in Ihrem Zuständigkeitsbereich daran hindern**, die illegale Besetzung Israels, einschließlich Siedlungsunternehmen, zu unterstützen, daran mitzuwirken, darin zu investieren oder diese aufrechtzuerhalten;
- die **Sicherstellung, dass Unternehmen und Finanzinstitute im Rahmen Ihrer Zuständigkeit** alle ihre Vermögenswerte von den israelischen und mit-schuldigen Unternehmen und von den Gesellschaften, die in internationalen Verbrechen verwickelt sind, abziehen;
- die **Aufhebung aller nationalen Gesetze und Richtlinien zur Kriminalisierung der palästinensischen Solidarität**, insbesondere der Proteste sowie der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionskampagnen (BDS);
- die **Ermittlungen gegen Staatsangehörige, die an Verbrechen gegen Palästinenser beteiligt sind**, einschließlich Doppelstaats-Angehörige im israelischen Militär, und Strafverfolgung sowie Erlass von Richtlinien, die die Rekrutierung erschweren;
- die Einschaltung der **universellen Gerichtsbarkeit**, um die Täter internationaler Verbrechen gegen Palästinenser vor nationalen Gerichten strafrechtlich zu verfolgen;
- die Vollstreckung der **Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH)** gegen Netanjahu und Gallant, indem sie festgenommen und nach Den Haag überstellt werden, sofern sie sich im Zuständigkeitsbereich, einschließlich des Luftraums, aufhalten;
- die Unterstützung der **Ermittlungen des IStGH zur Lage in Palästina**, indem seine Mitarbeiter geschützt, Sanktionen abgelehnt, die finanzielle Unterstützung aufgestockt und Druck auf Israel ausgeübt wird, dem IStGH-Personal Zugang zu Palästina zu gewähren, damit unabhängige Ermittlungen durchgeführt werden können;
- die Verweisung der Situation **in Palästina an den IStGH**, sofern dies noch nicht geschehen ist. Dabei sind die Verbrechen der Apartheid, des Völkermords sowie die mit der rechtswidrigen Besetzung verbundenen Verbrechen hervorzuheben;
- die Unterstützung der **vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) anhängigen Verfahren**, die Südafrika wegen Völkermordes gegen Israel und Nicaragua wegen Beihilfe dazu gegen Deutschland angestrengt haben, unter anderem durch Einreichung einer Interventionserklärung gemäß Artikel 63 des Statuts des Gerichtshofs;
- **der Beitritt zur Haager Gruppe** und der Anschluss an die Staaten des Globalen Südens, die Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht vorantreiben, um die palästinensische Selbstbestimmung zu unterstützen;
- die **Forderung, dass die UN-Generalversammlung das UN-Sonderkomitee gegen Apartheid und das UN-Zentrum gegen Apartheid neu aufstellt, um Israels Apartheid zu beenden**;
- die **Forderung, dass die UN-Generalversammlung Israels Mitgliedschaft aussetzt** wegen Verstoßes gegen die **Mitgliedschaftsbedingungen**, einschließlich der Nichteinhaltung der Resolution 194. Hinzu kommen die systematischen Verstöße und Angriffe auf die Grundsätze und Institutionen der Vereinten Nationen;
- die **Unterstützung des Mandats der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission zu den besetzten palästinensischen Gebieten und Israel** unter anderem durch Ausübung des Drucks auf den israelischen Staat, damit dieser Zugang zu Palästina für unabhängige Untersuchungen gewährt.

**Die Konferenz bietet eine entscheidende Chance, über fehlerhafte Rahmen hinauszugehen und auf sinnvolle Maßnahmen hinzuarbeiten, die den Weg zur Lösung der "Frage Palästinas" mit Handlungen ebnen, die auf Prinzipien des Völkerrechts beruhen.**

**Als palästinensische Zivilgesellschaft sprechen wir mit einer Stimme: Jeder Weg nach vorn muss damit beginnen, die Strukturen der kolonialen Herrschaft zu konfrontieren und abzubauen sowie das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu verwirklichen.**

## Unterschriften

### Palästinensische Organisationen, u.a.:

1. Palestinian BDS National Committee
3. Al-Haq
5. The Civic Coalition for Palestinians Right in Jerusalem
6. Applied Research Institute – Jerusalem (ARIJ)
7. Union of Agricultural Work Committees (UAWC)
9. Bisan Center for Research and Development
10. Visualizing Palestine
12. The Community Action Center at Al-Quds University
13. Law for Palestine
14. MUSAWA – Palestinian Centre for the Independence of the Judiciary and the Legal Profession
18. Women's Studies Centre
19. The Palestinian Initiative for the Promotion of Global Dialogue and Democracy- MIFTAH
20. Palestinian Youth Association for Leadership and Rights Activation
21. Center for Refugee Rights – Aidoun
22. Defense for Children International- Palestine

23. Palestinian Working Woman Society for Development-PWWS
26. Palestinian Grassroots Anti-Apartheid Wall Campaign (Stop the Wall)
27. The Palestine New Federation of Trade Unions
28. BuildPalestine
29. Adalah Justice Project
30. Urgence Palestine
39. Reviving Gaza
40. Gaza Families Reunited
43. Sabeel – Ecumenical Liberation Theology Center
46. Hawwa Society for Culture and Arts

### **106 unterstützende internationale Organisationen darunter :**

- European Coordination of Committees and Associations for Palestine (ECCP), Belgium
- aus Deutschland:  
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) e.V. ;  
Buendnis fuer Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palaestinsern e.V., Germany

## SiG-Redaktion – Einige Links

### Einige palästinensische und israelische Gruppen

<https://www.adalah.org/en>  
<https://www.alhaq.org/>  
[www.breakingthesilence.org.il/](http://www.breakingthesilence.org.il/)  
<https://www.btselem.org/>  
<https://www.cfpeace.org/>  
<https://hamoked.org>  
<https://icahd.org/>  
<https://www.mezan.org/en>  
<https://newprofile.org/en/>  
<https://pchrgaza.org/>  
<https://www.pngo.net/en>  
<https://stopthewall.org/>  
<https://wearenotnumbers.org/>  
<https://www.womenwagepeace.org.il>

Vertretung des Staates Palästina in Österreich

<https://www.palestinemission.at/>

### Solidaritätsgruppen weltweit

<https://dontbuyintooccupation.org/>  
<https://www.whoprofits.org/>  
[www.jewishvoiceforpeace.org/](http://www.jewishvoiceforpeace.org/);  
<https://ujfp.org/>  
<https://www.etun-palestine.org/site/>  
<https://www.eccpalestine.org/>  
<https://palsolidarity.org>  
<https://www.stopwar.org.uk/>  
<https://palestinecampaign.org/>  
<https://www.france-palestine.org/>  
<https://globalsumudflotilla.org/>  
<https://www.justiceforpalestine.eu/>

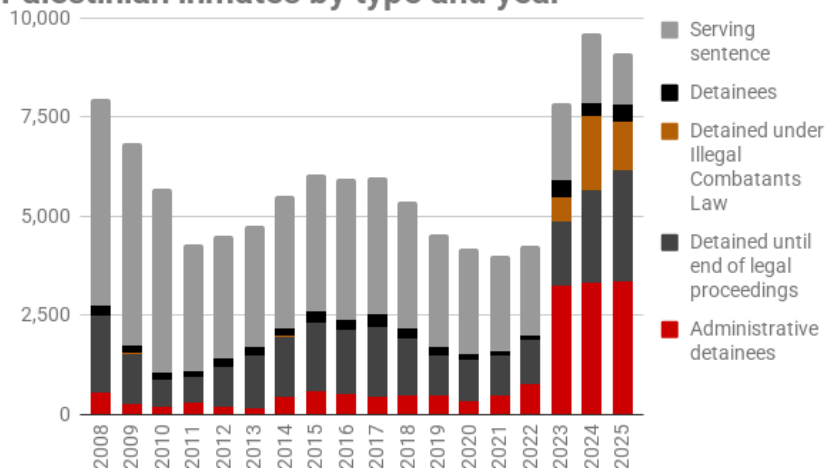
Koordinationskreis Palästina-Israel  
<https://www.kopi-online.de>

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern:  
<https://bip-jetzt.de/blog/>

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft: <https://dpg-netz.de>  
<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de>  
<https://amnesty-israel-palaestina.de/>  
<http://bds-kampagne.de/>  
[www.gewerkschafter4gaza.de/](http://www.gewerkschafter4gaza.de/)  
 Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe: <https://www.jpdg.de/>  
<https://www.juedische-stimme.de/>  
<https://www.medico.de/projekte/israelpalaestina>  
<https://palaestina-news.ch/>

## Palästinenserinnen und Palästinenser in israelischen Gefängnissen

Palestinian inmates by type and year



[https://www.btselem.org/statistics/detainees\\_and\\_prisoners](https://www.btselem.org/statistics/detainees_and_prisoners)

**5.8.2024 - Bericht von B'Tselem:**  
**"Willkommen in der Hölle - Das israelische Gefängnissystem als ein Netzwerk von Folterlagern"**

**The Killing, Detention and Torture of Healthcare Workers in Gaza:**  
**Berichte und mehr:**  
[Healthcare Workers Watch](#)

**Bericht von Human Rights Watch**  
 über israelische Gefängnisse:  
 Palästinensisches Krankenhauspersonal angekettet, ausgehungert, sexuell missbraucht -  
 Übersetzung : [palestinemission](https://palestinemission)

# Hochrangiges Treffen der Haager Gruppe zur Beendigung des Völkermords in Gaza

New York, 26. September 2025



## Erklärung der Co-Vorsitzenden

Vor einem Jahr verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution A/RES/ES-10/24, in der sie den Staat Israel aufforderte, dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 nachzukommen, und dem Staat Israel zwölf Monate Zeit gab, seine „rechtswidrige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten“ unverzüglich zu beenden.

Diese Frist ist nun abgelaufen.

Israel hat sich der Generalversammlung widersetzt, den Gerichtshof ignoriert und seine Verbrechen verschärft. Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission für das besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Ostjerusalem, und Israel ist nun zu dem Schluss gekommen, dass Israels Handlungen einen Völkermord darstellen. Angesichts dieser gravierenden Realität muss sich die internationale Gemeinschaft verpflichten – nicht zu Worten, sondern zu Taten.

Deshalb wurde die Haager Gruppe im Januar ins Leben gerufen – um gemeinsam gegen die Mittäterschaft vorzugehen und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen –, indem sie das Völkerrecht gemeinsam durchsetzt.

Im vergangenen Jahr haben Staaten weltweit konkrete Maßnahmen durch nationale Gesetzgebung und Exekutivmaßnahmen ergriffen: Sie haben Waffenlieferungen gestoppt, Waffenlieferungen blockiert, Beschaffungen bei israelischen Firmen ausgesetzt, Energieexporte eingestellt und die Rechenschaftspflicht vor nationalen und internationalen Gerichten sichergestellt.

Heute, am Rande der 80. UN-Generalversammlung, hat die Haager Gruppe mehr als dreißig Regierungen zusammengebracht, um diese Maßnahmen zu einer koordinierten globalen Strategie zu bündeln, mit der der Völkermord in Gaza gestoppt werden soll. Wir bekräftigen,

- dass das Prinzip der Rechenschaftspflicht nicht aufgegeben werden darf
- dass Israel seine Verbrechen nicht ungestraft fortsetzen darf;

- dass jeder Staat verpflichtet ist, Völkermord zu verhindern und das Völkerrecht umzusetzen;
- dass eine koordinierte Durchsetzung – über unsere Gerichte, Häfen, Verträge, Fabriken und Finanzsysteme – ein unvermeidbarer Weg zur Gerechtigkeit für das palästinensische Volk ist.

Eine solche Koordinierung stärkt die globale Reaktion auf die anhaltenden Verbrechen Israels, schafft ein Vorbild für alle Staaten, ihre rechtlichen Verpflichtungen unverzüglich zu erfüllen, und schafft robuste Mechanismen zur Rechenschaftspflicht auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene.

Kolumbien und Südafrika bekräftigen als Co-Vorsitzende der Haager Gruppe unser gemeinsames Engagement für diese Mission. Wir stehen zusammen, nicht nur für Palästina, sondern für die Integrität des Völkerrechts selbst. Die Wahl, vor der jede Regierung steht, ist klar: Mittäterschaft oder Einhaltung.

Die Geschichte wird uns nicht nach den Reden beurteilen, die wir gehalten haben, sondern nach den Taten, die wir vollbracht haben. Gemeinsam rufen wir alle Staaten dazu auf, sich uns anzuschließen, um die Bande der Komplizenschaft in den Bereichen Rüstung, Finanzen und Energie zu durchtrennen – und sicherzustellen, dass Gerechtigkeit nicht hinausgezögert, sondern verwirklicht wird.

**Das palästinensische Volk kann nicht warten – und die Haager Gruppe wird nicht ruhen, bis sie die Welt mobilisiert hat, um die internationalen Gesetze zu seinem Schutz zu verteidigen.**

**Rosa Villavicencio**, Außenministerin der Republik Kolumbien

**Ronald Lamola**, Minister für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit der Republik Südafrika

<https://thehaguegroup.org/meetings-ny-en/> ; Übersetzung: SiG-Redaktion

# Treffen der Haager Gruppe zu Rechenschaftspflicht und Durchsetzung des Völkerrechts in Palästina am 4. März 2026 in Den Haag

Am Treffen nahmen 40 Staaten teil:

Algerien, Angola, Bangladesch, Brasilien, China, Cuba, Dänemark, Djibouti, Ägypten, Elfenbeinküste, Ghana, Irak, Indonesien, Kolumbien, Libyen, Libanon, Luxemburg, Malaysia, Mexiko, Mauretanien, Nicaragua, Nigeria, Norwegen, Palästina, Pakistan, Qatar, San Marino, Saudi Arabien, Schweden, Schweiz, Slowenien, Spanien, Südafrika, Tansania, Tunesien, Türkei, Uruguay, Vanuatu, Venezuela und Simbabwe.

<https://www.middleeasteye.net/news/forty-nations-convene-hague-discuss-measures-against-israels-annexation-west-bank>



Foto: <https://thehaguegroup.org/meetings-hague-2026-en/>

## Erklärung der Co-Vorsitzenden

Den Haag, 4. März 2026

Vierzig Staaten kamen heute in Den Haag zum Treffen über Rechenschaftspflicht und Durchsetzung des Völkerrechts in Palästina zusammen, das unter dem gemeinsamen Vorsitz der Republik Südafrika und der Republik Kolumbien steht.

Das ist die bislang größte Versammlung von Staaten, die an einem Treffen der Haager Gruppe seit ihrer Gründung im Januar 2025 teilnehmen.

Die Teilnehmer trafen sich vor dem Hintergrund der beispiellosen Beschleunigung der israelischen Siedlungspolitik, einschließlich der Genehmigung des E1-Projekts und der Veröffentlichung seiner Ausschreibung, sowie der völkerrechtswidrigen Eskalation der Militäroperationen im Westjordanland, die einer faktischen Annexion

des besetzten Westjordanlands gleichkommt und einen direkten Angriff auf die territoriale Kontinuität darstellt, die für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser erforderlich ist.

Die Teilnehmer bekräftigten die überragende Bedeutung der Charta der Vereinten Nationen und der internationalen Rechtsordnung als Grundlage für friedliche und gerechte Beziehungen zwischen Staaten und Völkern.

Sie bekräftigten ihr Bekenntnis zum Verbot der gewaltsamen Aneignung von Gebieten, zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur Verpflichtung aller Staaten, die Rechenschaftspflicht nach internationalem Recht durch angemessene, faire und unabhängige Untersuchungen und Strafverfolgungen sicherzustellen.

Angesichts diesen dringenden Anliegen stellten die Staats- und Regierungschefs konkrete Maßnahmen vor, die sich aus den rechtlichen Verpflichtungen von Drittstaaten gemäß dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 und der Resolution ES-10/24 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom September 2024 ergeben und die auf einer bevorstehenden Ministertagung, die in Kürze bekannt gegeben wird, weiter ausgearbeitet und offiziell vorgelegt werden sollen. Darunter Folgendes:

### **I. Gewährleistung der Rechenschaftspflicht: Kein sicherer Hafen für Täter von Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression**

Einführung einer Offenlegungspflicht hinsichtlich des Dienstes in der israelischen Armee, wodurch Reisende mit israelischen Reisedokumenten oder Reisende, die vom Flughafen Tel Aviv ankommen, einer möglichen zweiten Kontrolle an den Einreisehäfen gemäß den nationalen Vorschriften zur Unzulässigkeit von Kriegsverbrechen und/oder angepassten Visabestimmungen unterzogen werden können; in Übereinstimmung mit der Verpflichtung, die Rechenschaftspflicht für die schwersten Verbrechen nach internationalem Recht durch robuste, unparteiische und unabhängige Ermittlungen und Strafverfolgungen auf nationaler oder internationaler Ebene sicherzustellen und Gerechtigkeit für alle Opfer sowie die Verhinderung künftiger Verbrechen zu gewährleisten.

### **II. Nichtanerkennung illegaler Siedlungen durchsetzen**

Weigerung, Siedlungen als rechtmäßig anzuerkennen, Verbot der Einfuhr von Waren aus Siedlungen und Ver-

hinderung der Tätigkeit inländischer Unternehmen in Siedlungen, um sicherzustellen, dass keine Staatsangehörigen, Unternehmen oder Einrichtungen unter der Gerichtsbarkeit der teilnehmenden Staaten die rechtswidrige Präsenz Israels anerkennen oder materiell unterstützen.

### **III. Beendigung der Komplizenschaft: Keine Waffen oder materielle Unterstützung**

Vollständige Einhaltung des Völkerrechts durch Verhinderung des Transfers, Transits oder Transports von Waffen, Munition, Militärtreibstoff und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Israel – unter anderem durch Exportbeschränkungen, Hafenkontrollen und die Wahrnehmung der Flaggenstaatsverantwortlichkeiten – in voller Übereinstimmung mit internationalem Recht. Dringende Überprüfung öffentlicher Beschaffungen und Verträge, um sicherzustellen, dass keine öffentliche Einrichtung oder öffentliche Gelder Israels rechtswidrige Besatzung unterstützen.

Die Entscheidung, vor der jede Regierung steht, ist klar: Mittäterschaft oder Einhaltung der Vorschriften. Die Geschichte wird uns nicht nach unseren Reden beurteilen, sondern nach unseren Taten.

**S.E. Alvin Botes**, Stellvertretender Minister für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit der Republik Südafrika

**S.E. Mauricio Jaramillo**, Vizeminister für multilaterale Angelegenheiten der Republik Kolumbien

Quelle: <https://thehaguegroup.org/meetings-hague-2026-en/>  
auch hier: [https://dirco.gov.za/wp-content/uploads/2026/03/STATEMENT\\_THG\\_04MARCH%E2%80%9494ENG.pdf](https://dirco.gov.za/wp-content/uploads/2026/03/STATEMENT_THG_04MARCH%E2%80%9494ENG.pdf)

Übersetzung: SiG-Redaktion

### **Law for Palestine nahm an der Konferenz teil. Aus der Erklärung:**



In seiner Stellungnahme auf der Konferenz skizzierte L4P auf der Grundlage der gemeinsamen Arbeit mit unseren Partnern bei ASCOMARE (<https://ascomare.com/>) zwei Hauptansätze für sofortiges Handeln:

#### **Kontrollen in Häfen und Hoheitsgewässern:**

Nach Artikel 19 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) und dem Völkergewohnheitsrecht sind Küstenstaaten verpflichtet, die nicht-unschuldige Durchfahrt durch ihre Hoheitsgewässer zu verhindern, insbesondere wenn das zugrunde liegende Verhalten zu schwerwiegenden Verstößen gegen das Völkerrecht beiträgt.

**Verantwortung des Flaggenstaats:** Staaten müssen gemäß Artikel 94 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) eine wirksame Gerichtsbarkeit und Kontrolle über Schiffe ausüben, die ihre Flagge führen, um sicherzustellen, dass diese keinen Völkermord, keine Apartheid oder andere schwerwiegende Verstöße gegen zwingende Normen begünstigen.

<https://law4palestine.org/law-for-palestine-calls-for-concrete-international-action-at-the-hague-conference/>

# Erklärung von 123 Gruppen sozialer Bewegungen

aus aller Welt an die Mitglieds- und Teilnehmerländer der Haager Gruppe  
anlässlich ihres Treffens am 6. und 7. März 2026 in Amsterdam

Wir, die unterzeichnenden sozialen Bewegungen aus aller Welt, beglückwünschen die Regierungen, die am 6. und 7. März am Treffen der Haager Gruppe (GLH) teilgenommen haben, zu ihrer Selbstverpflichtung, „koordinierte rechtliche und diplomatische Maßnahmen zur Verteidigung des Völkerrechts und aus Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ zu ergreifen, sowie zu anderen damit verbundenen Verpflichtungen, die einige von ihnen zuvor eingegangen sind.

Die bisher eingegangenen Verpflichtungen sind jedoch unzureichend und entsprechen vielen der wichtigsten Forderungen der organisierten palästinensischen Gesellschaft, insbesondere der Forderung nach multinationalem Schutz vor den von Israel begangenen Verbrechen nicht.

In diesem Zusammenhang **fordern wir Sie dringend auf, den kollektiven Forderungen der Palästinenser nachzukommen.**

Wie bereits zuvor begrüßen wir, die Freunde der Haager Gruppe (FOTHG), Bolivien\*, Kuba, Kolumbien, Indonesien, Irak, Libyen, Malaysia, Namibia, Nicaragua, Oman, St. Vincent und die Grenadinen, Südafrika und die Türkei für ihre im Rahmen der Erklärung der Haager Gruppe vom Juli 2025 eingegangene Verpflichtung, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, die fünf der 20 Maßnahmen entsprechen, die im gemeinsamen Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft vom 29. Juli 2025 aufgeführt sind. Diese Maßnahmen umfassen:

- **die Verhängung eines beidseitigen Militärembargos gegen Israel;**
- **das Verbot der Durchfahrt und des Anlegens** von Schiffen in ihren Hoheitsgewässern, die Waffen oder andere Güter transportieren, die zur Unterstützung der israelischen Besatzung oder des Völkermords bestimmt sind, sowie deren Flaggenverbot;
- **Ermittlungen gegen Staatsangehörige**, die an Verbrechen gegen die Palästinenser beteiligt sind, und deren strafrechtliche Verfolgung;
- **den Einsatz der allgemeinen Gerichtsbarkeit**, um die Verantwortlichen internationaler Verbrechen gegen die Palästinenser vor nationalen Gerichten strafrechtlich zu verfolgen;

– **die Beendigung aller Abkommen über wirtschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit**, die zur Aufrechterhaltung der illegalen Besatzung und des Apartheidregimes Israels beitragen.

Darüber hinaus beglückwünschen wir Kolumbien, Südafrika, Bolivien\*, Kuba, Honduras\*, Malaysia, Namibia und den Senegal zu der im Januar 2025 im Rahmen der Haager Gruppe eingegangenen Verpflichtung, die einer sechsten Forderung aus dem gemeinsamen Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zum Handeln entspricht und wie folgt lautet: sollten sich Netanjahu und Gallant auf ihrem Staatsgebiet aufhalten, werden sie die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs gegen diese beiden Völkermörder vollstrecken, sie festnehmen und nach Den Haag überstellen.

Wir fordern alle anderen Staaten der Haager Gruppe nachdrücklich auf, sich zur Umsetzung dieser grundlegenden Maßnahmen zu verpflichten, von denen die meisten nach dem Völkerrecht und für die Vertragsstaaten des Völkermord-Übereinkommens bindend sind.

Die Geschichte lehrt uns, dass Maßnahmen dieser Art, obwohl notwendig, noch nie ausreichten, um einen Völkermord zu beenden; **nur eine multinationale Intervention hat es ermöglicht, frühere Völkermorde zu stoppen.**

Wenn **Trumps Plan (Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats)** tatsächlich eine Form multinationaler Intervention ist, so zielt diese Intervention nicht darauf ab, den Völkermord zu stoppen, sondern ihn zu erleichtern und zu unterstützen. Dies wurde durch die anhaltenden Verstöße Israels gegen den Waffenstillstand und das Voranschreiten von Trumps sogenannter „Friedensjunta“ deutlich.

**Nahezu der gesamte Inhalt dieser Resolution** – die, was besonders beschämend ist, ohne Gegenstimme eines einzigen Mitgliedstaates des Sicherheitsrats verabschiedet wurde – **verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen.**

Dies geht aus dem Dokument hervor, das den Titel trägt: „Die palästinensische Zivilgesellschaft verurteilt die Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats, die die gemeinsame illegale Besatzung des Gazastreifens durch die USA und Israel festlegt“. Das Do-

kument wurde von der Organisation Al Haq veröffentlicht und wird unterstützt vom PNGO (dem größten Zusammenschluss der palästinensischen Zivilgesellschaft, dem mehr als 130 Basisorganisationen in Gaza und im Westjordanland angehören) sowie vom Rat der palästinensischen Menschenrechtsorganisationen. (2)

**Die Resolution 2803 stellt aufgrund der zahlreichen darin enthaltenen Verstöße gegen die Gründungscharta und der Schaffung von Trumps Orwellschem „Friedensrat“ eine direkte Bedrohung für die Legitimität und langfristige Tragfähigkeit der Vereinten Nationen selbst dar.**

**Sowohl FOTHG (Friends of The Hague Group) als auch alle unterzeichnenden Organisationen sind der Ansicht, dass multilaterale Bemühungen im Namen des palästinensischen Volkes als oberste Priorität die Erfüllung der Forderungen haben müssen, die vom palästinensischen Volk selbst gemeinsam zum Ausdruck gebracht werden.**

Im Laufe des letzten Jahres hat das palästinensische Volk über seine repräsentativen Organe, insbesondere die PNGO und alle palästinensischen Gruppen und Kräfte (mit Ausnahme der zutiefst unpopulären Fatah-Bewegung von Mahmoud Abbas), deutlich gemacht, dass seine Hauptforderung der Schutz ist. (3)

**Keine der bisher im Rahmen der Haager Gruppe eingegangenen Verpflichtungen entspricht dieser einheitlichen und dringenden Erwartung des palästinensischen Volkes nach multinationalem Schutz, obwohl die Staaten – wie die PNGO wiederholt betont haben – über ein Mittel verfügen, um dies zu erreichen: die Einberufung des Mechanismus „Union für die Wahrung des Friedens“ in der Generalversammlung der Vereinten Nationen.**

Wir schließen uns der PNGO in ihrer Würdigung der Entschiedenheit des kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro an, der die Einführung einer Maßnahme der „Union für die Wahrung des Friedens“ vorschlug, die den palästinensischen Forderungen entspricht (4). Auch wenn wir anerkennen, dass einige Länder der Haager Gruppe gegenüber den wirtschaftlichen und militärischen Vergeltungsmaßnahmen der USA und Israels weitaus angreifbarer sind als andere, sind wir doch zutiefst enttäuscht von den Ländern der Haager Gruppe, die Präsident Petro bei seiner mutigen Haltung in echter Solidarität mit Palästina hätten unterstützen können, sich jedoch dagegen entschieden haben.

Anstatt die Resolution „Union für die Wahrung des Friedens“ in der Generalversammlung mitzutragen und dafür zu stimmen, hielten sich die meisten Regierungen der Welt zurück, während Trump Petro wegen der aktiven Solidarität seines Landes mit Palästina isolierte und Vergeltungsmaßnahmen durch u.a. folgende Schritte gegen ihn ergriff: Entzug des Status als Partner im Kampf gegen den Drogenhandel, Aufhebung von Petros US-Visum und Verhängung weiterer individueller Sanktionen gegen ihn, Erhöhung der Zölle für Kolumbien, Einstellung jeglicher US-Hilfe für Kolumbien und Androhung einer militärischen Invasion des Landes.

Das Versagen der Haager Gruppe, ihren Ko-Vorsitzenden, den kolumbianischen Staatschef, in seiner Konfrontation mit den Vereinigten Staaten und Israel im Herbst 2025 zu unterstützen, ermutigte die US-Regierung zudem, ihre imperialistische Aggressivität weltweit und gegenüber der eigenen Bevölkerung zu verstärken.

Als Beispiele seien genannt: die über 100 außegerichtlichen Morde, die sie in der Karibik begangen hat; die illegale Bombardierung Nigerias; die illegale und mörderische Invasion Venezuelas am 3. Januar und die Entführung von Präsident Maduro und der Abgeordneten Cilia Flores; die Bedrohung der Souveränität Grönlands, die Verschärfung der illegalen Blockade gegen Kuba; die Kriegsdrohungen gegen den Iran; die Einmischung in die Wahlen mit dem Ziel, in Honduras ein den USA wohlgesinntes zionistisches Regime zu installieren; sowie die tödlichen Angriffe der ICE gegen Migranten und Bürger im eigenen Land.

Dieses Scheitern ermöglichte auch die Verabschiedung der Resolution 2803 im Sicherheitsrat, die, wie bereits erwähnt, die Existenz der Vereinten Nationen selbst gefährdet.

**Wann werden sie die Grenze überschreiten? Wann werden entschiedene Maßnahmen ergriffen, um der Zerstörung des palästinensischen Volkes und der schwerwiegenden Bedrohung, die diese Situation für den internationalen Frieden, den Multilateralismus und die Souveränität aller Völker darstellt, ein Ende zu setzen?**

Solange noch Zeit ist, fordern wir die am 6. und 7. März an der Tagung der Haager Gruppe in Amsterdam teilnehmenden Diplomaten und Staats- und Regierungschefs auf, der organisierten palästinensischen Zivilgesellschaft Gehör zu schenken und unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts zu handeln.

Gemäß der **Resolution 377A („Vereint für den Frieden“)** der Generalversammlung (5) ist diese befugt zu handeln, wenn der Sicherheitsrat seiner vorrangigen Verantwortung zur Wahrung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit angesichts einer Bedrohung des Friedens, einer Verletzung des Friedens oder einer Aggression nicht nachgekommen ist. Diese rechtliche Schwelle ist erreicht, da der Sicherheitsrat wiederholt sein in der Charta verankertes Mandat in Bezug auf Palästina nicht erfüllt hat.

Trotz der bindenden Schlussfolgerungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH), der Generalversammlung und des überwältigenden internationalen Konsenses wurden zahlreiche Resolutionsentwürfe, die einen Waffenstillstand, den Schutz der Zivilbevölkerung und die Einhaltung humanitärer Verpflichtungen forderten, durch Vetos blockiert, wodurch der Rat daran gehindert wurde, das Völkerrecht durchzusetzen, den Massengräueln ein Ende zu setzen und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Diese anhaltende Lähmung, die die Straflosigkeit verstärkt, die Autorität des IGH untergraben und die Umsetzung humanitärer Maßnahmen behindert hat, stellt einen eindeutigen rechtlichen Grund für Maßnahmen der Generalversammlung gemäß der Resolution 377A (Union für den Frieden) dar.

**Wir laden Sie daher respektvoll ein, gemeinsam eine Resolution „Union für die Wahrung des Friedens“ einzubringen,** die weder den bestehenden Resolutionen des Sicherheitsrats, einschließlich der rechtswidrigen Resolution 2803, widerspricht noch mit diesen konkurriert, sondern einen von den Vereinten Nationen mandatierten Mechanismus einrichtet, um Schutz, Überwachung und Durchsetzung dort zu gewährleisten, wo der Rat versagt hat.

**Diese Resolution sollte mindestens Folgendes vorsehen:**

- die Einrichtung eines internationalen Schutz- und Überwachungsmechanismus, der umfassend in allen besetzten palästinensischen Gebieten (Gaza, Westjordanland und Ostjerusalem) anwendbar ist;
- den Schutz von Gaza und den besetzten palästinensischen Gebieten vor der geplanten illegalen Zerstörung und der irreversiblen demografischen und territorialen Umgestaltung;

<https://www.france-palestine.org/Declaration-des-mouvements-sociaux-mondiaux-aux-pays-membres-et-participants-du>

Übersetzung: SiG-Redaktion

- die Schaffung von verbindlichen Benchmarks und Berichtspflichten, um bestehende Beschlüsse der Generalversammlung der Vereinten Nationen, des Sicherheitsrats und des Internationalen Gerichtshofs durchzusetzen;

- die Bekräftigung, dass alle Mitgliedstaaten rechtlich verpflichtet sind, illegale Situationen nicht anzuerkennen, zu unterstützen oder aufrechtzuerhalten, sowie wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um schwerwiegende Verstöße zu beenden;

- die Behebung des Fehlens von Durchsetzungsmechanismen im Anschluss an die jüngsten Resolutionen der Generalversammlung, indem sichergestellt wird, dass die rechtliche Anerkennung mit Schutz vor Ort einhergeht;

- die Aufforderung an alle Staaten, umfassende Sanktionen und ein Waffenembargo gegen das israelische Regime zu verhängen;

- als Reaktion auf die wiederholten Verstöße Israels gegen die Charta den Entzug seiner Befugnisse in der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Als globale soziale Bewegungen, die sich verpflichtet haben, dem Beispiel der palästinensischen Zivilgesellschaft zu folgen, werden wir deren Führungsrolle bei dieser Initiative vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen nachdrücklich unterstützen, indem wir ständigen Druck auf Regierungen weltweit ausüben, diese Resolution zu verabschieden und damit eine gerechtere und gleichberechtigtere Ära in den globalen multilateralen Beziehungen herbeizuführen. Wir werden sie in allen Machtinstanzen, über unsere Kommunikationsnetzwerke und auf den Straßen unterstützen. Schließlich hängt unser gemeinsames Überleben davon ab.

\*Die Regierungen dieser Länder wurden inzwischen durch Verbündete Israels und der Vereinigten Staaten ersetzt, und es ist daher wahrscheinlich, dass sie ihre Verpflichtungen gegenüber der THG nicht einhalten werden.

#### **Anmerkungen der SiG-Redaktion**

(1) zur Resolution 2803: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-160> , S. 38-40

(2) <https://www.alhaq.org/advocacy/26842.html>

(3) **Übersetzung** in 'Sand im Getriebe'

(4) <https://www.commondreams.org/news/gustavo-petro-un-speech>

(5) <https://www.un.org/german/sites/default/files/2024-09/ar377.pdf>

## Unterzeichnende Organisationen (in chronologischer Reihenfolge der Unterschriften)

Centre for Human Rights Research & Advocacy (CENTHRA), Malaysia  
CODEPINK, US  
Jews Against the Occupation '48, Australia  
Justice for Palestine - Actions Enablement Network (J4P), US  
People Against Genocide Everywhere, US  
Sydney North Shore for Palestine, Australia  
Central Coast Friends of Palestine, Australia  
ALBA Movimientos, Internacional (Secretaría Operativa en Brasil)  
Movimiento Cultural Cristiano CALEB, Venezuela  
Fresno Free Press, US  
Doctors Against Genocide, US  
U4P Ireland, Ireland  
Gibanje za pravice Palestincev (Campaign for the Rights of the Palestinian People), Slovenia  
Frente Comunicacional Antifascista, México  
Veterans For Peace Chapter 014 Gainesville FL USA, US  
Baltimore Nonviolence Center, US  
Health Work Committees, West Bank, Palestine  
Labor-Community Alliance of South Florida (LCA), US  
Alianza Verde, Spain  
Kolna Falasteen , The Netherlands and Gaza in Occupied Palestine  
Leiden Palestina Coalitie, Netherlands  
Women for Peace - Finland  
LeidenBIJ1, The Netherlands  
Mujeres por la Paz, todos por la paz, España  
Worldwide Movement for Peace in Palestine , Mexico  
Democracy for the Arab World Now (DAWN), US  
Baltimore Phil Berrigan Memorial Chapter Veterans For Peace, US  
AWMR Italy - Donne della Regione Mediterranea, Italy  
Episcopal Peace Fellowship - Palestine Justice Network, US  
SCAN, Seniors for Climate Action Now, Canada  
Lutherans for Justice in the Holy Land, Central Lutheran Church, US  
Waves Of Freedom France, France  
Unite for Peace , NYC / International Palestinian Working Women Society for Development- PWWSDpment, Palestine  
Asociación Cultural Las Afueras, Barcelona  
Stichting Groningen-Jabalaya, Netherlands  
New Generation Palestine, US  
Prince George's County [MD] Peace & Justice Coalition, US  
Women's International League for Peace and Freedom, US Section  
Humanitas - Center for Global Education and Cooperation, Slovenia  
De Vonk, Netherlands  
Palestine Solidarity Alliance Youth League, South Africa  
Christian Jewish Allies for Peace & Justice in Israel/Palestine, US  
Students for Palestine Halle, Germany  
Square One International, India, Uganda and Malaysia  
Gaza Formula Fund, United Kingdom and Gaza  
Potch For Palestine, South Africa  
Palestine Solidarity Alliance, South Africa  
MACUA, RSA  
international institute of influencers, Madagascar  
NE v mojem imenu !, Slovenia  
Centre for Social Change (University of Johannesburg), South Africa  
Refugees in Libya, Italy  
HCW against Genocide, Ireland  
Artsen voor Gaza / Doctors for Gaza, The Netherlands  
ADAVAS León, España  
We are All Gaza, We are All Palestine, Palestine/ Canada  
Media bias meter, Canada  
Healthworkers and Allies for Palestine, United Kingdom, London  
SOS Gaza, Belgium  
Palestinian Canadian Community Association, Canada  
BDS Berlin, Germany  
United Against Inhumanity, International, Registered in France  
Palestine Vivra, Canada  
PG4Palestine, US  
Cork Healthcare Workers for Palestine, Ireland  
Veterans For Peace-Chapter 113-Hawaii, US  
North Herts Palestine Solidarity Campaign, UK  
United for Climate Justice, Belgium  
Veterans For Peace, Chapter 113-Hawaii, US  
SWOT Pty Ltd, Australia  
Rumbo a Gaza (Freedom Flotilla Coalition), Spain  
Rexurdir Galicia, Galicia, España  
Vlaggen4palestinianl (AW), Netherlands  
Platform Stop Racisme en Fascisme, The Netherlands  
Dolle Mina Leiden, The Netherlands  
Protestival, Slovenia  
Purmerend voor palestina, Netherlands  
Erev Rav (Antizionist Jewish Collective), The Netherlands  
Sumud, platforma za svobodno Palestina, Slovenia  
Association Swiss Palestine (Gesellschaft Schweiz Palästina, Switzerland  
Ireland/Palestine Solidarity Organisation, Ireland  
Culturele Boycot Israel, Netherlands and Belgium  
Bush Workers Collective, Kulin Lands, Australia  
SOS Palestina Brugge, Belgium  
Movement for Debt and Reparations, South Africa  
NOAH - Friends of the Earth Denmark, Denmark  
Leiden Scholars for Palestine, The Netherlands  
Revolutionair Socialistische Partij Amsterdam, The Netherlands  
Comité de Solidaridad con la Causa Árabe, España  
Amersfoort4Palestine, Netherlands  
CATAC-CTS Public Health Trade Union, Catalonia, Catalonia  
Dutch Scholars for Palestine, Netherlands  
Religions for Peace Netherlands, The Netherlands  
Wageningen University and Research Staff for Justice, The Netherlands  
Lightworkers Of The Highest Divine, International  
West Fresno County Progressives, US  
Taxpayers Against Genocide, US  
Peace builder Volunteer, Yemen  
Propagate (Scotland) CIC, Scotland  
Indigenia Mundus, México  
Alkmaar voor Palestina, Netherlands  
Gaza Genocide Emergency Committee, Scotland  
Zaankanters voor Palestina, The Netherlands  
Irish Healthcare Workers For Palestine, Ireland  
Palestina Coalitie Maastricht, Netherlands  
iKhwezi Labantu (PRMI South Africa), South Africa  
Den Bosch for Palestine, Netherlands  
Northern Beaches Committee for Palestine, Australia  
Theatre Day Productions/ Stichting JJ Theatre Days, Netherlands  
Asociación de Familiares de Detenidos Desaparecidos y sobrevivientes de la guerra sucia de México. (FEDEFAM-MEXICO,)  
Bia' Ili Asesoría e Investigación, México  
Comité de Enlace Latinoamericano y Caribeño (CELC), Mexico  
Rexurdir Galicia A Coruña, España  
Ongd AFRICANDO, Africa  
Asociación Colectiva AfroLatidos, España  
The Hague for Palestine, Netherlands  
Comité Palestine Saint-Denis, France  
Boaters Rising Now, United Kingdom  
Community Camp 4 Palestine (cc4pal), United Kingdom  
Global Sumud Flotilla - Belgium, Association France Palestine Solidarité  
San Miguel por Palestina, México

AMSTERDAM 07 MARCH

# PEOPLE'S CONGRESS

FOR

# التنسيقية

# THE HAGUE GROUP

END THE NAKBA

## Internationaler Kongress der Palästina-Solidarität: „Stoppt Nakba!“ Amsterdam, 7. März 2026

<https://act.progressive.international/peoples-congress/>

Seit mehr als siebenundsiebzig Jahren steht das palästinensische Volk einem andauernden israelischen Regime aus Siedlerkolonialismus, Apartheid und Völkermord gegenüber und leistet dagegen Widerstand.

Diese Verbrechen dauern auch heute noch an – ermöglicht durch eine internationale Infrastruktur aus Gerichten und Häfen, Gießereien und Fabriken, Parlamenten und Technologieplattformen, Versicherern und Investoren.

**Um die Nakba zu beenden, müssen wir zunächst diese Netzwerke der Komplizenschaft durchbrechen.**

Millionen Menschen auf der ganzen Welt haben sich genau zu diesem Zweck zusammengeschlossen. Von São Paulo bis London, von Kuala Lumpur bis Tangerang haben die Völker der Welt ihre Regierungen aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den Völkermord in Gaza zu beenden.

**Im Januar 2025 folgte eine Koalition mutiger Regierungen diesem Aufruf:** Kolumbien, Südafrika, Malaysia und andere haben sich zur Haager Gruppe zusammengeschlossen: dem ersten Staatenblock, der sich der Verteidigung des Völkerrechts verschrieben hat.

Gemeinsam haben sie Maßnahmen ergriffen, um Waffenexporte zu beenden, Schiffen mit Ziel Israel den Zugang zu Häfen verweigert und sich verpflichtet, die Verbrecher strafrechtlich zu verfolgen, die den Völkermord am palästinensischen Volk begangen haben.

**Doch ein Jahr nach der Gründung der Haager Gruppe wurde der Ruf nach dringenden Maßnahmen immer lauter.**

Um jeden Hafen zu schließen, jede Lieferung zu stoppen, jeden Verbrecher strafrechtlich zu verfolgen – brauchen wir einen politischen Willen, der der Macht des Volkes gerecht wird.

Deshalb kehren am ersten Jahrestag der Gründung der Haager Gruppe Kräfte aus aller Welt – Gewerkschaften und Bewegungen, Parteien und Parlamentarier – an ihren Geburtsort zurück, um an diesem historischen Volkskongress teilzunehmen.

Zusammen werden wir einen gemeinsamen Plan schmieden, um die Nakba zu stoppen – vor Gerichten, in Häfen, bei Verträgen und darüber hinaus.

**Video-Aufnahme der Konferenz (Beginn erst ab der 24. Min!):**

<https://www.youtube.com/watch?v=AR8ApSBjBgg>

**Die RednerInnen: Yara Hawari, Hind Khoudary, Francesca Albanese, Chris Smalls, Sally Rooney, Thiago Avila, Omar Barghouti, Varsha Gandikota-Nellutla, Jeremy Corbyn**

# Tanya Sing

## Eröffnungsrede

Hallo alle zusammen! Nochmals vielen Dank für eure Geduld. Vielen Dank, dass ihr alle hier seid. Vielen, vielen Dank! Es ist wirklich ein wunderschöner Anblick. Ich danke euch allen von ganzem Herzen, dass ihr hier seid. Entschuldigt bitte noch einmal die Verzögerung. Wir fangen jetzt an. Mein Name ist Tanya Singh. Ich bin Koordinatorin für die Progressive Internationale.

Willkommen beim Volkskongress der Haager Gruppe!  
Danke!

Ich hatte das Vergnügen, diese Veranstaltung in Zusammenarbeit mit BDS zu organisieren, einem unglaublichen Team engagierter und brillanter Menschen, wie viele von euch hier, die aus aller Welt angereist sind, getrieben von ihrem unerschütterlichen Glauben an dieselbe Sache und gegen die anhaltende Straffreiheit der NAKBA und Israels – und für ein stets freies Palästina.

Als der Völkermord in Gaza begann, gab es Momente, in denen es sich anfühlte, als würde die Welt zerbrechen. Ich weiß, dass so viele von uns seitdem dieses Gefühl ist, das empfunden haben. Nichts schien mehr nachvollziehbar, und jeden Tag verschlechterte sich die Lage in Gaza. Jedoch ist nachvollziehbar, dass das Abspielen dieses Völkermords vor den Augen der ganzen Welt in Live-Übertragungen genau so wie überhaupt erst die Nakba, die so lange andauert, aus dem gleichen Grund ermöglicht wurden: Es ist die Straflosigkeit. Es ist Heuchelei. Es ist Doppelmoral.

Genau dagegen versammeln und organisieren wir uns alle, um hier und auf der ganzen Welt gemeinsam zu kämpfen. Denn in dem Moment, in dem sich die Lage am schlimmsten anfühlt, ist es an der Zeit, dass wir unser Bestes geben, um dagegen anzukämpfen. Die Normalisierung von Völkermord und der Verletzung des Völkerrechts ohne Rechenschaftspflicht darf einfach nicht die Zukunft Palästinas und damit der Welt sein. Wir versammeln uns heute zur Unterstützung eines beispielhaften Vorgehens.

In dem Moment, als das Völkerrecht am stärksten untergraben und bedroht schien, entstand die Haager Gruppe. Die im Januar 2025 gegründete Haager Gruppe ist ein Forum für Staaten, die sich zu koordinierten rechtlichen und diplomatischen Maßnahmen zur Verteidigung des

Völkerrechts und zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk verpflichtet haben.

Ausgehend von drei konkreten Maßnahmen bei der Gründung und erweitert auf sechs im vergangenen Jahr bei der Dringlichkeitssitzung in Bogota haben die Staaten Maßnahmen ergriffen, um die Mitschuld am Völkermord zu beenden und Israels Straffreiheit in Frage zu stellen.

Zu diesen Maßnahmen gehörten die Verhinderung der Lieferung oder des Transfers von Waffen an Israel, die Verhinderung der Verwendung ihrer Flaggen auf den Schiffen, die diese Waffen transportieren, die Verhinderung des Anlegens dieser Schiffe in ihren Häfen und vieles mehr.

Die Haager Gruppe hat sich versammelt, um konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, mit denen wir den Schritt von der Rhetorik zur Praxis vollziehen können – und nicht, um unbegründete Erklärungen abzugeben, in einer Zeit, in der heuchlerische Reden und leere Worte die Welt überschwemmen. Ich danke euch allen noch einmal für eure Solidarität.

Wir haben nicht nur ein gemeinsames Anliegen, wir haben auch eine gemeinsame Verantwortung, unser eigenes kollektives Handeln zu organisieren, als Weg zur Befreiung Palästinas und damit der Welt.

Ohne weitere Umschweife ist es mir eine große Ehre, Ihnen unsere erste unglaubliche Runde von Redner\*innen des Abends vorzustellen.

Bei uns ist **Yara Hawari**, Autorin, Co-Direktorin von Al-Shabaka, einer palästinensischen Politikforschungsinstitution, und Mitglied vom Rat der Progressiven Internationale;

per Videobotschaft übermittelt die palästinensische Journalistin und Reporterin **Hind Khoudary** heute Abend aus Gaza eine Botschaft an euch alle;

**Francesca Albanese**, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete;

**Chris Smalls**, amerikanischer Gewerkschaftsorganisator und Gründer der Amazon Labor Union; sowie die irische Romanautorin und Essayistin **Sally Rooney**.

Willkommen! Willkommen auf der Bühne. Vielen Dank.

**Yara Hawari**  
**Gaza ist keine isolierte Tragödie.**  
**Es ist das Epizentrum der Weltpolitik.**

**Amsterdamer Konferenz am 7. März 2026**  
<https://act.progressive.international/peoples-congress/>

*In ihrer Rede deckt PI-Ratsmitglied Yara Hawari die brutale Realität des anhaltenden Völkermords Israels im Gazastreifen auf, wo von den USA gelieferte thermobarische Waffen buchstäblich Tausende Palästinenser ausgelöscht haben. Hawari zieht Parallelen zur US-Aggression in Venezuela, deren Sanktionen gegen Kuba und zum Krieg gegen den Iran und argumentiert, dass Gaza als Versuchslabor für Waffen, Überwachungstechnologie und Besatzungstaktiken dient, die bereits weltweit gegen andere Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden.*



Letzten Monat habe ich eine Schlagzeile gelesen, die nicht echt klang. Es hieß, Tausende Palästinenser\*innen in Gaza seien verdampft. Nicht verdrängt. Nicht verletzt. Nicht getötet. Verdampft.

Es stellte sich heraus, dass das israelische Regime von den USA gelieferte thermobarische Waffen eingesetzt hat, die nicht einfach nur explodieren. Sie inhalieren. Sie saugen den Sauerstoff aus einem Raum ab und zünden ihn dann an. Dadurch entsteht ein Feuerball, der bis zu 3000 Grad Celsius erreicht. Bei dieser Hitze reißt Beton ein, Stahl verbiegt sich. Und menschliche Körper verdampfen unweigerlich, auf schreckliche Art und Weise.

Das ist keine Science-Fiction. Das ist real, das passiert jetzt, in Gaza.

Seit zweieinhalb Jahren ist der Gazastreifen einem brutalen und gnadenlosen Völkermord ausgesetzt. Diese Region hat etwa das Sechsfache der Sprengkraft der Atombombe, die 1945 auf Hiroshima abgeworfen wurde, überstanden, und erst noch auf eine Fläche konzentriert, die weniger als halb so groß wie Hiroshima ist. Alles wurde dem Erdboden gleichgemacht.

Als im Oktober 2025 der Waffenstillstand ausgerufen wurde, fand ich, dass eine allgemeine Erleichterung aufkam. Es wurde jedoch schnell klar, dass der Waffenstill-

stand in Gaza, wie so viele Waffenstillstände mit Israel zuvor, eine diplomatische Farce war – ein Mittel, um sicherzustellen, dass Gaza aus den Schlagzeilen verschwindet und der Völkermord unter dem Deckmantel der Diplomatie weitergehen kann. Und tatsächlich hat das israelische Regime jeden Tag gegen den Waffenstillstand verstoßen, jeden Tag Palästinenser\*innen getötet und jeden Tag die Hilfslieferungen behindert. Seit den Bombenangriffen der USA und Israels auf den Iran hat das israelische Regime alle Grenzübergänge geschlossen und diese spärlichen Hilfslieferungen vollständig eingestellt.

Unterdessen hat Trumps widerwärtig benanntes „Board of Peace“ dystopische Pläne für Konzentrationslager in Gaza ausgearbeitet, in denen die Menschen ständig überwacht, ihre biometrischen Daten erfasst, ihre Kalorien gezählt und ihre Gesundheitsversorgung und Bildung kontrolliert werden sollen. Alles unter den wachsamen Augen der Kolonialherren. Die Aufträge für den Bau dieser Konzentrationslager werden an die Höchstbietenden vergeben. Das ist es, was die Trump-Regierung für die Zukunft des Gazastreifens vorgesehen hat. Und während sie diese dystopische Zukunft entwerfen, löschen sie die letzten zwei Jahre aus.

Von Gerechtigkeit ist keine Rede. Nach Verantwortlichkeit wird nicht getrachtet. Es gibt keine Ermittlungen zu den Tausenden von Massakern. Stattdessen gibt es zahlreiche Bemühungen, dies alles zu vertuschen. Die Trümmer ins Meer zu schieben, zusammen mit den Tausenden von Märtyrern, die noch darunter begraben sind, während von uns verlangt wird, dass wir vergessen, was in Gaza geschehen ist.

Aber die Menschen werden nicht vergessen. Es gibt von nun an kein Zurück mehr. Wir haben zu viel gesehen und zu viel erlebt. Mitstreitende haben für ihre Solidarität einen hohen Preis bezahlt: Sie wurden ohne Gerichtsver-

fahren wegen Störung der Waffenproduktion inhaftiert, wegen ihrer Meinungsäußerungen von ihren Arbeitsplätzen entlassen und wegen der Organisation von Protesten von ihren Universitäten ausgeschlossen.

Und dennoch ist die Bewegung gewachsen. Auf allen Kontinenten sind Millionen marschiert. An Universitäten wurde protestiert, Arbeiter\*innen sind in den Streik getreten. Es besteht internationale Anerkennung dafür, dass der Kampf der Palästinenser\*innen gerecht ist, und die öffentliche Meinung hat sich in einer Weise gewandelt, die noch vor einem Jahrzehnt kaum vorstellbar gewesen wäre.

Und daran sollten wir festhalten. Das ist wichtig.

Aber wir dürfen uns davon nicht zu rasch trösten lassen, denn sie steht im Widerspruch zu einer Tatsache, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Die Realität vor Ort in Palästina hat sich um ein Vielfaches verschlechtert. Der Völkermord in Gaza ist noch nicht beendet. Und das israelische Regime hat seine Angriffe auf das Leben und Land der Palästinenser\*innen auf ganz Palästina und darüber hinaus ausgeweitet und beschleunigt. Wir müssen uns also ehrlich fragen: Wie können wir eine globale Bewegung von beispiellosem Ausmaß mit den sich weiter verschlechternden Bedingungen vor Ort in Einklang bringen? Das ist eine Frage, der wir uns nicht entziehen können.

Die Antwort liegt darin, eines klar zu verstehen: Gaza ist keine isolierte Tragödie. Es ist das Epizentrum der Weltpolitik.

Es gibt einen Grund, warum Regierungen ihre eigenen Bürger\*innen unterdrücken, wenn diese gegen die Handlungen eines anderen Staates protestieren.

Es gibt einen Grund, warum Korruptionsskandale so regelmäßig auf Waffenhersteller und private Sicherheitsfirmen zurückfallen, die an Völkermorden beteiligt sind.

Es gibt einen Grund, warum Politiker\*innen nicht nur Kritik, sondern auch ihre Karriere gefährdenden Druck erfahren, nur weil sie sich für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes einsetzen.

Menschen auf der ganzen Welt beginnen, die Zusammenhänge zu verstehen. Heute ist es unverkennbar: Was in Palästina geschieht, geht uns alle an.

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro sagte, dass das, was wir in Gaza erleben, eine Generalprobe für die Zukunft sei. Diese Zukunft ist bereits da.

Wir haben es in der dreisten Verletzung der Souveränität Venezuelas gesehen – der illegalen Festnahme und Entführung eines amtierenden Präsidenten. Wir sehen es in den neuen Sanktionen, die darauf abzielen, die kubanische Bevölkerung auszuhungern, um sie zur Unterwerfung zu zwingen. Wir sehen es am Krieg der USA und Israels gegen den Iran. Wir sehen es bei den KI-Unternehmen, die in den Völkermord in Gaza verwickelt sind und deren Dienste nun von ICE-Paramilitärs auf den Straßen US-amerikanischer Städte eingesetzt werden. Wir sehen es in der Waffenindustrie, deren Gewinne während des Völkermords ihren Höhepunkt erreichten und jetzt wieder steigen, im privaten Sicherheitssektor, in der Überwachungsarchitektur – alle expandieren mit Krieg, alle finden neue Märkte, neue Labore, neue Bevölkerungsgruppen, an denen sie ihre Produkte ausprobieren können.

Denn eines müssen wir klar begreifen. Die Architektur, die an Palästinenser\*innen getestet wird, beschränkt sich keineswegs auf Palästina. Sie reist. Sie wird exportiert. Sie wird zum Präzedenzfall.

Es handelt sich um ein System, das wie vorgesehen funktioniert. Aber dieses System hat sich nicht von selbst aufgebaut – es ist das Ergebnis jahrzehntelanger Komplizenschaft von Staaten, Unternehmen und Einzelpersonen.

Ich bin mir sicher, dass der Völkermord in Gaza unsere Generation und die nachfolgenden Generationen prägen wird. Wir erleben gerade einen historischen Bruch. Die Frage ist nicht, ob dieser Moment die Zukunft prägen wird. Die Frage ist, wie. Und die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, was wir tun werden.

Solidarität ist wichtig, aber in der heutigen Welt brauchen wir mehr. Die vor uns liegende Aufgabe ist eine radikale Transformation. Moralische Empörung in politische Macht umwandeln. Die Massenmobilisierung in strukturelle Veränderungen umwandeln. Um die Institutionen, Bündnisse und den politischen Willen aufzubauen, die jeglichen Völkermord unmöglich machen – nicht nur unpopulär –, jetzt und für immer.

Heute ist es klarer denn je, dass die Befreiung Palästinas die Befreiung der Welt bedeutet. Das Warten hat ein Ende. Weil wir nicht in einer Welt leben können, in der Regierungen Menschen verdampfen lassen dürfen. Nie wieder.

<https://progressive.international/wire/2026-03-12-gaza-is-not-an-isolated-tragedy-it-is-the-epicentre-of-global-politics/de/>

# Hind Khoudary

## Wir bitten nicht um Mitleid. Wir fordern Rechenschaft und Handeln.

Amsterdamer Konferenz am 7. März 2026  
<https://act.progressive.international/peoples-congress/>

Hallo zusammen, mein Name ist Hind Khoudary. Ich bin eine Journalistin aus Gaza, die den andauernden Völkermord überlebt hat. Ich weiß nicht, ob ich morgen, nächste Woche oder nächsten Monat getötet werde. Ich berichte täglich für Al Jazeera. Manche mögen denken, dass mich das zur Zielscheibe macht. Ganz ehrlich gesagt bin ich jedoch schon seit dem Tag meiner Geburt eine Zielscheibe – als Palästinenserin in Gaza. Bevor ich beginne, möchte ich in aller Klarheit dem Publikum auf der ganzen Welt sagen: Israel begeht einen Völkermord – mit der Unterstützung westlicher Regierungen.

Gräueltaten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ethnische Säuberung, Kollektivstrafen, gezielte Angriffe auf Zivilisten, staatlich sanktionierter Terrorismus. Es gibt viele Arten, das zu beschreiben, was mit uns geschieht. Die israelische Propaganda und die etablierten westlichen Medien konzentrieren sich weniger auf das Verbrechen als vielmehr auf die Grauzone.

Was für eine Ablenkung lassen wir da zu. Sie verlagern den Fokus, wir laufen ihnen hinterher. Genug. Nennen wir die Dinge beim Namen. Wir wissen, dass Israel einen Völkermord begeht, und wir wissen, dass westliche Regierungen dafür diplomatische Deckung, militärische Unterstützung und wirtschaftliche Freiheiten bieten. Kein einziges westliches Land hat Sanktionen gegen Israel verhängt.

Wir wissen, dass Wirtschaftssanktionen Druck ausüben können, wenn ein Schurkenstaat gegen das Völkerrecht verstößt. Israel handelt straffrei. Warum werden keine Sanktionen verhängt? Warum handeln Regierungen immer noch mit Israel und verkaufen ihnen Waffen, mit denen sie uns töten?

Als Journalistin berichte ich seriös. Wir müssen nicht über das Ausmaß der israelischen Verbrechen lügen. Sie vergewaltigen uns. Sie foltern uns. Sie schlachten uns ab. Und der Westen hat nichts von Bedeutung unternommen, um sie aufzuhalten. Genau das sollte die Geschichte sein. Wie ich bereits gesagt habe, werde ich nicht mit ausländischen Medien über die Ermordung palästinensischer Journalisten sprechen. Ich werde nicht in euren globalen Sendern sitzen, um Teil eines Beitrags zu sein, den ihr morgen schon vergessen habt. Für euch sind wir nur eine Schlagzeile, eine Tragödie zum Konsumieren, nicht Kollegen, die es zu verteidigen gilt. Wir werden in Gaza gejagt und getötet, während ihr, ihr alle, schweigend zuschaut. Oder wenn wir Glück haben, bringt ihr einen zweiminütigen Beitrag über uns und beschönigt dabei die Realität.

Israel tötet uns einen nach dem anderen, und nicht nur uns, sondern auch unsere Familien. Weit über 260 meiner Kollegen wurden seit Oktober 2023 brutal ermordet. (...) Ist sich irgendjemand der Zahl der Todesopfer unter Familienangehörigen bewusst, die allein deshalb ins Visier genommen wurden, weil sie mit einem Journalisten verwandt sind? Über 700. 700 getötete Familienangehörige: Babys, Kleinkinder, Kinder, Jugendliche, Mütter und Väter und Großeltern. Niemand bleibt von Israels Kriegen verschont.

Ich werde keine weitere Minute damit verschwenden, mit ausländischen Journalisten über die ständig steigende Zahl der Todesopfer unter meinen Kolleginnen und Kollegen zu sprechen. Stattdessen bitte ich euch alle, diese Aufgabe zu übernehmen. Zieht die westlichen Medien zur Rechenschaft! Zieht westliche Journalisten zur Rechenschaft! Fordert, dass sie ihre Regierungen zur Rechenschaft ziehen!

Wir haben gesehen, wie sich die Berichterstattung nach der Ermordung von Hind Rajab und dem Massaker an 15 Sanitätern in Rafah geändert hat, dank dem Online-Aktivismus von der Basis und unermüdlichem Engagement. Die Mainstream-Medien wurden gezwungen, die Wahrheit zu berichten. Sie wurden gezwungen, Israel für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuprangern. Vielleicht bin ich morgen nicht mehr hier, und ehrlich gesagt habe ich nicht die Energie, diesen Kampf anzuführen. Es liegt an euch allen in diesem Raum und darüber hinaus, diesen Kampf zu führen. Verteidigt Wahrheit und Gerechtigkeit und fordert Rechenschaft! Fordert die Berichterstattung über israelische Verbrechen! Wir zählen definitiv auf euch.

Als ich heute zu sprechen begann, habe ich Wirtschaftssanktionen angesprochen, wenn uns auch die staatliche Macht fehlt, ein solches Umdenken zu erwirken. Wir können definitiv boykottieren, wir können Investitionen abziehen, und wir können Sanktionen verhängen. Keine symbolische Verurteilung, keine vorübergehenden Pausen, sondern systematische Isolation. An die Gewerkschaften: Weigert euch, die Schiffe zu beladen!

An die Hafentarbeiter: Stoppt den Umschlag von Waffen und Militärtreibstoff!

An Universitäten: Beendet Partnerschaften, die Unterdrückung ermöglichen!

An Pensionsfonds und Investoren: Zieht eure Investitionen aus der Besatzung und Apartheid ab! Das sind keine radikalen Forderungen. Es sind Mindestverpflichtungen. Mindestverpflichtungen nach internationalem Recht.

Aus Gaza kann ich euch Folgendes sagen: Was uns am Leben hält, ist nicht Wohltätigkeit. Es ist unser Glaube an Gerechtigkeit und unsere Gewissheit, dass Freiheit möglich ist.

Jeder ausgesetzte Vertrag, jede blockierte Lieferung, jede eingereichte Klage, jede gewonnene Abstimmung über Desinvestitionen: Das sind keine symbolischen Handlungen. Sie durchbrechen die koloniale Unterdrückung. Sie retten Leben. Wenn einem Schiff mit militärischen Kom-

ponenten die Einfahrt verweigert wird, kann ein Kind in Gaza überleben. Wenn ein Gericht einen Haftbefehl erlässt, bröckelt die Straflosigkeit. Wenn eine Medienerzählung mit der Wahrheit konfrontiert wird, wird die Decke ein Stück gelüftet.

Wir bitten nicht um Mitleid. Wir fordern Rechenschaft und Handeln. Danke.

*Video-Übertragung: (ab der 38. Minute)*

*Übersetzung: Redaktion von ‚Sand im Getriebe‘*

## Zur Lage in Palästina

### ‘Ärzte ohne Grenzen’, 20. Mai 2026

Seit Beginn des sogenannten Waffenstillstands hat Israel über 870 Menschen in Gaza getötet und über 2.600 verletzt. Und Gaza geteilt. Die sogenannte „gelbe Linie“ wird ständig Richtung Westen verschoben und ihr Verlauf ist unklar. Immer wieder werden Palästinenser in der Nähe der „gelben Linie“ getötet und verletzt.

Durch die Verknappung selbst essentieller Versorgungsgüter geraten permanent Menschenleben in Gefahr, z.B. durch fehlende Medikamente, fehlender Treibstoff für Generatoren und Rettungsfahrzeuge, unbezahlbare Lebensmittelpreise usw. Die meisten Lieferungen, die nach Gaza gelangen sind kommerzielle Güter, nicht Hilfslieferungen. Unterernährung ist weiterhin ein ernstes Problem.

Die fast vollständige Zerstörung der Infrastruktur für Wasser und Abwasser, gezielte Angriffe selbst auf gekennzeichnete Wassertankwagen, sowie das Problem sich aufhäufenden Mülls führen u.a. zu Verunreinigung von Grundwasser, zu vermeidbaren Krankheiten, inzwischen noch verstärkt durch eine Rattenplage. Hinzu kommen überfüllte Zelte und katastrophale Lebensbedingungen. Mehr: [msf.org](https://msf.org)

**18.5.2026 - Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR):** Zur Lage der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten (7.10.2023 bis 31.5. 2025) [Vollständiger Bericht in englischer Sprache](#); Übersetzung: [palestinemission.at](https://palestinemission.at)  
**Regelmäßige Berichte:** <https://ochaopt.org>

## Solidarität mit den Journalisten in Gaza!

### 20.05.2026 - Rede von Khaldun Helu vor der Filmaufführung „Put Your Soul on Your Hand and Walk“ (2025) mit Fatma Hassona, Regie: Sepideh Farsi

Laut dem CPJ („Committee to Protect Journalists“) wurden in Gaza seit dem 7. Oktober nicht nur 274 Journalist\*innen getötet, sondern auch 174 verletzt, während weitere 107 entführt wurden und sich in Haft befinden. Rein statistisch gesehen wurden in Gaza mehr Journalist\*innen getötet als in beiden Weltkriegen zusammen. Laut dem CPJ-Jahresbericht gehen zwei Drittel der weltweit getöteten Journalist\*innen im Jahr 2025 auf das Konto eines einzigen Landes: Israels.

Bis heute – 31 Monate nach dem 7. Oktober – wurde kein einziger unabhängiger internationaler Journalist nach Gaza hineingelassen.

Nach 31 Monaten hat es eine mächtige Institution, die internationale Politik gestaltet, immense wirtschaftliche Kraft besitzt und über die notwendigen Hebel verfügt – nämlich die EU – nicht geschafft, Israel dazu zu bewegen, die Grenzen für Journalist\*innen zu öffnen. Einer dieser Hebel wäre das Aussetzen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel. Das scheitert bis heute vor allem am Widerstand Deutschlands und Italiens, während viele andere europäische Länder dies seit Monaten fordern.

274 getötete Journalist\*innen konnten bislang keine deutsche Zeitung dazu bewegen, aus Solidarität deren Namen abzudrucken – auf der Titelseite, auf der Rückseite oder irgendwo im Blatt.

274 getötete Journalist\*innen konnten weder die alte noch die aktuelle Bundesregierung dazu bewegen, über Lippenbekenntnisse hinaus Druck auszuüben, um internationale

Presse nach Gaza hineinzulassen – geschweige denn, die Tötungen aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Das macht es umso wichtiger und relevanter, dass Künstlerinnen ihre Rolle als Botschafterinnen und VermittlerInnen humaner Werte wahrnehmen – Werte wie das Recht auf Leben, Würde und Gleichberechtigung und vor allem das Recht auf Selbstbestimmung. Kunst besitzt die Werkzeuge, um Missstände sichtbar zu machen. Deshalb kann sie nicht unpolitisch sein.

Der ermordete palästinensische Künstler Juliano Mer-Khamis – Leiter des Freedom Theatre im Flüchtlingslager Dschenin – sagte einmal: Wir glauben, dass die dritte Intifada – die kommende Intifada – eine kulturelle sein sollte mit Poesie, Musik, Theater, Kameras und Zeitschriften.

Filme wie „Put Your Soul on Your Hand and Walk“, „Palestine 36“ oder „Voice of Hind Rajab“, Schauspieler\*innen wie Saleh Bakri, Hiam Abbas, Liam Cunningham oder Dieter Hallervorden oder Musiker\*innen wie Macklemore, Michael Barenboim oder Annie Lennox haben diese dritte Intifada längst begonnen.

„[International Federation of Journalists](#)“: Bis zum 9. April 2026 wurden mindestens 235 Journalisten in Gaza durch israelische Streitkräfte getötet.

„**Wir, französische Journalisten, erklären uns solidarisch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Gaza**“, 14. April 2025 - [Sand im Getriebe, Flyer](#)

7. Mai 2026 - **61 Mitglieder des Europäischen Parlaments fordern die EU auf, sich für den Zugang ausländischer Journalisten nach Gaza einzusetzen – [Brief](#)**

# Francesca Albanese

## Sumud der Palästinenser

### - beharrlicher Widerstand bis Gerechtigkeit herrscht

"Wir brauchen Strategie. Wir brauchen Taktik.  
Und vor allem brauchen wir Einheit."

**Amsterdamer Konferenz am 7. März 2026**  
<https://act.progressive.international/peoples-congress/>



was es heute ist und tut. Denn dieses Unrecht entspringt einem räuberischen Siedlerkolonialprojekt, das ohne ein Netz der Komplizenschaft von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren nicht möglich wäre, und wir alle sind Teil davon.

Die zweite Würdigung bezieht sich auf das von den Palästinensern erlittene Schicksal, welches das Schicksal von Millionen indigener Völker widerspiegelt, die ausgelöscht, vernichtet oder ohne Rechenschaft an den Rand der Geschichte gedrängt wurden. Dies gilt für den globalen Süden, aber – wenn auch selten anerkannt – auch für das koloniale Europa, wo über Jahrhunderte hinweg Imperien, die Inquisition und die Verfolgung von Frauen sowie ethnischen und religiösen Minderheiten unzählige Leben, Kulturen und Welten ausgelöscht und genau jene Instrumente geschmiedet haben, die später gegen kolonisierte Völker eingesetzt wurden.

Guten Abend, liebe FreundInnen und Freunde, ich freue mich wirklich sehr, heute bei Euch zu sein, fühle mich geehrt und bin wie immer voller Demut. Zusammenkünfte wie diese sind Teil der Stärke unseres Kampfes. Es sind Momente, in denen wir einander anerkennen und uns daran erinnern, dass wir die Lasten, die wir getragen haben und tragen, nicht allein tragen. Aber da wir zu diesem wichtigen Ereignis zusammengekommen sind und der Volkskongress an sich schon ein bedeutendes Ereignis ist, möchte ich meine Ausführungen mit drei Würdigungen beginnen.

Die erste ist, dass sich in diesem Raum Menschen befinden, die allein in den letzten 900 Tagen Dutzende, manchmal Hunderte von Familienangehörigen verloren haben.

Jedes Mal, wenn ich daran denke, schlägt mein Herz heftig, weil ich an die immense Trauer und Last erinnert werde, die sie tragen und getragen haben – nicht nur durch das Apartheid-Israel, sondern auch durch ein umfassenderes internationales System, zu dem wir alle gehören und das Israel über Generationen hinweg geschützt und es ihm ermöglicht hat, das zu werden und zu tun,

Last but not least gilt die dritte und letzte Würdigung der Haager Gruppe und der Initiative, die uns hier zusammengebracht hat, organisiert von der Progressiven Internationale und der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung, der wir nicht nur dafür dankbar sein sollten, wie sie uns in unserem Handeln für Palästina unterstützen, sondern auch dafür, wie sie uns dazu anspornen, bessere Individuen und eine bessere Gesellschaft zu werden, die in der Lage ist, ethische Entscheidungen darüber zu treffen, wie wir konsumieren, investieren und handeln. In diesem Sinne ist die Befreiung Palästinas untrennbar mit der Befreiung von uns allen aus allgegenwärtigen Systemen der Unterordnung, Kontrolle und Unterdrückung verbunden.

Und ohne das, was die Haager Gruppe tut, zu romantisieren oder überzubewerten, muss gesagt werden, dass diese Initiative, insbesondere die Führungsrolle Malaysias, Südafrikas und Kolumbiens bemerkenswert ist.

Während es nicht außergewöhnlich sein sollte, dass Staaten die im Völkerrecht vorgeschriebenen Mindeststandards einhalten, ist es heute dennoch so.

Denn wir leben in einer Zeit, in der die Einhaltung des Rechts und die Forderung nach Rechenschaftspflicht nicht nur die Ausnahme sind, sondern verspottet und bestraft werden. Diejenigen, die Beweise für Kriegsverbrechen sammeln, werden zunächst ignoriert. Und, sobald sie nicht mehr einfach abgetan werden können, werden sie von den mächtigsten und aggressivsten Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft sanktioniert. Ich spreche nicht nur von mir selbst.

Ich spreche von palästinensischen Organisationen, die Verstöße Israels dokumentiert haben, aber auch von der Palästinensischen Autonomiebehörde und den de facto-Behörden, die diese Verstöße in Gaza über Jahrzehnte gesammelt haben, sowie von den Richtern und Staatsanwälten des Internationalen Strafgerichtshofs.

Und was haben wir Richter, Staatsanwälte, palästinensische Organisationen und Sonderberichterstatter gemeinsam? Wir, die von den USA sanktionierten Personen und Organisationen, streben nach Rechenschaftspflicht.

Das ist es, was wir gemeinsam haben. Und während wir wie internationale Straftäter behandelt werden, werden diejenigen, die vom IStGH gesucht werden, mit Fanfaren empfangen. Während internationale Aktivisten weltweit geschlagen, verhaftet und kriminalisiert werden, weil sie sich gegen Völkermord stellen, dürfen sich die Täter, Drahtzieher und Vollstrecker, darunter Soldaten, die seit zwei Jahren auf TikTok mit der Zerstörung Gazas prahlen, in Fünf-Sterne-Ferienanlagen in Europa, einschließlich meines eigenen Landes, oder in Südostasien ausruhen und erholen. Der Aggressor wird bejubelt und belohnt, während das Opfer beschuldigt und diejenigen bestraft werden, die es verteidigen.

Liebe Freundinnen und Freunde, heute ist der 838. Tag des Völkermords. Gaza wurde im Westjordanland und in Ostjerusalem ausgelöscht. Ganze Gemeinschaften werden in diesem Moment vertrieben.

Kinder und ihre Familien werden von Siedlern terrorisiert, die bewaffnet und durch Straffreiheit geschützt durch die Dörfer streifen. Und was von unseren Politikern und Medien als Frieden bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit das Festmahl profitgetriebener Weltführer, bei dem koloniale Pädagogik die Unterdrückten dazu zwingt, ihre Selbstbestimmung aufzugeben. Der ‚Board of Peace‘ ist seine greifbare Institutionalisierung, die den Übergang der internationalen Gemeinschaft von Unbewegtheit zu Unbewegtheit verkörpert.

Und jetzt: Nichts davon ist völlig neu.

Nicht die Hauszerstörungen, nicht das Töten, nicht das gestohlene Land, nicht die Folter, nicht die Vergewaltigung und auch nicht die Scheinheiligkeit innerhalb der

Vereinten Nationen, die Jahr für Jahr Resolutionen verabschieden, die Tag für Tag verletzt werden. Die Palästinenser ertragen dies seit Jahrzehnten. Und deshalb ist es nicht nur angemessen, sondern notwendig und historisch korrekt, diesen Kongress „Nakba stoppen!“ zu nennen. Und in dieser Zeit ist Palästina zu einem Offenbarer geworden. Es hat das Gesamtbild der Welt, in der wir leben, in ihrer Brutalität entlarvt. Ihre Fähigkeit, jahrzehntelange Siedlerkolonial-Apartheid aufrechtzuerhalten, die in einem Völkermord gipfelt, der mehr als 20.000 Kindern das Leben gekostet hat – Tag und Nacht im Fernsehen übertragen, während die Staats- und Regierungschefs der Welt tatenlos zusehen oder – schlimmer noch – ihn unterstützen. Ein sich verfestigendes Netz neuer kolonialer Interessen, entschlossen, die ethnische Säuberung Palästinas zu vollenden, während sie sich Gaza neugeboren als Spielwiese für die Milliardärsklasse vorstellen.

Gaza hat das groteske Bündnis entlarvt, das sich um dieses Projekt versammelt hat. Ein Wirrwarr aus profitgierigen Konzernen, angepassten Regierungen, Waffenfabrikanten, Beratern, PR-Firmen und Medien, die Brutalität beschönigen und gleichzeitig die Kriegsmaschinerie bejubeln.

Gaza ist zu einem Laboratorium geworden, in dem modernste Militärtechnologien, Drohnen, KI-Zielsysteme und Raketenplattformen, die mit Programmen wie dem F-35 verbunden sind, an Menschen getestet und anschließend als kampferprobt vermarktet werden.

All dies hat Israel als eine moderne Macht entlarvt, die fähig ist, unerwünschte Bevölkerungsgruppen zu kontrollieren und zu eliminieren, indem sie Grundfreiheiten zermalmte, Freiheiten, die von dem System hochgehalten werden, das versuchte, gerade dies zu legitimieren. Gerade weil diese Finsternis nun so sichtbar wird, wirft der Völkermord Licht auf etwas Wesentliches. Wer sind diejenigen, die dieses System in Regierungen, im Finanzsystem, an Universitäten und in den Medien unterstützen, und wer sind diejenigen, die sich einem solchen System widersetzen, und was wollen sie – eine kollektive transnationale Bewegung, die hier so wunderbar vertreten ist. Und das ist eine positive Offenbarung. Wir sind Teil dieser Offenbarung, ein Kollektiv. Wir sind ein Kollektiv. Aber unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, diesen Schrecken Widerstand zu leisten, sondern auch darin eine alternative Vision von der Realität zu entwickeln. Die Welt, die wir wollen, und die Welt, die wir verdienen – eine Welt, die von Würde, Freiheit und Gerechtigkeit geprägt ist.

Eine Welt, in der Grundrechte echter Schutz sind und keine leeren Worte. In der das Gesetz für alle gleichermaßen gilt. In der Ressourcen geteilt werden, in der Profit nicht über Rechte triumphiert.

In der Kämpfe für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit wirklich zusammenwachsen und die Umwelt geschützt wird. In dem Bewusstsein zu handeln, dass wir in einer Welt leben, die wir von unseren Kindern entleihen und nicht von unseren Eltern erben. Eine Welt, in der Multilateralismus und die Kolonisierten real sind.

Ich weiß, dass die Menschen, die sich heute hier versammelt haben, und die Millionen, die mit uns und hinter uns stehen, dieses Bedürfnis in sich tragen und wahrscheinlich bereits diese Vision haben. Nun, Vorstellungsvermögen gibt Richtung und Hoffnung. Doch dies allein baut keine Herrschaftssysteme ab, um die Realität zu verändern. Wir brauchen Strategie. Wir brauchen Taktik. Und vor allem brauchen wir Einheit.

„Ich sage es jeden Tag: Ich gehöre nicht mir. Ich gehöre nicht mir“, sagte der Dichter Muhammad Arish.

Es ist an der Zeit, das Ego beiseite zu lassen, denn langfristig zählt es nicht so sehr, damit wir gemeinsam glücklich und überzeugend von „Ich habe einen Traum“ zu „Wir haben einen Traum“ und dann von „Wir haben einen Traum“ zu „Wir haben einen Plan“ gelangen können, und die Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, sind vielschichtig, sich ergänzend und werden schließlich organisch ausgearbeitet.

Der Plan muss beinhalten: Unternehmen auf jede erdenkliche Weise zur Rechenschaft zu ziehen. Dockarbeiter, die Waffenlieferungen verweigern, investigative Netzwerke, die Versorgungswege aufzeichnen, Boykotte, die mitschuldige Unternehmen ins Visier nehmen, rechtliche Schritte, die die Beteiligung von Unternehmen aufdecken, kollektiver Druck, sich aus Unternehmen zurückzuziehen, die an Besatzung, Apartheid und neokolonialen Praktiken beteiligt sind.

Jedes Glied in dieser Kette ist ein Punkt, an dem Menschen wie ihr eingreifen können. Und viele haben das bereits getan, aber es muss noch mehr getan werden. Und ich sehe, dass der Wille und die Kraft der Vielen vorhanden sind, dies zu tun, auch wenn es um diplomatische und staatliche Maßnahmen geht. Die Haager Gruppe stellt einen Silberstreifen am Horizont dar, einen Weg zur Verwirklichung dessen, was ich als dekolonialisierten Multilateralismus bezeichne.

Das Interessante an der Haager Gruppe ist genau das, was sie nicht ist. Sie ist kein weiteres UN-Gremium und will die UNO auch nicht auslöschen. Sie ist nicht von der

Lähmung des multilateralen Konsenses abhängig. Sie zeigt, wie Staaten innerhalb ihrer eigenen nationalen Zuständigkeiten und mit ihren eigenen Befugnissen handeln können, um das Völkerrecht durchzusetzen, und sie zeigt der Zivilgesellschaft, welche Forderungen sie an ihre Regierungen stellen muss, um diese in die richtige Richtung zu drängen. Sie ist das genaue Gegenteil der korrupten und turbokapitalistischen Klasse, die sich im ‚Board of Peace‘ vereint hat.

Zum Schluss möchte ich sagen: Die Anti-Apartheid-Bewegung und die Anti-Völkermord-Bewegung müssen nicht nur in vereinzelt Kampagnen, sondern als eine Bewegung mit gemeinsamen Werten erkennbar werden. Und dieser Wert, dieser verbindende Wert, wird für mich durch das palästinensische Wort „Sumud“ repräsentiert, das oft mit „Resilienz“ übersetzt wird, was es für ein westliches Publikum schmackhaft macht, um niemals von Widerstand zu sprechen. Palästinenser übersetzen „Sumud“ mit Standhaftigkeit, der Weigerung zu verschwinden, der Entschlossenheit zu bleiben.

Und das palästinensische Volk praktiziert dies seit Generationen. Und genau das verkörpert es als Volk. Und heute, inmitten seines enormen, schrecklichen Leidens, erleben wir etwas Neues: die Globalisierung von Sumud über Kontinente hinweg. Die Menschen verkörpern dieselbe Entschlossenheit. Lasst uns also als diese Bewegung weitermachen, aber auf organische Weise und mit organischer ethischer Kohärenz. Eine Bewegung, die sich weigert, an Systemen der Apartheid, der Ausbeutung und des Kriegsgewinnlertums teilzunehmen. Eine Bewegung, in der Liebe und Fürsorge nicht auf unser individuelles Leben und den häuslichen Bereich beschränkt sind, wie uns das neoliberale System glauben machen wollte, sondern auf das Kollektiv, das Herzstück eines politischen Projekts der Solidarität und der wahren Befreiung.

Keiner von uns hier wird die Palästinenser ersetzen und wir sollten es auch nicht. Die Zukunft Palästinas muss von den Palästinensern selbst bestimmt werden. Was wir tun können, ist dabei zu helfen, die Bedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, diese Zukunft zu bestimmen. Den Völkermord beenden, die Besatzung beenden, die Apartheid beenden und den Flüchtlingen die Rückkehr ermöglichen.

Um das zu tun, müssen wir über das hinausgehen und zu einer Strategie gelangen. Herrschaftssysteme erscheinen unbesiegbar, bis sie es nicht mehr sind. Und wenn sie fallen, dann deshalb, weil Menschen nicht nur auf Träumen aufbauen, sondern – entschuldigen Sie – nicht nur träumen, sondern auch Pläne schmieden.

Das Völkerrecht soll also unser Werkzeug sein und ich sage das nicht, weil ich vom Völkerrecht absolut begeistert bin, sondern weil dies wirklich die letzten gewaltfreien Werkzeuge in unseren Händen sind, und die Durchsetzung des Völkerrechts immer noch selektiv ist. Ja, mächtige Staaten manipulieren oder ignorieren das Recht, aber selektive Durchsetzung hebt die Norm in einem innerstaatlichen System nicht auf. Niemand würde das Strafrecht selbst kritisieren, wenn es weiterhin zu Tötungsdelikten käme. Das Problem ist oft nicht das Recht, sondern seine Durchsetzung.

In der Kluft zwischen Recht und Macht wirken Rechtsverteidigung und Rechenschaftspflicht, während Defätis-

mus nur denen dient, die das Recht verletzen. Dies ist kein leichter Kampf. Kein kurzer, kein kurzer Kampf. Aber während wir viele Feinde draußen haben, lasst uns die Feinde im Inneren beseitigen. Eindringlinge, aber auch Zersplitterung und Defätismus. Um erfolgreich zu sein, müssen wir geeint sein. Mut muss mit Solidarität einhergehen. So schafft eine Bewegung Dynamik. Und lasst uns das im Geiste von „Sumud“ tun, der sich weigert aufzugeben, bis Gerechtigkeit herrscht.

Vielen Dank!

Video-Übertragung: <https://www.youtube.com/watch?v=AR8ApSBjBgg>

Übersetzung: Redaktion von ‚Sand im Getriebe‘

**Francesca Albanese**, eine italienische Rechtswissenschaftlerin mit Spezialisierung auf Internationales Recht und Menschenrecht, ist seit Mai 2022 ehrenamtliche UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete.

(<https://www.ohchr.org/en/special-procedures/sr-palestine/francesca-albanese>). Die Stelle des Sonderberichterstatters wurde 1993 vom UN-Menschenrechtsrat geschaffen. Der UN-Menschenrechtsrat verlängerte am 4. April 2025 ihre Amtszeit bis 2028.

Anm.: Der UN-Menschenrechtsrat hat ebenfalls „The Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel“ geschaffen: <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/co-israel/index>

## **Völkermord in Gaza: ein kollektives Verbrechen** **Bericht des Sonderberichterstatterin Francesca Albanese**

### **zur Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten**

**Bericht der Vereinten Nationen (A/80/492), veröffentlicht am 20. Oktober 2025** (Vollständiger Bericht abrufbar unter [ohchr.org](https://www.ohchr.org), Auszüge: [palestine-mission.at](https://www.palestine-mission.at))

„Enthaltungen, Verzögerungen, verwässerte Resolutionentwürfe und eine vereinfachende Rhetorik der „Ausgewogenheit“ stärkten den diplomatischen Schutz und die politische Narrative, die Israel benötigte, um den Völkermord fortzusetzen.“ (S. 10)

Während nur 13 Staaten Südafrika vor dem IGH unterstützt haben, haben die meisten westlichen Staaten den Völkermord beharrlich geleugnet.

Keiner hat sich Nicaragua vor dem IGH gegen Deutschland angeschlossen oder sich auf innerstaatliche Gesetze gegen mitschuldige Unternehmen oder Einzelpersonen berufen.

Nur sieben haben die Situation an den IStGH verwiesen, viele haben versucht, dessen Haftbefehle zu untergraben, und mindestens 37 Staaten haben sich unverbindlich oder kritisch geäußert und damit ihre Absicht signalisiert, sich den Haftpflichten zu entziehen (1). Die Vereinigten Staaten haben Sanktionen verhängt, um den Gerichtshof lahmzulegen; das Vereinigte Königreich drohte mit der Streichung seiner Finanzmittel, während Premierminister Netanjahu ungehindert durch den europäischen Luftraum reiste und sogar Ungarn besuchte, das im April 2025 aus dem Gerichtshof austrat.“ (Punkt 25, Seite 11)

„Obwohl die UNO seit 1976 in ihren Resolutionen ein Waffenembargo gegen Israel fordert, liefern viele Staaten

weiterhin militärische Unterstützung und Waffen an das Land. Israel ist in unverhältnismäßig hohem Maße von Waffenimporten abhängig, deren Anteil am gesamten Handel mehr als doppelt so hoch ist wie der OECD-Durchschnitt und mehr als viermal so hoch wie der der Vereinigten Staaten. Diese internationalen Lieferungen wurden auch dann fortgesetzt, als sich die Hinweise auf Völkermord verdichteten, wobei die Vereinigten Staaten, Deutschland und Italien zu den größten Lieferanten zählen.“ (Punkt 32, Seite 12)

„Deutschland war während des Völkermords der zweitgrößte Waffenexporteur für Israel, wobei die Lieferungen von Fregatten bis zu Torpedos reichten. Deutsche Politiker\*innen haben diese Unterstützung mit den vermeintlichen Verpflichtungen gegenüber Israel nach dem Holocaust gerechtfertigt. Zusätzlich zur Aussetzung ethischer und rechtlicher Bewertungen der israelischen Besatzung erteilte Deutschland von Oktober 2023 bis Juli 2025 einzelne Exportgenehmigungen im Wert von 489 Millionen Euro – 15 Prozent aller Genehmigungen an Israel in 22 Jahren.

(...) Selbst als die genozidale Gewalt sichtbar wurde, haben Staaten, vor allem westliche, Israel militärisch, diplomatisch, wirtschaftlich und ideologisch unterstützt und tun dies auch weiterhin, obwohl es Hungersnöte und humanitäre Hilfe als Waffen einsetzt. Die Schrecken der letzten zwei Jahre sind keine Anomalie, sondern der Höhepunkt einer langen Geschichte der Komplizenschaft.“

(aus der [SiG-SN 6 „Gaza“](#) Nov.2025, Seite 34 )

## Einige Berichte und Stellungnahmen von Francesca Albanese

**November 2022 - Norman Paech** über den Bericht der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese: „**Situation der Menschenrechte in den palästinensischen besetzten Gebieten seit 1967**“ in [BIP-Jetzt](#)

**2024 - Francesca Albanese** sprach vor dem [UN-Menschenrechtsrat](#) in Genf, wo sie ihren [jüngsten Bericht mit dem Titel „Anatomie eines Völkermordes“](#) (März 2024) im Rahmen eines interaktiven Dialogs mit den UN-Mitgliedstaaten vorstellte. „Nach fast sechs Monaten des unerbittlichen israelischen Angriffs auf den besetzten Gazastreifen ist es meine Pflicht, über das Schlimmste zu berichten, wozu die Menschheit fähig ist, und meine Ergebnisse zu präsentieren“, sagte sie. „Es gibt vernünftige Gründe für die Annahme, dass die Schwelle, die auf die Begehung des Verbrechens des Völkermordes hindeutet, ... erreicht wurde“, [so Albanese](#). Die „koloniale Amnesie des Westens“ habe Israels koloniales Siedlerprojekt geduldet und die Welt sehe nun „die bitteren Früchte der Straffreiheit, die Israel gewährt wurden“. Die derzeitige Situation sei eine vorhergesagte Tragödie, [so Albanese](#). (Quelle: [unric](#))

12.12.24 - [jungeWelt](#): **Blankoscheck für Genozid! - UN-Sonderberichterstatterin Albanese** fordert Ende der Straflosigkeit für Israel und Stopp sämtlicher Waffenlieferungen .

Juli 2025 - **Francesca Albanese: Brecht die Beziehungen zu Israel ab – Beitrag auf der Konferenz in Bogota**, in [SiG159](#) übersetzt

**Francesca Albanese: Von der Ökonomie der Besatzung zur Genozid-Ökonomie, Juli 2025**

[A/HRC/59/23](#): From economy of occupation to economy of genocide, [Report of the Special Rapporteur](#) (F. Albanese), [Deutsche ÜBERSETZUNG](#); Zusammenfassung in [SiG159](#)

## Sanktionen ... und Widerstand dagegen

**US-Außenminister Marco Rubio gab am 9. Juli bekannt, dass die USA Sanktionen gegen Francesca Albanese verhängen werden. Stimmen dazu:**

**9.07.2025 - [CETIM condemns US Sanctions Against UN Special Rapporteur Francesca Albanese](#)**

**10.07. 2025 - [Amnesty International Schweiz](#)**, ein schändlicher Affront gegen die internationale Justiz

**11.07.2025 - UN-Experten drängen auf rechtliche Schritte vor dem IGH, um Francesca Albaneses Immunität zu wahren – [middleeasteye](#)**

**US-Bundesgericht stoppt Sanktionen gegen Francesca Albanese in Urteil zur Meinungsfreiheit**

**14. Mai 2026 Von der Redaktion der [Palestine Chronicle](#)**

Richter Richard Leon erließ eine einstweilige Verfügung, mit der die Vollstreckung der im Juli 2025 eingeführten Maßnahmen – Sanktionen – gestoppt wurde.

In seiner Entscheidung betonte Leon die verfassungsrechtlichen Schutzbestimmungen hinsichtlich der Meinungsäußerung. „Der Schutz der Meinungsfreiheit liegt ‚immer‘ im öffentlichen Interesse“, schrieb der Richter.

Die Sanktionen waren ursprünglich vom ehemaligen US-Außenminister Marco Rubio angekündigt worden, der Albanese vorwarf, die Vereinigten Staaten und Israel durch öffentliche Äußerungen und rechtliche Empfehlungen unge-rechtfertigt ins Visier zu nehmen. Rubio beanstandete insbesondere Albaneses angebliche Unterstützung für Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. US-Beamte kritisierten Albanese zudem dafür, dass sie Israel wiederholt Völkermord in Gaza vorgeworfen hatte.

Washington hatte in ähnlicher Weise Maßnahmen gegen den IStGH selbst verhängt, wegen dessen, wie es hieß, „unbegründeter gezielter Verfolgung“ Israels.

Albanese begrüßte die Gerichtsentscheidung kurz nach der Urteilsverkündung, sie schrieb auf X: „Danke an meine Tochter und meinen Mann, die sich für mich eingesetzt haben, und an alle, die bisher geholfen haben. Gemeinsam sind wir eins.“

Anfang dieses Jahres forderten mehrere europäische Politiker, darunter der französische Außenminister Jean-Noël Barrot, öffentlich ihren Rücktritt. Ähnliche Kritik kam von Politikern aus Österreich, Deutschland, Tschechien und Italien. In der Folge warfen 150 ehemalige Minister, Diplomaten und Botschafter Barrot vor, Falschinformationen gegen Albanese zu verbreiten.

**Die flämischen Universitäten von Vrije-Brüssel, Antwerpen und Gent haben gemeinsam entschieden, Francesca Albanese am 2. April 2026 einen Ehrendokortitel zu verleihen**

Es ist keine routinemäßige akademische Geste. Es ist eine Stellungnahme. Es ist eine ethische Bestätigung. Und vor allem ist es eine Erklärung intellektueller Unabhängigkeit in einem globalen Klima, in dem es zu einem riskanten Akt geworden ist, die Wahrheit zu sagen – [pressenza](#)

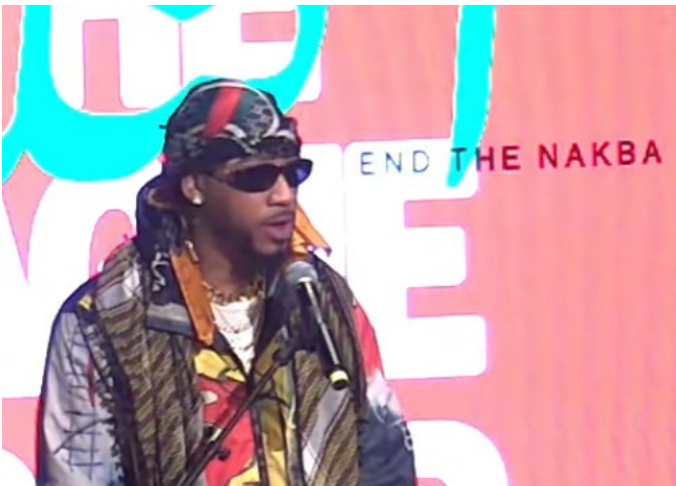
Die drei RektorInnen erläutern, warum ihre Arbeit als UN-Sonderberichterstatterin einen so bedeutenden Beitrag zum Menschenrechtsrahmen und zur aktuellen gesellschaftlichen Debatte leistet.

Video [University of Antwerp](#), 3 Minuten

## Chris Smalls

# Ein Marathon. Ein lebenslanger Kampf

*Auf dem Volkskongress der Haager Gruppe legte Chris Smalls – Gewerkschafter und Gründer der ersten und bisher einzigen Gewerkschaft bei Amazon in den USA – den Schwerpunkt seiner Rede auf die Bedeutung eines konsequenten und gemeinsamen Kampfes für Palästina und damit für eine andere, gerechte Welt für unsere Kinder. Ausgehend von seinen Erfahrungen im gewerkschaftlichen Kampf und als Teilnehmer der Handala-Flotilla im letzten Jahr, will Chris Smalls den Menschen Mut machen, entschlossen und unermüdlich auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen, auch wenn dies große Opfer erfordert. Insbesondere die Unterstützung, die Amazon bei diesem Verbrechen des Völkermords leistet, ist für Smalls Ansporn, sich an die Seite all derer zu stellen, die in verschiedenen Teilen der Welt sich dieser Komplizenschaft mit ihren Aktionen entgegen stemmen.*



Widerstand lässt sich nicht auslöschen. Seht her, wenn ich mich hier im Raum umschaue, sehe ich so viel Kraft. Und ich wäre nachlässig in diesem Gotteshaus, wenn wir uns nicht einen Moment des Schweigens nähmen für all die Kinder, Männer, Frauen, unschuldigen Palästinenser, unschuldigen Zivilisten, für die Menschen im Iran, die Menschen in Kuba, die Menschen in Venezuela, Libanon, Sudan, auf der ganzen Welt, für alle unterdrückten Menschen, für das, was wir in den letzten zwei Jahren in unseren sozialen Medien, in den Mainstream-Medien und in den unabhängigen Medien miterlebt haben. Schließt euch mir also jetzt an und lasst uns diesen Moment der Stille für alle Märtyrer und all jene einlegen, die ihr Leben verloren haben durch diesen militärisch-industriellen Komplex, der nicht enden will.

Danke. Nun wird der Organisator in mir euch bitten, etwas zu tun, um die Energie in diesem Raum zu spüren. Schaut also nach links und schaut nach rechts und sagt: „Ich stehe hinter dir. Ich stehe hinter dir. Ich stehe hinter dir. Ich stehe hinter dir.“

Denn lasst mich euch Folgendes sagen: Man sagt, alle 250 Jahre fällt ein Imperium. Also ratet mal: Vereinigte Staaten, für uns ist die Zeit gekommen.

Aber diesmal kommt uns keine Kavallerie zu Hilfe. Es kommt niemand, um uns zu retten.

Ich hoffe, ihr wisst das alle. Milliardäre werden nicht eines Tages aufwachen und sagen: „Weißt du was? Wir werden den Leuten geben, was sie wollen.“

Ihr seht, wie einige dieser Politiker bereits gekauft sind, sie verkaufen sich und machen nur Bullshit. Sie werden nicht eines Tages aufwachen und sagen: „Weißt du was? Ich glaube, ich werde meine Meinung ändern.“ Wir müssen sie dazu zwingen.

Für diejenigen, die es nicht wissen: Mein Name ist Chris Smalls. Ich bin der Gründer der Gewerkschaft bei Amazon in New York, der ersten und nach wie vor einzigen Gewerkschaft in den USA für Amazon-Beschäftigte. Und wenn mich Leute fragen: „Wie zum Teufel habt ihr es geschafft, es mit einem der reichsten und mächtigsten Unternehmen aufzunehmen, das 2,2 Billionen Dollar wert ist, und es mit einem der reichsten Männer der Welt aufzunehmen, Jeff Bezos, der über 200 Milliarden Dollar besitzt? Wie zum Teufel habt ihr ihn besiegt, diesen Giganten?“ Die Antwort finden wir genau hier in diesem Raum, ja. Es ist die Kraft der Menschen, wenn wir uns zusammenschließen. So einfach ist das.

Und wie wir gerade sehen, haben wir diesen Kampf bereits gewonnen. Wir haben die Meinung, die öffentliche Meinung zu Palästina gewonnen. Überall auf der Welt schließen sich Menschen für eine gemeinsame Sache zusammen, und das ist die Befreiung des palästinensischen Volkes.

Aber das ist mit großen Opfern verbunden. Denn ich kann euch sagen: Wenn ihr euch für Palästina eingesetzt habt, habt ihr etwas verloren, sei es finanzieller Gewinn, sei es Freundschaft, seien es Beziehungen oder flüchtige Bekanntschaften. Ihr habt euren Job verloren, ihr seid vielleicht von der Schule geflogen, ihr habt euch vielleicht mit euren Liebsten gestritten, mit euren Ehepartnern. Ihr habt etwas verloren, das muss so gewesen sein, wenn ihr über Palästina sprecht. Die Zeit fern von eurer Familie, euren Freunden, den Dingen, die ihr gerne tut, euren Hobbys. Aber das ist der Preis. Es erfordert große Opfer, weil auch sie so viel geopfert haben. Sie bitten nicht um unser Mitleid. Die Menschen in Palästina fragen nach unserer Solidarität. Und Solidarität ist kostenlos. Es kostet euch nichts, jemandem zuzuhören. Es kostet euch nichts, eine Schulter zum Anlehnen zu bieten. Es kostet euch nichts, ein Gespräch mit jemandem zu führen.

Und ja, andere sind vielleicht nicht so radikal wie wir hier im Raum, aber lasst mich euch eines sagen: Das ist ein Marathon. Das ist kein Sprint. Das ist ein lebenslanger Kampf, auf den wir uns alle eingelassen haben. Und man kann nicht mit einem Fuß drin und dem anderen draußen stehen. So funktioniert das nicht. Ihr müsst euch voll und ganz der Mission, der Befreiung des palästinensischen Volkes verschreiben. Dafür müssen wir permanent kämpfen. Und dieses Opfer beginnt bei euch selbst. Wenn ihr heute hier raus geht, nehmt nicht nur den Eindruck von großartigen Rednern mit. Geht hier raus mit einem Auftrag, mit einem Aufruf zum Handeln, mit einer Verantwortung für die Rettung der Menschheit.

Denn wir alle wollen nicht, dass unsere Kinder in einer Gesellschaft aufwachsen, wie wir sie heute erleben. Ich kann euch sagen: was mich als Vater dazu brachte, mehr zu tun und aktiver zu werden, ist nicht nur die Tatsache, dass ich Gewerkschaftsführer oder Gewerkschafter bin. Es war die Tatsache, meine Kinder zu sehen, wie sie aufwachsen und dass sie mich eines Tages ansehen und fragen werden: „Was hast du getan?“

Als moralischer Kompass der Welt haben uns Gaza und das palästinensische Volk gezeigt, wie Menschen wirklich sind. Ob sie gut oder böse sind – dazwischen gibt es nichts. Entweder steht man auf der richtigen Seite der Geschichte oder nicht. Wenn man sich zurücklehnt und diesen Völkermord beobachtet und diesen Imperialismus auf der ganzen Welt beobachtet ohne etwas zu tun, dann ist man genauso mitschuldig wie die Kriegsmaschinerie, die jeden Tag Menschen tötet.

Das ist gleichbedeutend mit Tod. Wenn ihr also heute hier raus geht, fragt euch: Was seid ihr bereit für die größere Sache zu opfern? Was seid ihr bereit, für diese Revolution zu tun, die wir erleben?

Letzten Sommer fragten mich Leute, wie ich zur Palästina-Bewegung gekommen bin. Vor allem als Gewerkschafter, der es mit Amazon aufgenommen hat. Nun, alles bei Amazon hat mit diesem Völkermord zu tun. Viele Menschen wissen das nicht. Amazon hat Milliarden von Dollar in ein Projekt namens „Project Nimbus“ investiert. Das ist die Technologie, die jeden Tag dazu genutzt wird, unschuldige Palästinenser ins Visier zu nehmen und zu überwachen. Amazon Web Services ist im Grunde genommen der „Iron Dome“, zusammen mit Microsoft, Google und all diesen anderen Tech-Unternehmen.

Das war also ein Grund, warum ich für die Amazon-Beschäftigten zu der Komplizenschaft dieses Unternehmens bei diesem Völkermord meine Stimme erheben wollte. Ein weiterer Grund ist, wie bereits erwähnt, dass ich Vater von drei wundervollen Kindern bin. Meine Zwillinge sind 13. Sie stehen kurz vor dem Übergang zur High

School. Und die einzigen Menschen, mit denen ich am Tag vor meiner Teilnahme an der Handala-Flotilla nach Gaza im vergangenen Sommer gesprochen habe, waren meine Kinder. Ich habe ihnen gesagt, wie sehr ich sie liebe. So sehr, dass alles, was ich tue, für sie ist, auch wenn sie das im Moment vielleicht nicht verstehen.

Denn ich wusste, dass ich mein Leben aufs Spiel setzte und möglicherweise hätte sterben können.

Aber das hat mich dennoch nicht aufgehalten oder davon abgeschreckt, mich der Flotilla anzuschließen, denn das Gefühl war mir vertraut von damals, vor sechs Jahren, als ich es mit Amazon aufnahm.

Und einige von euch haben vielleicht gesehen, was mit mir passiert ist. Ich war der einzige schwarze von 21 Freiwilligen auf der Handala. Und wir standen ja der gefährlichsten, gnadenlosesten Babymordmaschine der Welt gegenüber, der IOF (1).

Aber ich sage euch, der New Yorker in mir kam sehr schnell zum Vorschein, denn ich bin nicht umsonst den ganzen Weg dorthin gereist. Für all die Palästinenser, die ihre Schimpfwörter der IOF nicht ins Gesicht schreien können: Glaubt mir, ich habe es für sie getan. Das kann ich euch versichern.

Und was mich besonders schockierte, war nicht nur, wie jung sie waren, sondern dass sie dachten, sie würden etwas Ruhmliches tun. Humanitäre Hilfe zu stoppen, Babynahrung zu stoppen. Aber was ich ihnen ins Gesicht gesagt habe, ist: Ohne eure Waffen und ohne unsere US-Steuer Gelder seid ihr ein Nichts. So einfach ist das. Und ich möchte, dass das jeder versteht.

Sie warfen mich zu Boden, sieben Beamte. Sie trennten mich von der Gruppe. Sie würgten mich. Sie sagten mir, ich solle die Klappe halten. Als ich schrie: „Befreit Palästina!“, stießen sie mich gegen die Wand. Im Gefängnis traten wir in den Hungerstreik. Sie fielen zweimal über uns her, zwangen uns, uns nackt auszuziehen, und unterzogen uns psychologischer Kriegsführung. Und dann ließen sie mich und meinen Bruder Hatum aus Tunis am längsten dort drinnen.

Sie forderten uns wiederholt auf, uns anziehen, weil wir nach Hause gehen könnten, aber das stimmte nicht. Der Gipfel des Ganzen war dann, dass sie uns an der jordanischen Grenze aussetzten.

Alles, was ich erlebt habe, ist eine Bestätigung dafür, dass Israel ein rassistischer Apartheidstaat ist. Und alles, was ich erlebt habe, ist nur ein Bruchteil dessen, was Palästinenser jeden Tag durchmachen müssen.

Das sind also die Gründe, warum ich mich entschlossen habe, an dieser Mission teilzunehmen, warum ich weiterhin alle Flotillas dort unterstütze, die „Global Sumud“-Initiative gestartet habe und auch danach, weil wir dieses

Versprechen abgegeben haben, dass wir eine Flotilla nach der anderen entsenden werden, bis wir die von Israel verhängte Blockade durchbrechen.

Und als ich aus dem Gefängnis kam, habe ich sofort losgelegt. Ich habe mich nicht ausgeruht, wie mir geraten wurde. Ich hätte es tun sollen. Aber ich weiß, wie der Arbeitstakt der Medien in den USA funktioniert. Heute hier, morgen weg. Und wir wissen ja bereits, wie schnell sie aufgehört haben, über die Epstein-Akten zu berichten. Und als sie anfangen, den Iran zu bombardieren - passt gut auf!

Die Medien hätten also nicht über meine Geschichte berichtet, wenn ich sie nicht sofort erzählt hätte. Also habe ich mich nicht ausgeruht. Aber außerdem habe ich auch mobilisiert, denn das ist es, was wir tun müssen. Wir müssen aufstehen und etwas tun.

Und ich konzentriere mich jetzt auf die Arbeiterbewegung in den USA. Sie sagten übrigens nichts, als einer ihrer Gewerkschaftsführer im Gefängnis saß, all diejenigen, die mich für die von mir geleistete Arbeit gelobt hatten, auch Politiker, von den Bernies (2) bis zu den AOCs (3) usw. Sie haben absolut nichts gesagt, was eine verdammt Schande ist.

Was wir getan haben in den letzten sechs Monaten, seit wir draußen sind ist, sie zur Rechenschaft zu ziehen. Aber wir müssen mehr tun, als sie nur zur Rechenschaft zu ziehen. Wir müssen direkt handeln.

Wir haben in Italien gesehen, wie die Gewerkschaften, die USB (4) und die CUB (5) und die Studenten in ihrem Land über zwei Millionen Menschen auf die Straße gebracht haben und erst kürzlich 21 Häfen am Mittelmeer lahmgelegt haben. Ich war stolz darauf, Seite an Seite mit meinen Brüdern und Schwestern aus dieser Branche zu stehen.

Mir wurde bei diesem Kampf und bei diesem Ringen klar, dass wir das unterstützen müssen. Diese Hafentarbeiter haben Macht, denn es erinnerte mich sogar an den Moment, als wir eingesperrt waren. Unsere stärkste Waffe, ob wir nun eingesperrt sind oder frei, werden immer unsere Körper und unsere Arbeitskraft sein.

Es wird also ein Zeitpunkt kommen, an dem jeder in diesem Raum seine Arbeit verweigern muss, bis unsere Forderungen erfüllt sind. Wir haben die Stimmung gesehen, die wegen ICE (6) in Minneapolis herrschte. Die Leute riefen zu einem Generalstreik auf. Ich unterstütze das. Aber um dorthin zu gelangen, müssen wir – das Wichtigste zuerst – der Zweiparteien-Landschaft in Amerika entkommen. Zweitens müssen wir unsere gewählten Amtsträger nicht nur zur Rechenschaft ziehen, sondern wir müssen einige dieser Dinosaurier loswerden. Die müssen weg, oder? Ihr wollt über einen Regimewechsel

sprechen? Wir können damit direkt bei uns zu Hause anfangen.

Und schließlich müssen wir – denn wir sprechen hier von Solidarität –, die Hafentarbeiter unterstützen, nicht nur in Italien, sondern auf der ganzen Welt.

Wir müssen sie unterstützen, denn wir alle haben hier eine Aufgabe zu erfüllen.

Ich bitte euch also nicht, an der Flotilla teilzunehmen. Glaubt mir, das war kein Spaß. Aber ich fordere euch auf, etwas zu tun, sei es, an einer Kundgebung teilzunehmen, etwas zu organisieren oder eine Basisbewegung aufzubauen. Wenn die Flotilla euer Herz anspricht, macht bitte mit.

Aber wenn ihr finanzielle Unterstützung leisten wollt, spendet bitte an die Streikenden, denn sie werden nicht bezahlt, wenn sie streiken. Und sie werden auch von den faschistischen Regierungen, die wir alle kennen, mit Geldstrafen belegt. Tausende von Dollar. Deshalb brauchen wir eure Unterstützung. Es gibt eine Kampagne, und dabei geht es nicht um mich, denn bei dieser Bewegung geht es nicht um eine Einzelperson, sondern um die Menschen. Und ihr, wie bereits gesagt, seid die wahre Kraft. Und wir müssen heute hier raus gehen mit der Mission, mehr Menschen für diese Bewegung zu gewinnen, um mehr Bewusstsein zu schaffen und diese internationale Solidarität aufzubauen, denn durch internationale Solidarität werden wir gewinnen.

Und damit möchte ich schließen. Wie ich zu Beginn sagte: Der Widerstand stirbt nie. Er wird nur besser und stärker. Und wir sehen gerade, was Bibi Netanjah und Trump mit Gaza vorhaben – es in einen Spielplatz für Milliardäre zu verwandeln. Das werden sie niemals im Leben erreichen, das verspreche ich euch. Auf keinen Fall.

Wir werden das palästinensische Volk befreien.

Wir werden noch zu unseren Lebzeiten ein freies Palästina erleben. Und wir werden Freiheit, Würde und Respekt für alle unterdrückten Menschen auf der Welt erleben. Denn ich glaube an die Kraft der Menschen, wenn wir uns zusammenschließen.

Und wenn wir zurückschlagen, gewinnen wir immer.

Alle Macht dem Volk, Liebe und Solidarität.

Danke, dass ich hier sein darf. Ich weiß das zu schätzen.

#### **Anmerkungen d. Ü.**

(1) „Israel Occupying Force“

(2) Gruppe um den US-Senator Bernie Sanders

(3) Gruppe um die US-Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez

(4) Unione Sindacale di Base

(5) Confederazione Unitaria di Base

(6) US Immigration and Customs Enforcement,

# Sally Rooney

## Es gibt immer mehr für uns zu tun

Amsterdamer Konferenz am 7. März 2026

<https://act.progressive.international/peoples-congress/>

*Sally Rooney argumentiert, dass es inmitten des Grauens des Völkermords in Gaza weiterhin möglich ist zu handeln, wo Worte oft versagen. Dazu gehört: Schwachstellen im Getriebe des Völkermords aufzudecken und durch Rechtsstreitigkeiten, Arbeitskampfmaßnahmen, Boykotte und sonstige Maßnahmen Druck auszuüben.*

*Der Kampf für Palästina, so betont sie, kann nicht von den Kämpfen gegen den militärisch-industriellen Komplex, die Interessen der fossilen Brennstoffindustrie und den Klimazusammenbruch getrennt werden. Denn sie werden alle von denselben imperialen Kräften angetrieben.*



Zunächst möchte ich der Haager Gruppe und allen danken, die an der Organisation dieses Kongresses mitgewirkt haben. Ich weiß, dass es viel harte Arbeit gekostet hat, ihn auszurichten, und es ist mir eine große Ehre, hier zu sein und daran teilzunehmen. Ich möchte auch meinen Mitdelegierten danken, von denen ich im Laufe unserer heutigen Gespräche bereits so viel gelernt habe. Mir ist bewusst, dass ich eigentlich hier bin, um zuzuhören und zu lernen, anstatt zu sprechen, und ich werde mich in meinen Ausführungen sehr kurz fassen.

Im Jahr 1984 weigerte sich eine junge Verkäuferin namens Mary Manning in einem Supermarkt in Dublin, Grapefruits aus dem Apartheid-Südafrika zu verkaufen. Dieses Verhalten führte zu ihrer Suspendierung. Daraufhin trat sie zusammen mit anderen Mitgliedern ihrer Gewerkschaft in den Streik. Ihr Streik dauerte fast drei Jahre und führte schließlich dazu, dass die irische Regierung ein vollständiges nationales Einfuhrverbot für Obst und Gemüse aus Südafrika verhängte.

Wurde der Sturz der Apartheid durch die Aktionen von Arbeitnehmer\*innen in Europa herbeigeführt? Natürlich nicht. Der Befreiungskampf wurde von Südafrikaner\*innen geführt und gewonnen. Aber wir wissen, dass der internationale Druck, der auf die Wirtschaft des Apartheidstaates ausgeübt wurde, ein wichtiger Bestandteil dieses Kampfes war. Aus Solidarität mit den Südafrikaner\*innen und als Antwort auf den Aufruf der Anti-Apartheid-Bewegung entschieden sich Arbeitnehmer\*innen auf der

ganzen Welt, nicht länger passiv zuzuschauen, sondern an der Befreiung mitzuwirken.

Zweifellos wurden in Irland viele schöne Reden gehalten, in denen die Übel der Apartheid angeprangert wurden. Aber an keine erinnert man sich heute mit so viel nationalem Stolz und Bewunderung wie an die mutigen Taten jener streikenden Arbeiter\*innen. Im Jahr 2021 hatte ich dieses Beispiel im Sinn, als ich meine eigene, verspätete Entscheidung traf, mich der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung anzuschließen und die Zusammenarbeit mit israelischen Organisationen zu verweigern, die sich der Apartheid mitschuldig machen. Mary Manning und ihre Kollegen hatten ihre Arbeit genutzt, um sich gegen Ungerechtigkeit zu wehren. Ich wollte auf meine eigene, sehr begrenzte Weise dasselbe tun.

Ich muss Ihnen nicht sagen, dass die systematische Zerstörung des Alltags und der Kultur der Palästinenser, die wir in den letzten Jahren miterlebt haben, den Lauf der Geschichte und unsere Welt für immer verändert hat. Viele von uns haben vielleicht das Gefühl, dass angesichts des moralischen Abgrunds eines unverhüllten Völkermords nichts mehr Sinnvolles zu sagen bleibt. Wir fühlen uns nur noch fähig, einen unartikulierten Schrei des Entsetzens auszustoßen, einen Aufschrei, der beginnen und niemals enden könnte. Manchmal, so denke ich für mich selbst, wäre dieser Schrei ehrlicher als Worte und Reden. Aber eine der Lehren dieses Kongresses ist, dass wir, auch wenn es manchmal nichts zu sagen gibt, dennoch etwas tun können.

Der Kampf für die Befreiung Palästinas wird von den Palästinenser\*innen geführt und letztendlich von ihnen gewonnen werden. Eine der Fragen, die wir an diesem Wochenende diskutiert haben, ist, wie die internationale Gemeinschaft – und damit meine ich nicht nur Nationalstaaten, sondern auch Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft, Protestgruppen und sogar Einzelpersonen – dem Völkermord Einhalt gebieten und die Befreiung Palästinas unterstützen kann.

Die Haager Gruppe hat uns ein Modell und einen Treffpunkt für diese Arbeit zur Verfügung gestellt. Die imperialen und industriellen Komplexe, die den Krieg gegen

Palästina vorantreiben, mögen sehr mächtig sein, aber wir wissen, dass sie nicht unzerstörbar sind. Gemeinsam können und müssen wir die Schwachstellen in der Maschinerie des Völkermords aufdecken und jeden nur erdenklichen Druck ausüben – durch Rechtsstreitigkeiten, Arbeitskampfmaßnahmen, Medienarbeit, Konsumentenboykotte, direkte Aktionen und vieles mehr.

Der Kampf für Palästina ist auch, und war schon immer, ein Kampf für die Befreiung der Menschheit und für unsere Zukunft auf dieser Erde. Die Gegner, denen wir in der palästinensischen Solidaritätsbewegung gegenüberstehen – die Vereinigten Staaten und ihre Konstellation von Vasallenstaaten, darunter nicht nur Israel, sondern auch ein Großteil Europas; der militärisch-industrielle Komplex; der Handel mit fossilen Brennstoffen; sowie Unternehmensfinanzierung und Technologie, und anderes mehr – sind dieselben Mächte, die den katastrophalen Klimawandel vorantreiben und die Grundlage für unser gemeinsames Überleben zerstören. Indem wir uns solidarisch mit Palästina zeigen, lernen wir, wie wir für das Leben auf der Erde kämpfen können.

Viele der Delegierten, die an diesem Wochenende hier sind, haben für ihre Arbeit schwerwiegende persönliche und organisatorische Repressalien erfahren. Und ich möchte mir einen Moment Zeit nehmen, um unseren Kolleg\*innen zu danken, insbesondere jenen, die im globalen Süden arbeiten, und ganz besonders unseren palästinensischen Genoss\*innen, die trotz rechtlicher Verfolgung, Schikanen und staatlicher Gewalt nicht aufgegeben haben. Wir wissen, dass die Wirksamkeit des Widerstands daran gemessen werden kann, in welchem Ausmaß er staatliche Repressionen hervorruft. Und wir wissen, wie viele der Held\*innen dieser Bewegung wegen ihrer Arbeit inhaftiert wurden. Für diejenigen von uns, die das Glück haben, heute hier zu sein, insbesondere für jene von uns, die nicht Palästinenser\*innen sind, gibt es immer noch mehr, was wir tun können.

## Solidarität Irlands mit Palästina

(SiG-Redaktion)

Irland hat anders als nahezu alle anderen europäischen Staaten seit Beginn des Gazakriegs die Einhaltung des Völkerrechts gefordert und damit seine Solidarität mit dem palästinensischen Volk erklärt. So widersprach der irische Ministerpräsident Michael Higgins der uneingeschränkten Solidaritätserklärung der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen für Israel und forderte die Einhaltung des Völkerrechts. ([Independent](#), 16.10.23)

Bereits am 14. und 21. Oktober 2023 forderten Demonstranten auf Massensolidaritätskundgebungen für Palästina ("Stand with Palestine") einen sofortigen Waffenstillstand, humanitäre Hilfe für Gaza sowie die Ausweisung des israelischen Botschafters. ([The journal](#) 21.10.2023; [irishtimes](#), 22.10.2023)

Künstler\*innen, Schriftsteller\*innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im wohlhabenden globalen Norden sprechen sich nun zunehmend gegen den Völkermord aus und schließen sich sogar Protestkampagnen und formellen Boykotten an. Als eine solche Persönlichkeit weiß ich, dass mir oft Fragen gestellt werden, welchen Preis ich dafür zahlen musste, Solidarität mit Palästina zu zeigen. Wenn ich daran denke, was andere für diesen Kampf geopfert haben, kann ich mich des Gefühls nicht erwehren, dass dies schlichtweg die falsche Frage ist. Ich weiß, dass wir, wenn wir unsere Stimme erheben, möglicherweise bei den Medien in Ungnade fallen und vielleicht sogar mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Aber ich möchte meine Schriftsteller- und Künstlerkolleg\*innen bitten, sich nicht zu sehr darauf zu konzentrieren, was wir zu verlieren haben. Es gibt noch eine andere, wichtigere Seite der Geschichte.

Uns an etwas zu beteiligen, das größer ist als wir selbst, auf unsere bescheidene Art und Weise an einem Kampf für die Befreiung der Menschheit mitzuwirken, für das einzustehen, was wir in unseren Herzen als richtig erkennen, und zu versuchen, uns nicht an dem mitschuldig zu machen, was wir als falsch erkennen – was sonst kann unser Leben in so düsteren Zeiten wie diesen erträglich machen? Was sonst kann uns angesichts solch eines Grauens einen Grund geben, weiterzumachen, die Verzweiflung abzuwehren, mit uns selbst zu leben und für unsere Zukunft zu kämpfen, ungeachtet der Konsequenzen? Für diejenigen von uns, die im Herzen des Imperiums leben, für diejenigen von uns, die das außerordentliche Privileg einer öffentlichen Plattform haben, ist es keine Frage, einen Preis zu zahlen. Im Gegenteil. Wir sollten erkennen und sagen, dass es die Ehre unseres Lebens ist, an der Seite Palästinas zu stehen.

<https://progressive.international/wire/2026-03-18-there-is-always-more-we-can-do/de/>

Diese Massensolidaritätskundgebungen halten bis in die heutige Zeit an. "Boycott Israel" ist dabei eine so selbstverständliche Parole wie es sich hierzulande niemand vorstellen kann. ([dublinlive](#), 21.2.2026). Auf der Plattform der [Ireland Palestine Solidarity Campaign](#) können die aktuellen Kundgebungen eingesehen werden.

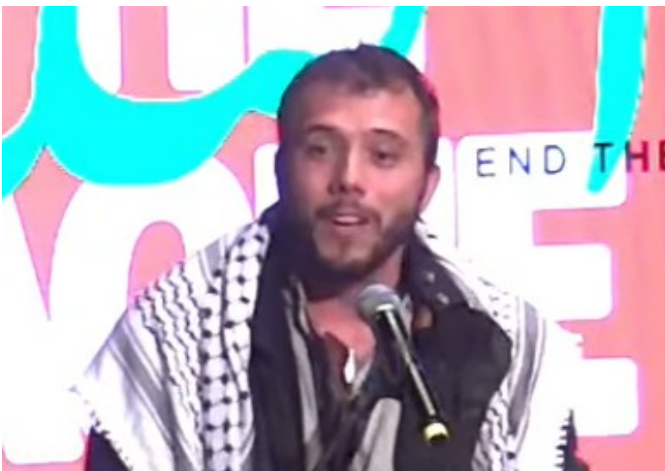
Die **Regierung Irlands** zeigt Solidarität mit den Palästinensern darin, dass sie 2024 zusammen mit Spanien und Norwegen Palästina als Staat anerkannte und die Klage Südafrikas gegen Israel vor dem IGH unterstützte sowie darin, dass sie die Beiträge an das UN-Palästinenserhilfswerk UNRWA auch dann noch zahlte, als diesem jede Tätigkeit auf israelischen Staatsgebiet untersagt worden war, und 2025 zusätzliche 20 Millionen Euro zahlte. ([woz.ch](#), [LMD April 2025](#)) Zu nennen sind ferner die angekündigten 42 Millionen für das Jahr 2026.

## Tanya Sing, Moderatorin:

Vielen Dank euch allen. Es ist etwas schwierig, nach all dem zurück auf die Bühne zu treten. Vielen Dank für all eure Worte und all euer Engagement und eure großartige Arbeit. Vielen Dank, dass ihr heute Abend hier seid. Der heutige Abend ist ein wunderschönes Fest der Solidarität mit den Menschen in Palästinas und ihrem Kampf um Selbstbestimmung. Zu meinem großen Bedauern, kann eine der zentralen FürsprecherInnen, eine der lautesten und herausragendsten Stimmen für diesen Kampf um Selbstbestimmung heute Abend nicht hier sein: Greta Thunberg. Es ist uns eine große Ehre, dass ihr Mitstreiter und Gefährte von der Global Sumud Flotilla bei uns ist. Thiago Avila aus Brasilien kommt heute zu uns, erst kürzlich aus der Haft in Tunesien entlassen, wo er zusammen mit Greta und anderen ein Treffen der Steuerungsgruppe veranstaltete, in Vorbereitung des größten Konvois von Schiffen, der jemals in der Geschichte mit dem Ziel segeln wird, die israelische Belagerung Gazas zu durchbrechen. Thiago, vielen Dank, dass du hier bei uns bist, wir bitten dich, uns etwas darüber zu erzählen, was in Tunesien passiert ist, und dazu, was Greta einem Publikum wie diesem über die Bedeutung internationaler Solidarität würde vermitteln wollen, zu dem langen Weg von Brasilien, Lateinamerika und von überall auf der Welt. Vielen Dank!

## Thiago Avila Das Ende dieses kolonialen Apartheid-Systems fordern: Die neue globale Sumud-Flotilla

Amsterdamer Konferenz am 7. März 2026  
<https://act.progressive.international/peoples-congress/>



Guten Abend allerseits. Vielen Dank, dass wir hier sein dürfen. Vielen Dank an Progressive International, BDS und an alle Freiwilligen, die diesen wunderbaren Veranstaltungsort hergerichtet und alles vorbereitet haben. Ihr habt so hart gearbeitet, und ich bin sicher, dass wir alle sehr dankbar für eure Arbeit sind. Vielen Dank.

Ich kann hier mit meiner Rede nicht beginnen, ohne darauf hinzuweisen, dass sich derzeit fünf unserer Mitstreiter\*innen – Wael, Jawaher, Nabil, Mohamed und Sanaa – in einem Gefängnis in Tunesien befinden. Sie werden schwerer Vergehen beschuldigt, nur weil sie das palästinensische Volk verteidigen, nur weil sie versuchen, die größte Mission zu starten, die je unternommen wurde, um die Belagerung von Gaza zu durchbrechen, unsere nächste globale Sumud-Flotilla. Sie sind gerade im Gefängnis, aber sie sind frei, weil sie Teil der freien Menschen dieser Welt sind. Im Gefängnis sind diejenigen, die sie dort hingebacht haben.

Wann immer wir über inhaftierte Menschen sprechen, dürfen wir niemals vergessen, dass sich gerade jetzt über 9.000 palästinensische Gefangene in israelischen Kerker befinden. Dieselben Kerker, in denen sich Chris von der Flotilla mit der Handala befand, mit der wir so oft bei anderen Missionen waren. Unter diesen 9.000 Palästinenserinnen und Palästinensern in diesen israelischen Kerkern sind fast 400 Kinder.

Aufgrund ihrer Solidarität und unserer Solidarität mit ihnen müssen wir stets das Ende dieses kolonialen Apartheid-Systems fordern, das sich in acht Jahrzehnten des Völkermords und der ethnischen Säuberung etabliert hat und das nicht von einer Religion, sondern von einer rassistischen, sich überlegen wählenden Ideologie namens Zionismus errichtet wurde. Es ist sehr wichtig, dass wir diese beiden Dinge auseinander halten.

Wir sind auch hier, um zu sagen, dass wir gerade jetzt die entscheidenden Momente unserer Generation erleben. Zweifelt keine Sekunde daran. Jeder, der nach uns kommt – eure Kinder, eure Enkelkinder, deren Kinder – wird von diesem Moment als dem Höhepunkt aller Krisen sprechen. Davon, dass eine imperialistische Krise und ihre neoliberale Ideologie, die beide Teil desselben kapitalistischen Systems von Ausbeutung, Unterdrückung und Naturzerstörung sind, gerade jetzt die ganze Welt, die Menschheit und alle Lebensformen aufs Spiel setzt. Alle werden uns fragen, was wir in diesem entscheidenden Moment getan haben.

Es ist sehr wichtig, sagen zu können, alles uns Mögliche getan zu haben. Denn sie werden darüber sprechen: über die Gruppe der Milliardäre der großen Tech-Unterneh-

men und vieler anderer Konzerne, über die Länder, die sich mitschuldig gemacht haben, über eine Gruppe von Pädophilen, über den wegen Kriegsverbrechen hier vom IStGH gesuchten Kriminellen Benjamin Netanjahu und sein Umfeld. Er versuchte, seiner Verhaftung wegen all der Verbrechen zu entgehen, die er an den Kindern von Gaza begangen hat, als er sie zu Tode hungern ließ, und versuchte, sich an die Spitze eines sogenannten Friedensprozesses zu stellen, ebenso wie sein Mitführer, ein weiterer Kriegsverbrecher, der größte aller Pädophilen, Donald Trump.

Und wir müssen sicherstellen, dass wir ihnen nicht erlauben, ihre Pläne zur Weltherrschaft zu verwirklichen, auch nicht deren Versuch, uns diese Lüge vom sogenannten Friedensrat zu verkaufen. Dieser Rat hat nichts mit Frieden zu tun. Man könnte sagen, dass dies der Rat des Staatsterrorismus und des Konzernterrorismus in der Welt ist. Es ist sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass ihr sogenannter Waffenstillstand, der bald fünf Monate andauert, dem palästinensischen Volk nur Tod, Zerstörung, den Verlust von Souveränität und Selbstbestimmung gebracht hat. In diesen fast fünf Monaten wurden in Gaza 618 Menschen durch Bomben, Drohnen, Gewehre und Panzer getötet.

Wenn das in Amsterdam geschähe, würde man es einen Waffenstillstand nennen? Doch das palästinensische Volk wird entmenschlicht. Würden Sie es einen Waffenstillstand nennen, wenn durchschnittlich nur 200 Lastwagen pro Tag nach Gaza einfahren, während die Vereinten Nationen erklärten, dass mindestens 1.500 Lastwagen pro Tag das notwendige Minimum für den Nahrungsbedarf des palästinensischen Volkes darstellen? Würden Sie es einen Waffenstillstand nennen, wenn ein internationaler „Friedensrat“ Ihr Land besetzen und Ihnen alle Träume von Selbstbestimmung und Freiheit nehmen würde? Man würde es nicht als Waffenstillstand bezeichnen, wenn es in Amsterdam, in Rom, in London, in Berlin, in New York geschähe. Wir sollten das niemals einen Waffenstillstand nennen. Wir sollten das niemals einen Friedensplan nennen. Wir sollten es als das bezeichnen, was es ist: ein weiteres Instrument eines imperialistischen und zionistischen Projekts, das nicht nur Gaza und Palästina, sondern die ganze Welt beherrschen will.

Und wir müssen uns dem entgegenstellen. Wir müssen uns jetzt dem entgegen stellen, statt bis zum Abwurf von 2.000-Pfund-Bomben zu warten, wie sie so oft auch in diesen Tagen, seit fast drei Jahren nun, auf palästinensische Körper fallen. Wir dürfen nicht warten, bis sie zu eurem Zuhause kommen, denn die Menschen in Venezuela dachten vielleicht, dass es lange dauern könnte, bevor sie ihre Häuser erreichen, bis sie am 3. Januar bombardiert wurden und ihr Präsident sowie seine führende Mit-

kämpferin Celia Flores entführt und so viele Menschen in diesem Land getötet wurden.

Und das kubanische Volk, das seit 1959 Widerstand leistet, steht nun unter einer Seeblockade. Noch einmal: Es geht nicht um Mitleid mit dem kubanischen Volk, denn sie sind die freien Menschen dieser Welt. Wir haben Mitleid mit vielen von uns hier. Wir haben Mitleid mit den Menschen hier auf den Straßen, die in diesem rassistischen Land leben. Die freien Menschen dieser Welt sind in Havanna, sind in Caracas, sind in Teheran, sind in Dahieh im Libanon, sie sind in Palästina, überall um uns herum. Und wir müssen sicherstellen, niemals zu vergessen, diesen Aufruf zum Handeln niemals zu vergessen.

Ich habe die Aufgabe, eine unersetzliche Person namens Greta Thunberg zu vertreten. Sie kann nicht hier sein, wie bereits erklärt wurde, weil sie ebenfalls eine wichtige Aufgabe erfüllt. Sie ist gerade in Tunesien bei unseren Mitstreiter\*innen, in Solidarität mit ihnen, wie wir es alle sein müssen.

Die Freilassung unserer fünf Mitstreiter\*innen ist ein notwendiger Schritt, denn wir wissen: wenn sie versuchen, neue Präzedenzfälle zu schaffen, wenn sie versuchen, unsere Flotilla zu kriminalisieren, wird der Krieg, den wir gerade erleben, noch viel schlimmer werden.

Denn ganz ehrlich: jeder Versuch, eine humanitäre Mission zu behindern, ist ein Verbrechen, denn das vorläufige Urteil des IGH besagt, dass humanitäre Missionen nach Gaza nicht behindert werden dürfen, da Gaza unter einem Völkermord durch Israel leidet.

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns alle um die humanitären Missionen kümmern, die nach Gaza gehen. Es ist wichtig, dass wir uns alle um die Menschen kümmern, die in all diesen Ländern Widerstand leisten, weil es ihre Pflicht und ihre Berufung ist, dies in dieser Generation zu tun. Ebenso wie die Geschichte des antikolonialen Kampfes als Teil der Geschichte der Revolutionen alle Menschen, die frei sein wollen, lehrt, was zu tun ist.

Es ist unsere Pflicht, uns um die konkreten Aktionen zu kümmern, die überall stattfinden, um die Organisator\*innen in den Gewerkschaften, um die Menschen, die Boykotte durchführen, um die Menschen, die die Algorithmen knacken und die Lücken in den sozialen Medien finden, um weiterhin die Aussagen von Parlamentarier\*innen, von Hafenarbeitern, aus der Studentenbewegung zu verbreiten. Alle sind vereint in der großen historischen Aufgabe unserer Generation. Die Zeiten sind hart.

Ihre Reaktion auf den Aufstand vom September und Oktober letzten Jahres führte dazu, dass der Völkermord nicht mehr so fortgesetzt werden konnte wie bisher. Sie mussten umdenken. Anstatt zu erklären, das palästinensische Volk nach Eritrea, in den Südsudan, nach Somaliland und an viele andere Orte umsiedeln zu wollen, be-

gann Trump so zu tun, als sei er ein Verfechter des Friedens, und das verwirrte die Menschen. Er verwirrte die Menschen in eurer Familie, an eurem Arbeitsplatz und überall sonst. Wir müssen klarstellen, dass es keinen Waffenstillstand gibt, dass es keinen Friedensrat gibt, und wir müssen weitermachen, denn wir haben gerade gesehen, wie Trump selbst, als er den Waffenstillstand verkündete, einräumte: „Ich habe Netanjahu angerufen und ihm am Telefon gesagt, dass er nicht allein gegen die ganze Welt kämpfen kann.“

Wir sind die ganze Welt. Wir sind diejenigen, die die schrecklichste, zerstörerischste und gefährlichste Militärmacht der Geschichte besiegt haben. Und das müssen wir wieder tun. Wir können das wieder tun.

Ich freue mich und habe die Ehre, hier verkünden zu dürfen, dass die neue globale Sumud-Flotilla in Kürze ihre Segel setzen wird. Und nicht nur das. Mit 42 Booten waren wir kurz davor, diese schreckliche 19-jährige Belagerung des Gazastreifens zu durchbrechen. Jetzt fahren wir mit über 100 Booten. Jetzt fahren wir mit Tausenden von Menschen. Wir fahren mit Hunderten von Ärzten. Wir fahren mit Fachleuten für ökologisches Bauen, wir fahren mit Lehrern. Wir bringen Hilfe, jede Menge Hilfe. Wir bringen genug Material mit, um eine ganze Grundschule in Gaza zu bauen. Wir werden einen Landkonvoi

haben. Wir werden einen parlamentarischen Kongress abhalten. Wir können all diese Mobilisierungen realisieren, weil wir wissen, dass die Zeit gekommen ist. Und wir zählen auf euch alle bei diesem globalen Aufstand. Wo auch immer ihr seid, der entscheidende Moment ist für uns gekommen um zu sagen, dass wir uns niemals von Milliardären, von Pädophilen, von den großen Tech-Konzernen regieren lassen werden. Dass wir eine Gesellschaft aufbauen müssen, frei von Ausbeutung, frei von Unterdrückung und frei von der Zerstörung der Natur. Vielen Dank, dass wir hier sein dürfen. Hört niemals auf, an eure Kraft zu glauben.

Wir werden dafür sorgen, dass die Gesellschaft, in der wir leben, auf Liebe, Solidarität und Fürsorge aufgebaut ist. Dass das gesamte palästinensische Volk und alle Menschen dieser Welt ihr Recht auf ein Leben in Frieden und Gerechtigkeit realisieren können. Und wir werden Seite an Seite mit ihnen stehen, in dem Bewusstsein, dass sie die freien Menschen dieser Welt sind und wir ihren Fußstapfen folgen auf dem Weg zur vollständigen Befreiung des gesamten Planeten. Vielen Dank, dass wir hier sein dürfen.

Video-Übertragung: <https://www.youtube.com/watch?v=AR8ApSBjBgg> (ab 1:28:42)

Übersetzung: Redaktion von ‚Sand im Getriebe‘

## Die Global Sumud Flotilla



Die Global Sumud Flotilla ist "eine globale Bewegung von Menschen, die sich berufs- und kontinentübergreifend zusammenschließen, um die Menschenwürde und das Völkerrecht hochzuhalten, bei deren Schutz Regierungen versagen.“ Ihre Aktion im Frühjahr 2026: Über 70 Boote, über 1.000 Teilnehmer aus über 70 Ländern.

Entstanden als direkte Antwort auf einen Aufruf von Palästinensern aus Gaza, bleibt die Global Sumud Flotilla unter palästinensischer Führung und wird von Basisbewegungen weltweit getragen. Unser Ziel ist es, diese Einsätze in eine dauerhafte politische Kraft und ein Modell zur Nachahmung für weltweite Gerechtigkeit zu verwandeln.

„Wir sind unabhängig, international und keiner Regierung verbunden. Wir bekräftigen, dass die Souveränität über palästinensisches Territorium und Wasser allein den Palästinensern gehört. Unsere Bewegung steht für die Millionen Menschen, die Rechenschaft einfordern, sich Komplizenschaft entgegenstellen und in Aktion treten, wenn Institutionen sich weigern zu handeln.“

Aus: <https://globalsumudflotilla.org/about/>

Berichte: <https://globalsumudflotilla.org/press/>

<https://www.sand-im-getriebe.org/aktuell/global-sumud-flotilla>

### Die Ziele der Global Sumud Flotilla im Frühjahr 2026:

Unterstützung leisten, um die Blockade Gazas zu durchbrechen; lebenswichtige Hilfsgüter liefern; einen zivilen maritimen Korridor schaffen; den Wiederaufbau unterstützen; der Komplizenschaft bei der Blockade die Stirn bieten; ein Katalysator für globale Aktionen von unten sein. Aus:

<https://globalsumudflotilla.org/#mission-goals>

### Überfall auf hoher See

Am **29. April 2026** wurden Boote von der israelischen Marine in internationalen Gewässern angegriffen, aufgebracht, 180 TeilnehmerInnen verschleppt und physisch und psychisch misshandelt. ([Bericht](#)). **Thiago Avila** wurde zusammen mit **Saif Abukeshek**, einem spanisch-schwedischen Staatsbürger mit palästinensischen Wurzeln nach Israel entführt und eingesperrt. **11 Staaten** (aus Europa nur Spanien), **internationale Rechtsorganisationen und Amnesty International** forderten die Freilassung der Flottillenaktivisten ([PM, 4. Mai](#)). Das Büro des [UN-Hochkommissars für Menschenrechte](#) forderte ebenfalls deren Freilassung und die Aufhebung der Blockade von Gaza. Die brasilianische Botschaft bestätigte Vorwürfe Thiagos über Folter, Schläge und Misshandlung. Erst nach 10 Tagen wurden sie frei gelassen.

Bei dem zweiten Überfall am **18. Mai** wurden 428 TeilnehmerInnen nach Israel verschleppt und erst nach 4 Tagen wieder frei gelassen. Auch sie berichteten von Folter, psychischer und sexueller Gewalt. ([PM, 22. Mai 2026](#))

## Moderatorin Tanya Sing

Vielen Dank. Ich möchte nun unsere zweite Runde ausgezeichneten Redner vorstellen:

**Omar Barghouti**, palästinensischer Menschenrechtsaktivist

und Mitbegründer der Boykott-, Divestment- und Sanktionsbewegung,

**Jeremy Corbyn**, Mitglied des britischen Parlaments und Mitglied des Kabinetts von Progressive International,

**Varsha Gandikota-Nellutla**, Generalsekretärin der Haager Gruppe und Mitkoordinatorin von Progressive International. Und zu meinem großen Glück meine Mentorin im vergangenen Jahr. Willkommen auf der Bühne.

## Omar Barghouti

# Wir können uns durchsetzen. Wir werden uns durchsetzen.

Amsterdamer Konferenz am 7. März 2026

<https://act.progressive.international/peoples-congress/>

*In seiner Rede auf dem Volkskongress der Haager Gruppe argumentierte Omar Barghouti, dass der live übertragene Völkermord in Gaza einen Wendepunkt darstelle, an dem die USA und Israel jeglichen Anschein, die Menschenrechte und das Völkerrecht zu achten, abgelegt haben. Damit wird uns eine Ordnung der „Macht der Stärkeren“ aufgelegt, die die gesamte Menschheit bedrohe. Er vertritt die Auffassung, dass der Aufbau einer Basisbewegung die einzige wirksame Antwort auf die Komplizenschaft von Staaten und Unternehmen bei Gräueltaten sei.*



„Palästina ist wirklich der Mittelpunkt der Welt“, sagt [Angela Davis](#). Dies könnte gleichzeitig zwei Bedeutungen haben, die gleichermaßen zutreffend sind. Erstens hat Israels „völlige Straffreiheit“ – ermöglicht durch den kolonialistischen Westen – mit dem weltweit ersten live im Internet übertragenen Völkermord in Gaza eine Ära eingeläutet, in der das Recht des Stärkeren gilt. Dies hatte man seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen, und es stellt eine Bedrohung für die gesamte Menschheit dar, nicht nur für die Palästinenser\*innen.

Die gegenwärtige Phase des US-Imperialismus – die in ihrer [völligen Abkehr von jeglichem Anschein von Menschenrechten, Demokratie, Frieden](#) oder Völkerrecht beispiellos ist – baut auf Doktrinen und Mechanismen auf, die Israel an den Palästinenser\*innen erprobt hat, und wird durch diese bestärkt. Der Widerstand gegen die neue, unverhüllte, zerstörerische Phase des Imperiums muss daher damit beginnen, Israels anhaltenden Völkermord und seine Straffreiheit zu beenden. Die palästinensische Zivilgesellschaft hat von Beginn des Völkermords

an davor [gewarnt](#), und der kolumbianische Präsident Gustavo Petro hat [es treffend formuliert](#): „Gaza ist nur das erste Experiment, um uns alle als entbehrlich zu erachten.“

Die zweite Konsequenz aus Davis' Behauptung ist, dass der Widerstand gegen diese Ordnung, in der das Recht des Stärkeren gilt, *in Palästina beginnt* – mit der Erkenntnis, dass die Kämpfe für Befreiung, für Gerechtigkeit und gegen jegliche Formen von Unterdrückung, Rassismus und Vorherrschaft weltweit miteinander verflochten sind. Der [illegale und verheerende Angriff Israels und der USA auf den Iran](#), der einen katastrophalen regionalen Krieg auslöste, beweist, dass es zur Vermeidung eines Dritten Weltkriegs vor allem darauf ankommt, Israel unverzüglich zu stoppen und die Regierung sowie ihre Komplizen zur Rechenschaft zu ziehen.

Nachdem die meisten Staaten, darunter auch zahlreiche unerträglich kolonialistische europäische Staaten, dem selbsternannten Weltherrscher freie Hand lassen, und mit Israels „Dream Team“ an der Spitze des Weißen Hauses und des US-Kongresses, kann es ziemlich riskant sein, sich solidarisch mit der Freiheit und Gerechtigkeit Palästinas zu zeigen, wie es sich die Haager Gruppe auf die Fahnen geschrieben hat. Doch es ist absolut notwendig. Wie Antonio Gramsci sagte: „Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster.“ Die Einhaltung des Völkerrechts beginnt damit, dass man sich nicht länger an Gräueltaten beteiligt, wo auch immer diese begangen werden – sei es in Palästina, im Sudan, im Kongo oder sogar bei der kriminellen Blockade Kubas. Dies ist unerlässlich, um die Menschheit vor dem Abstieg in den dystopischen Abgrund Israels und der USA zu bewahren.

Unsere Theorie des Wandels in der BDS-Bewegung zielt darauf ab, eine kritische Masse an *Volksmacht* aufzubauen, um politische Veränderungen zu bewirken – von der Basis bis in die höchsten Ebenen. Um einem Unterdrückungssystem Widerstand zu leisten und es zu zerschlagen, brauchen die Unterdrückten unweigerlich Macht: unter anderem wirksame Solidaritätsmacht, Basis-Macht, intersektionale Koalitionsmacht, Medienmacht, kulturelle Macht und die Macht des juristischen Aktivismus. Mit der Unterstützung von Millionen Menschen weltweit setzen wir dieses Projekt um.

Vor einigen Monaten forderte der israelische Ministerpräsident Netanjahu, der vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht wird, in schockierender Weise, Israel solle zu einem „*Super-Sparta*“ werden, und räumte damit faktisch zum ersten Mal die beispiellose weltweite Isolation Israels ein. Selbst der von Adelson und Epstein angeschlagene US-Präsident Trump warnte Israel [in seiner jüngsten Rede](#) vor dem israelischen Parlament vor seiner weltweiten Isolation und sagte mit seiner unendlichen Beredsamkeit: „Da draußen in der Welt wurde es langsam etwas unangenehm. Und letztendlich gewinnt die Welt. Man kann die Welt nicht besiegen ...“

Diese Welt, das sind wir – wir alle, die wir uns beharrlich und strategisch dafür einsetzen, Israels Völkermord zu beenden und seine kolonialistische Apartheid zu zerschlagen. Die BDS-Bewegung war die [treibende Kraft](#) hinter der Isolierung des Apartheidstaates Israel, wie das israelische Establishment wiederholt eingeräumt hat. Es steht außer Frage, dass jeder akademische, kulturelle oder sportliche Boykott, jede Desinvestition, jede ethische Beschaffungspolitik, jede „Apartheid-freie Zone“ (AFZ) sowie jeder Druck zugunsten von Militär- und Energieembargos oder einer maritimen Isolierung der Apartheid zu unserer Befreiung beiträgt.

Man sagt oft, Hoffnung sei keine Strategie. Das ist wahr, doch die Unterdrückten mit Hoffnungslosigkeit zu geißeln, gehört zu den verhängnisvollsten Waffen, die die Unterdrücker einsetzen. Die BDS-Bewegung, angeführt von der größten palästinensischen Koalition im historischen Palästina und im Exil, nährt radikale Hoffnung, indem sie unsere unbeschreibliche Trauer und Wut in prinzipientreue, strategische Energie umwandelt, um die Macht des Volkes zu stärken und die Mittäterschaft zu beenden.

Die Palästinenser\*innen sind sich in unzähligen Dingen uneinig. Aber der fast einhellige Konsens unter ihnen fordert von Menschen mit einem Gewissen und von der Solidaritätsbewegung weltweit zwei Dinge:

1. die umfassenden Rechte des palästinensischen Volkes im Rahmen des Völkerrechts zu stärken – zu-

mindest ein Ende der Besatzung und der Apartheid sowie das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr und auf Wiedergutmachung zu erwirken, und:

2. niemandem Schaden zuzufügen. Diese tiefgreifenden ethischen Verpflichtungen bedeuten, dass wir uns dafür einsetzen müssen, jegliche Form der staatlichen, unternehmerischen und institutionellen Mittäterschaft an Israels Verbrechen gegen unser Volk zu beenden.

Angesichts einer Bedrohung stehen Menschen und Tiere gleichermaßen oft vor der Entscheidung „kämpfen oder fliehen“. Ebenso kann es vorkommen, dass Nationen, wenn sie einer gemeinsamen Bedrohung ausgesetzt sind, sich entweder für den Kampf entscheiden oder durch Beschwichtigung und unter Druck versuchen, ihre eigene Haut zu retten, was den Zusammenhalt schwächt und ihre Verwundbarkeit erhöht. Wenn sie sich zum Kampf entschließen, können sie dies allein oder gemeinsam mit anderen Nationen tun, die derselben Bedrohung ausgesetzt sind. In der „Zeit der Monster“, wie Gramsci sie nennt, ist die Bildung einer möglichst breiten Koalition, um gemeinsam für die Menschheit zu kämpfen, keine Wahl, sondern eine existenzielle Notwendigkeit.

Abschließend sei gesagt, dass einige in der Solidaritätsbewegung von „Genozid-Müdigkeit“ und Hoffnungslosigkeit sprechen. Nun, die Palästinenser\*innen können es sich nicht leisten, des Völkermords überdrüssig zu werden oder die Hoffnung aufzugeben. Außerdem [sagt](#) der britisch-pakistanische Schriftsteller Nadeem Aslam: „Verzweiflung muss man sich erst verdienen. Ich persönlich habe nicht alles in meiner Macht Stehende getan, um etwas zu verändern. Ich habe mir das Recht zur Verzweiflung noch nicht verdient.“ Da diese Komplizenschaft fortbesteht, bedarf es einer echten Solidarität, um ihr ein Ende zu setzen – um keinen Schaden anzurichten.

Palästina mag nun der Mittelpunkt der Welt sein oder auch nicht, doch heute ist es die Nagelprobe dafür, ob die Menschheit – die globale Mehrheit im Süden wie im Norden – in der Lage ist, damit zu beginnen, fünf Jahrhunderte weißer Vorherrschaft, Kolonialismus und Versklavung zu überwinden. Palästina, das unbeschreibliche Leid erdulden muss, sollte die Welt dazu inspirieren, sich den Unmenschen zu widersetzen, um Befreiung, Gerechtigkeit, Würde und Gleichberechtigung zu erlangen.

Wir können uns durchsetzen.

Wir werden uns durchsetzen.

*Omar Barghouti ist Mitbegründer der BDS-Bewegung für palästinensische Rechte und Träger des Gandhi-Friedenspreises 2017.*

<https://progressive.international/wire/2026-03-19-we-can-prevail-we-shall-prevail-de/>

## Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen



Inspiriert vom Kampf der Südafrikaner\*innen gegen Apartheid ruft die palästinensische Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel auf, bis dieses internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt.

Die BDS-Bewegung wurde von 170 palästinensischen Gewerkschaften, politischen Parteien, Flüchtlingsnetzwerken, Frauenorganisationen, Berufsverbänden, Volkswiderstandskomitees und anderen Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft 2005 ins Leben gerufen.

Inspiriert von der südafrikanischen Anti-Apartheid-Bewegung wird im BDS-Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft gefordert, gewaltlos Druck auf Israel auszuüben, bis es das Völkerrecht einhält und folgende drei Forderungen erfüllt:

1. Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Lands zu beenden und die Mauer abzubauen
2. Anerkennung des Grundrechts der arabisch-palästinensischen Bürger\*innen Israels auf völlige Gleichheit
3. Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.

BDS will ein Ende der internationalen Unterstützung für israelische Verstöße gegen das Völkerrecht herbeiführen, indem Unternehmen, Institutionen und Regierungen dazu gebracht werden, ihre Politik zu ändern.

Wenn israelische Unternehmen und Institutionen isoliert werden, wird es für Israel schwieriger, Palästinenser\*innen weiterhin zu unterdrücken.

Quelle: *What is BDS?* <https://bdsmovement.net/what-is-bds>

### Deutschlandweiter BDS-Aufruf (2015)

Wir unterstützen den [Aufruf](#) der palästinensischen Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2005 zur gewaltfreien und weltweiten BDS-Bewegung ([www.bds-kampagne.de](http://www.bds-kampagne.de)), die durch Boykott, Desinvestment (Kapitalentzug) und Sanktionskampagnen Israel veranlassen will, seine Kolonialpolitik aufzugeben.

Alle bisherigen zum Palästinakonflikt getroffenen Resolutionen der Vereinten Nationen sowie Konferenzen und Abkommen haben Israels Regierungen nicht von ihrer expansionistischen und Menschenrechte verachtenden Politik abbringen können. Es fehlt vor allem an der Bereitschaft der Bündnispartner Israels, der USA sowie der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, den erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Druck auf Israel auszuüben. Druck aber tut Not.

BDS-Kampagnen umfassen Aktionen gegen die wirtschaftliche, militärische, wissenschaftliche, kulturelle und sonstige gesellschaftliche Zusammenarbeit des Auslands mit Israel.

Ausführliche Informationen gibt es hier:

<https://bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/>

Zum Beispiel:



<https://bds-kampagne.de/palantir-ist-ein-vorrangiges-bds-ziel/>

**25. Mai 2026 - Fast 700 Studierende der Universität Leipzig stimmten am 19. Mai dafür, dass ihre Universität alle Verbindungen zu israelischen akademischen Institutionen wegen des Völkermords in Gaza abbricht.**

Die verabschiedete Forderungsliste fordert die Universität auf, den Völkermordcharakter des israelischen Krieges gegen Gaza anzuerkennen und zu verurteilen, einschließlich des dort stattfindenden „Scholazids“ – ein Begriff, der die systematische Zerstörung von Bildungseinrichtungen, Studierenden und Mitarbeitern beschreibt. Die Kooperationen der Universität umfassen umfangreiche Studentenaustauschprogramme, laufende direkte Forschungsprojekte und Partnerschaften mit verschiedenen Institutionen in Israel, denen vorgeworfen wird, die illegale Besiedlung palästinensischen Landes voranzutreiben. Quelle: [middleeasteye](https://middleeasteye.com), 25.5.2026

**Deutsch-Palästinensische Gesellschaft:  
BDS nicht mit Antisemitismus gleichsetzen  
in [SiG 132](#) (2019), S. 12**

**Sophia Deeg (2016)  
Zehn Jahre Boycott – Divestment – Sanctions  
(BDS) – eine Bilanz, in [SiG 119](#) (S.17-18)**

# Varsha Gandikota-Nellutla

## Die Haager Gruppe verkörpert den Geist der Menschen des globalen Südens

Amsterdamer Konferenz am 7. März 2026  
<https://act.progressive.international/peoples-congress/>



Guten Abend allerseits. Mein Name ist **Varsha Gandikota-Nellutla**, ich bin die Geschäftsführerin der Haager-Gruppe, und es ist mir eine große Ehre, Sie alle zum heutigen Volkskongress willkommen zu heißen.

Vor zwei Jahren war ich auch in den Niederlanden und hatte die große Ehre, anlässlich der Klage Südafrikas gegen Israel wegen dessen historischen Verstoßes gegen die Völkermordkonvention gemeinsam mit der südafrikanischen Delegation in die große Halle des Internationalen Gerichtshofs zu gehen, in den Friedenspalast des IGH. Wenn man die große Halle betritt, die eigentlich ziemlich klein ist, ist man von diesen monumentalen Buntglasfenstern umgeben, über die ich später erfuhr, dass sie eine Spende waren, eine Spende von 1,5 Millionen Dollar von dem amerikanischen Philanthropen Andrew Carnegie, und die Entwicklung des Friedensideals darstellen sollen, das in der Gründungsmission des Internationalen Gerichtshofs verankert ist und von der Erweiterung des Rechtsbewusstseins der zivilisierten Welt handelt. Die Erweiterung des Rechtsbewusstseins der zivilisierten Welt auf diejenigen von uns, die in noch „primitiven Gesellschaften“ feststecken – dies wird in diesen monumentalen Buntglasfenstern im Inneren der großen Halle dargestellt.

Was ist das rechtliche Gewissen der zivilisierten Welt? Ein Gewissen, das zulässt, dass Diebe mitten in der Nacht in ein Land einfallen und den Präsidenten einer souveränen Nation in Venezuela entführen.

Eines, das eine kleine Insel wie Kuba brutal belagert und sich nicht damit begnügt, dort Kinder zu töten, sondern

Länder in der gesamten Karibik zwingt, kubanische Ärzte auszuweisen, die Kindern medizinische Hilfe leisten – nur weil Kuba es gewagt hat, eine andere Form von Welt zum Leben zu erwecken, eine Welt, die auf Würde und Gleichheit basiert.

Eines, das einen illegalen, dreisten und rechtswidrigen Angriff auf den Iran führt und 168 junge Mädchen tötet, unter dem Vorwand, sie zu befreien.

Wenn der US-Außenminister Marco Rubio hierher auf diesen Kontinent nach München kommt und von einem erneuten Aufruf zur Zivilisation spricht, von einer neuen Verteidigung eines zivilisatorischen Bündnisses, so ist das für keinen von uns neu, für keinen von uns Völkern des globalen Südens. Wir kennen das zivilisatorische Bündnis. Es ist das, was die Niederländische Ostindische Kompanie verteidigte, als sie die ganze Bevölkerung der Banda-Inseln massakrierte, nur um ein Monopol über Muskatnüsse für den Gewürzhandel aufrechtzuerhalten. Es ist das, was Ihr Nachbar hier in Belgien verteidigte. Dieselbe zivilisatorische Allianz, die – wie ich hinzufügen möchte – 20 Jahre nach der Gründung des Internationalen Gerichtshofs den kongolesischen Führer Patrice Lumumba ermordete und nichts als einen einzigen Zahn zurückließ, der vor zwei Jahren an seine Familie zurückgegeben wurde.

Es ist dasselbe zivilisatorische Bündnis, das dem palästinensischen Volk eine 77 Jahre währende Nakba aufgezungen hat – eine permanente Kampagne des Siedlerkolonialismus, der Apartheid und des Völkermords, die Nakba, die niemals endete.

Als ich also an jenem Tag in dieser Halle zu diesen Buntglasfenstern hinaufblickte, sah ich darin sicherlich nicht meine Freunde aus Südafrika. Ich sah in diesen Buntglasfenstern auch nicht den Geist der Menschen meines Landes Indien. Wir waren nicht dort, um das Rechtsbewusstsein der zivilisierten Welt zu bekräftigen.

Wir waren dort, um den Palast mit dem trotzigem Gewissen der kolonialisierten Völker der Welt zu stürmen. Und genau das brachte Südafrika an jenem Tag vor den Internationalen Gerichtshof.

Und genau das kann Israel nicht tolerieren. Innerhalb von zwei Stunden rief Premierminister Netanjahu eine dringende Pressekonferenz ein. Er trat vor die Öffentlichkeit, um als Reaktion auf Südafrikas Klage nur eines zu sa-

gen: „Niemand kann uns aufhalten. Nicht einmal die Haager Gruppe.“ Genau deshalb wurde die Haager Gruppe gegründet. Das hätte nicht sein müssen. Unsere bestehenden rechtlichen Institutionen – der Internationale Strafgerichtshof, der Internationale Gerichtshof, die Vereinten Nationen – hätten ausreichen müssen, um einen zwei Jahre andauernden Völkermord zu stoppen, der live auf unsere Fernseher und auf unsere Handys übertragen wurde. Aber das taten sie nicht. Angesichts einer internationalen Ordnung, die sich lieber selbst zerstören würde, als sich für die Palästinenser einzusetzen und Israel zur Rechenschaft zu ziehen, schlossen sich Südafrika, Kolumbien und Malaysia mit sechs Ländern des Globalen Südens über drei Kontinenten zusammen, um Maßnahmen zu ergreifen, die die Komplizenschaft unterbinden und die Straflosigkeit beenden, um die materiellen Lebensadern der Völkermordmaschine zu durchtrennen. Nicht, um Erklärungen abzugeben, schon gar nicht, um die Lage zu überwachen oder Verurteilungen auszusprechen.

Sie sagten: "Wir werden keine Waffen exportieren. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Häfen genutzt werden, um Waffen und Militärtreibstoff nach Israel zu schicken. Wir werden israelische Kriegsverbrecher zur Rechenschaft ziehen. Und wir werden sicherstellen, dass das Steuergeld unserer Bevölkerung, unsere Verträge und unsere staatlichen Mittel nicht dazu dienen, Israels illegale Besatzung in Palästina zu festigen." Nun, das ist nichts Neues, nichts Radikales. Es ist sicherlich kein neues Völkerrecht. Es ist das absolute Minimum. Wie einer der Redner direkt vor mir sagte, ist es das absolute Minimum.

Was für mich jedoch an diesen Regierungen und Staaten, die so handeln, historisch ist, ist, dass sie den Geist der Menschen des globalen Südens verkörpern, die sich weigerten, unser Land und unsere Arbeitskraft dazu zu nutzen, das Blut unserer widerstehenden palästinensischen Freunde zu vergießen.

Und genau das macht jenen Angst. Dort werden wir den Sieg des südafrikanischen Kampfes gegen die Apartheid wiederholen, der – wie sich viele von Ihnen in diesem Raum erinnern werden – genau auf diese Weise begann. Er begann mit den nationalen Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent.

Jahre später ging es nach Genf, um ein UN-Waffenembargo zu erwirken, und acht Jahre später nach Neu-Delhi in Indien, um weltweit breit angelegte Handelssanktionen zu erreichen, die das Apartheidregime isolierten, bis es schließlich fiel und das südafrikanische Volk befreit wurde.

Aber genau deshalb bestrafen sie uns auch. Nicht nur die einzelnen aktivistischen Gewerkschaften, Führungspersonlichkeiten sozialer Bewegungen, mit denen ich heute die große Ehre hatte, den Tag zu verbringen, sondern auch die Regierungen, indem sie Zölle gegen Kolumbien verhängen, mit der Bombardierung seiner Grenzen drohen, Zölle gegen Südafrika verhängen, Behauptungen über einen erfundenen "weißen Völkermord" aufstellen und sich dreist in die Wahlen in Honduras einmischen. Diese Woche erhielt mein Büro eine Rücktrittsmitteilung, einen Brief des neu gewählten Präsidenten von Honduras, Nasry Asfura, in dem er den Austritt aus der Haager Gruppe ankündigt. Dieser neu gewählte Präsident, der mit der unrechtmäßigen Unterstützung von Präsident Trump und unter dreister Einmischung gewählt wurde, dessen erste Amtshandlung nach dem Wahlsieg – noch bevor er sein Amt als designierter Präsident antrat – darin bestand, nach Israel zu reisen.

Aber sie tun das. Es ist wichtig, sich dies vor Augen zu halten, denn sie haben Angst. In derselben Woche, am Mittwoch dieser Woche, versammelte die Haager-Gruppe 40 Nationen der Welt. Nicht die acht, die wir bei der Gründung hatten. Nicht die 31, die sich im April mit uns trafen. Nicht die 35, die im September zusammenkamen, sondern 40 Nationen der Welt, die sich versammelten, um zu beraten und Einreiseverbote für alle israelischen Kriegsverbrecher an allen Einreisehäfen zu verhängen. Das Wachsen des Geistes der Gruppe ist für mich das Wachsen desselben Geistes des erklärten Gewissens der unterdrückten Völker der Welt, des erklärten Gewissens der kolonialisierten Völker der Welt. Denn wenn wir von 40 auf 80, von 80 auf 100 anwachsen, wenn wir die ganze Welt erfassen, und die Herrschenden als das Imperium aus London und New York kommen, um uns zu bestrafen, werden sie sich am Ende selbst isolieren. Es ist wahr, dass wir als Völker des globalen Südens in Palästina und in dem, was in Palästina geschieht, ein Echo der dunklen Kapitel unserer eigenen Geschichte sehen. Aber ich möchte zum Abschluss ganz klar sagen: Wir betrachten uns nicht als Opfer der Geschichte. Der palästinensische Kampf, die unerschütterliche Würde der Palästinenser und ihr Widerstand erinnern jeden von uns daran, dass wir Akteure, und nicht Opfer der Geschichte sind. Ich sehe, dass viele von euch das Plakat mit den Maßnahmen der Haager Gruppe in der Hand halten, auf dem oben ein Zitat von Nelson Mandela steht, dass unsere Freiheit ohne die Freiheit der Palästinenser unvollständig ist. Ich möchte mir Mandelas Worte zu eigen machen. Der Kampf für die Befreiung Palästinas ist der Kampf, der uns alle befreien wird. In den Worten von Bobby Sands: „Unsere Antwort wird das Lachen unserer Kinder sein“. Danke!

# Jeremy Corbyn „Es liegt an uns“

Amsterdamer Konferenz am 7. März 2026  
<https://act.progressive.international/peoples-congress/>



Vielen Dank, Vasha, für diese absolut brillante Rede. Vielen Dank an alle anderen Redner, die uns heute Abend so viel Hoffnung und Inspiration geschenkt haben. Und vielen Dank an die Menschen aus Amsterdam, die heute Abend hierhergekommen sind, um sich diesem Akt der Solidarität mit dem palästinensischen Volk anzuschließen. In dieser atemberaubend schönen Kirche repräsentiert ihr eine Stadt, die gegen die Nazis und gegen die Besatzung aufgestanden ist. Wir sollten uns immer daran erinnern, welche Bedeutung der Kampf Anderer in unserem Leben hat und größtmögliche Solidarität üben, um Veränderungen nicht nur für sie, sondern auch für unser eigenes Leben herbeizuführen. Wenn wir also versuchen, die Geschichte des palästinensischen Volkes zu verstehen, müssen wir auch auf uns selbst schauen. Hätten wir mehr tun können? Hätten wir mehr tun sollen? Ich habe viel über die palästinensische Geschichte und vieles andere gelesen und frage mich oft, wo die solidarischen Menschen waren beim palästinensischen Aufstand in den 1930er Jahren. Wo war die Solidarität? Er wurde weltweit weitgehend ignoriert. Und ich denke, wir müssen jetzt die Notwendigkeit echter Solidarität mit dem palästinensischen Volk erkennen, wenn wir hier sagen, „Beendet die Nakba!“ - die Nakba war das Grauen von 1948, als all diese Menschen aus ihren Häusern vertrieben wurden und nach Gaza gingen. Sie gingen nach Gaza und haben dort in dieser ganzen Zeit überlebt. Und nun die Bombardierung von Gaza, die Tötung von 72.000 Menschen, von denen wir wissen, und es werden sicher noch viele weitere folgen. Sie sind die Kinder und Enkelkinder derer, die 1948 die erste Nakba erlebt haben.

Israel plant, die Menschen aus Gaza hinaus zu treiben, südwärts zum Grenzübergang Rafah und dann nach Ägypten. Die zweite Nakba.

Mit derselben Strategie will Israel das Westjordanland aufteilen und die Menschen nach Jordanien hinaustreiben. Das Ziel ist, das palästinensische Volk aus Palästina wegzuschaffen. Das ist der Wahnsinn der rechtsextremen Ultrazionisten in Israel. Wir müssen Nein sagen, sie werden das nicht tun. Es darf nicht zugelassen werden, das zu tun.

Und währenddessen noch der Horror der Kinder in israelischen Gefängnissen, die Art und Weise, wie viele Tausende in Administrativhaft gehalten werden, ohne Gerichtsverfahren, sie bleiben einfach Jahr für Jahr im Gefängnis und fragen sich, was geschieht. Und die ganze Zeit ist das palästinensische Volk mit ständigem Terror, Bombardements und Besatzung konfrontiert.

Man muss sich fragen: Wie schaffen sie das und wie überleben sie? Dank ihrer Stärke, dank ihrer Einheit, dank ihrer Entschlossenheit, weiterzumachen, um nicht mehr bombardiert und aus ihren eigenen Häusern vertrieben zu werden. Aber es liegt an uns, etwas zu ihrer Unterstützung zu tun, denn dieser Krieg hat vieles offenbart. Der jüngste Krieg findet statt, weil es seit 1948 und schon davor Krieg gab. Er hat offenbart, dass die weltweite Rüstungsindustrie mit der Bombardierung des palästinensischen Volkes riesige Gewinne erzielt. Und wie bereits erwähnt, wird es als Testgelände und Spielwiese für die weltweite Rüstungsindustrie benutzt. Ich bin mir nicht sicher, ob ich wirklich schon einmal von einer Aerosolbombe gehört hatte, bis ich mich sehr, sehr sorgfältig und sehr, sehr genau damit befasste. Und es ist etwas, das einen Körper bei mehreren tausend Grad Celsius verbrennen kann.

Ich war im August in Hiroshima anlässlich des 80. Jahrestags des Atombombenabwurfs auf Hiroshima im Jahr 1945. Auf dem Bürgersteig ist eine Silhouette zu sehen, wo ein Körper einfach verdampft wurde. Es gab keinerlei Spuren davon, außer dieser verbrannten Stelle auf dem Bürgersteig.

Das sind die Waffen, die derzeit gegen Palästinenser eingesetzt werden. Irgendwo in einem hochmodernen Waffenlabor in den Vereinigten Staaten ersinnt jemand diese Art von Waffen, wohl wissend, dass sie dazu dienen wer-

den, Zivilisten und Menschen in Gaza, im Westjordanland und in anderen Konflikten weltweit zu töten.

Ist es nicht an der Zeit, dass wir, wenn wir uns als zivilisiert bezeichnen, die Augen öffnen für die Macht der Rüstungsindustrie, für die Macht, die sie über nationale Regierungen hat, für die Macht, die sie besitzt, um das Leben der Menschen zu zerstören und ihre Hoffnungen zu vernichten? Wenn nur ein Zehntel dieser Technologie, ein Zehntel dieser Genialität, ein Zehntel dieser Systeme genutzt würde, um Wasserknappheit, Armut, Umweltzerstörung und so vieles andere zu bekämpfen. Lasst uns vom Kampf des palästinensischen Volkes lernen, dass wir all die anderen Probleme verstehen müssen, mit denen wir in dieser Welt konfrontiert sind.

Aber es hat auch viel über den korrupten und zerstörerischen Einfluss der Rüstungsindustrie auf jedes Land der Welt offenbart. Und ich weiß das aus eigener Erfahrung sozusagen, aber ich mache hier keinen Sonderfall geltend. Wenn man sich für den Frieden einsetzt, wenn man sich für Abrüstung einsetzt, kratzt man an sehr mächtigen Interessengruppen. Und diese sehr mächtigen Interessengruppen mögen das nicht. Sie nutzen ihre Freunde in den Massenmedien, um diese Menschen anzugreifen und zu isolieren.

Schauen Sie sich an, wie schändlich Francesca Albanese von der Rechten in den Vereinigten Staaten und der Rechten in ganz Europa behandelt wurde.

Und deshalb ist es wichtig, Menschen wie ihr beizustehen, wenn sie solche Schrecken durchleben. Diese Art Schrecken, die den Einzelnen ins Visier nimmt und letztlich tatsächlich den bürgerlichen Freiheiten von uns allen schadet. Denn je mehr sie versuchen, uns an Versammlungen, Protestmärschen und Demonstrationen zur Unterstützung des palästinensischen Volkes zu hindern, desto mehr nehmen sie der gesamten Gesellschaft ihre bürgerlichen Freiheiten.

Die britische Regierung hat eine Maßnahme durchs Parlament gedrückt, um gegen *Palestine Action* vorzugehen, und infolge dessen haben sie 2.000, hauptsächlich ältere Menschen, verhaftet und sie alle als Terroristen bezeichnet. Was war ihre terroristische Tat?

Das Hochhalten eines Plakats auf dem Parliament Square vor dem Parlament. All diesen Menschen drohen möglicherweise Gerichtsverfahren. Aber ich sage Ihnen: Jedes Mal, wenn sie das tun, gehen wir in noch größerer Zahl auf die Straße, um sie zu unterstützen. Das ist die Antwort, die man diesen Leuten geben muss.

Und wie Vasha bereits sagte, wurde die Haager Gruppe gegründet, um diese Nationen zusammenzubringen, die Koalition der Willigen sozusagen. Ich denke, dies ist

wirklich eine Koalition der Willigen – von Menschen, die bereit sind, sich zu erheben, bereit sind, sich zu Wort zu melden, bereit sind, ein Ende der Besatzung und ein Ende des Völkermords zu fordern, und bereit sind, dafür zu sorgen, dass die Urteile des IGH in der Absicht, den Völkermord zu beenden, tatsächlich umgesetzt werden. Und deshalb müssen wir diese Entscheidungen respektieren. Aber wir müssen auch erkennen, dass die Behandlung des palästinensischen Volks eine Missachtung des Völkerrechts, eine Missachtung der internationalen Ordnung ist. Und das ist nichts Neues. Das ist überhaupt nichts Neues.

Und das bedeutet, dass wir uns auch gegen die Strategie und die Außenpolitik der USA stellen müssen, denn die USA haben immer gesagt, Israel sei ihr engster strategischer Partner. Das haben sie immer gesagt, und deshalb sind, worauf viele oder zumindest einige Politiker in den USA hingewiesen haben, riesige Geldsummen an Israel gezahlt worden, um sicherzustellen, dass sie alle Waffen haben, die sie wollen, und sie haben alle bekommen, die sie wollen, und noch mehr. Sie sind also dieser strategische Partner. Wenn Donald Trump also beschließt, einen Krieg gegen den Iran zu beginnen, weiß er, dass Israel an seiner Seite stehen und diese hinterhältigen Taten gegen das iranische Volk begehen wird. Wenn wir also Gerechtigkeit für das palästinensische Volk fordern, können wir dann auch Frieden und Gerechtigkeit für das iranische Volk sowie für alle anderen Länder fordern, die derzeit bedroht sind.

Es sollte nicht überraschen, was Donald Trump derzeit tut, denn für diejenigen unter euch, die keinen empfindlichen Magen haben: Er hat im November eine Strategie für die USA für den Rest dieses – nun ja, den Rest dieses Jahrhunderts, soweit es ihn betrifft – vorgelegt. Und diese Strategie war sehr klar, recht gut geschrieben, sehr konkret. Die USA sind die mächtigste, größte Nation der Welt. Sie sind die größte Nation, die es je auf der Welt gegeben hat. Sie sind die größte Zivilisation, die die Welt je gesehen hat. Donald Trump ist der bedeutendste Mensch, der je gelebt hat, und weit bedeutender als jeder, der jemals in der Zukunft existieren wird. Er ist ein bescheidener Mann, aber er möchte, dass wir diese Dinge wissen. Und dann sagten sie: Wenn die USA natürliche Ressourcen brauchen, werden sie sich diese holen. Daher die Festnahme und nun die Inhaftierung des venezolanischen Präsidenten Maduro. Daher die Drohungen gegenüber dem kubanischen Volk. Daher der Wunsch, sich die natürlichen Ressourcen der westlichen Hemisphäre in Lateinamerika anzueignen. Und sie maßen sich das Recht an, auch in Afrika zu intervenieren.

Und so geht es weiter in dieser Strategie, beim derzeitigen Angriff auf den Iran und bei der Duldung und Unterstützung dessen, was Israel bei seiner Besetzung des Libanon und der Zerstörung des Lebens der Menschen im Libanon tut.

Und deshalb müsst ihr euch fragen: Was tun wir gegen all das? Wir müssen in unserer eigenen Gesellschaft Widerstand leisten. Jedes europäische Land hat eine Rüstungsindustrie. So gut wie jedes einzelne dieser europäischen Länder ist in der einen oder anderen Form an der Lieferung von Waffen beteiligt, die in Israel landen und schließlich dazu verwendet werden, palästinensisches Leben zu zerstören.

Und was mein Land Großbritannien betrifft, so liefern wir 15 % der Teile für jeden einzelnen F-35-Jet, der fliegt. Es gab Hunderte von Überflügen über den Gazastreifen durch die Royal Air Force von der RAF-Basis Akrotiri aus, und diese Informationen wurden alle an Israel weitergeleitet.

Ich habe im britischen Parlament darauf hingewiesen, dass nach Ansicht des IGH Völkermord begangen wird. Ich habe daher die britische Regierung aufgefordert, dies auch zu sagen. Wenn Sie genau wissen, dass in Gaza Völkermord begangen wird, und Sie Bomben, Waffen, Flugzeuge und Überwachungsinformationen liefern, die oft ebenso wichtig für den Angreifer Israel sind, dann machen Sie sich selbst mitschuldig an einem Völkermord, und Sie selbst verdienen es, vor einem internationalen Gericht angeklagt zu werden.

Und deshalb ist es wichtig, daraus diese Lehre für uns alle zu ziehen, denn in Europa kommt uns in all dem eine sehr wichtige Rolle zu. Die Europäische Union könnte, sollte und muss viel mehr tun. Sie könnte und sollte alle Waffenverkäufe an Israel sanktionieren. Sie könnte und sollte sich den Verfahren anschließen, die vor dem IGH und dem IStGH angestrengt wurden. Die europäischen Länder könnten und sollten sich alle der Haager Gruppe von Staaten anschließen, die entschlossen ist, das Völkerrecht insbesondere in Hinblick auf Völkermord durchzusetzen. Es liegt also an uns allen, dafür zu sorgen, dass wir die öffentliche Meinung mobilisieren, um das zu erreichen.

Es liegt also an uns allen, dafür zu sorgen, dass wir die öffentliche Meinung mobilisieren, um das zu erreichen. Und das bedeutet, jene sehr mutigen Arbeiter in verschiedenen Gewerkschaften zu unterstützen, Hafentarbeiter in Italien und anderen Ländern, die Maßnahmen ergriffen haben, um die Lieferung von Waffen zu verhindern. Jene Menschen zu unterstützen, die an so vielen anderen Orten das Regime aus Boykott, Investitionsverzicht und

Sanktionen gegen Israel vorangetrieben haben, wie Omar betont hat. Jene Menschen zu unterstützen, die ihre Stimme erhoben und ihre Regierungen gezwungen haben, entsprechend zu handeln.

Aber das wird nicht geschehen, ohne dass wir alle sehr viel Arbeit investieren. Und so möchte ich zum Abschluss nur noch Folgendes sagen: Wir befinden uns in einer bedrohlichen und sehr, sehr gefährlichen Zeit. Die Gefahr, dass der Krieg im Libanon, der Krieg im Iran, die Bombardierung des Gazastreifens und des Westjordanlands völlig außer Kontrolle geraten und in Richtung eines Atomkonflikts eskalieren, ist nicht ausgeschlossen. Das ist eine reale und allgegenwärtige Gefahr. Und wenn wir uns der Denkweise hinter der Militärstrategie der USA nicht entgegen stellen, dieser Vorstellung, dass sie sich Ressourcen von überall auf der Welt aneignen können, dann sind auch viele andere Menschen in Gefahr. Kuba ist in Gefahr. Venezuela ist in Gefahr. Grönland steht offenbar jetzt im Fadenkreuz von Donald Trump. Und so geht es weiter.

Werden wir als Menschen also tatenlos zusehen und sagen: „Nun, wir können nichts dagegen tun, weil die USA sehr mächtig sind? Donald Trump ist sehr mächtig“?

Oder werden wir uns solidarisch mit jenen mutigen Menschen in den USA zusammenschließen, die sich gegen Trump und gegen die von ihm vorangetriebene Politik stellen, was sowohl Unterstützung für das palästinensische Volk bedeutet, als auch für andere Teile der Welt.

Und so liegt es an uns. Es liegt an uns, die Agenda zu ändern. Es liegt an uns, die Dinge voranzubringen. Aber es liegt auch an uns zu erkennen, dass dies auf einer gewissen Ebene eine Zeit unglaublichen Stresses und Anspannung und fast schon Verzweiflung ist. Man sieht Krieg in der Ukraine, Krieg in Palästina, Krieg im Sudan, Krieg im Kongo, Krieg im Jemen.

Und dann sieht man den Wunsch der Europäischen Union und der NATO, die Verteidigungsausgaben für alle Mitgliedstaaten auf 5 % des BIP zu erhöhen. Und dann muss man den Menschen klarmachen, dass jeder Euro, jeder Dollar oder jedes Pfund, das für den Kauf weiterer Massenvernichtungswaffen ausgegeben wird, die letztendlich Menschen auf der ganzen Welt töten werden, ein Dollar, ein Euro oder ein Pfund ist, das nicht für Gesundheit, nicht für Bildung, nicht für Wohnraum, nicht für Umweltverbesserungen und nicht für die Dinge ausgegeben wird, die wir in dieser Welt brauchen.

Und so sind die Demonstrationen, die wir organisieren, die schnellste Form der Bildung überhaupt. Ich habe den Leuten immer gesagt: Wenn ihr wirklich etwas über die

Psychologie des Menschen, die Geschichte der Arbeiterbewegung, Arbeiterrechte oder sonst etwas lernen wollt, verbringt einfach eine Stunde an einer Streikpostenkette. Eine Stunde an einer Streikpostenkette. Ich bin sicher, Chris würde dem zustimmen. Man lernt unglaublich viel. Man lernt etwas über Solidarität. Man lernt etwas über einander. Man lernt, wie man Veränderungen herbeiführt. Und als Sally vorhin von diesen wunderbaren, mutigen Frauen bei Dun Stores in Dublin sprach, die die Anweisung ihrer Gewerkschaft während der Apartheidjahre keine südafrikanischen Waren anzufassen, genau befolgten. Sie alle litten schwer und sehr, aber sie wurden zu Heldinnen und sie wurden, wahrscheinlich ohne es selbst zu merken, zu einer erzieherischen Kraft, nicht nur in Irland, sondern auf der ganzen Welt.

Es sind diese Taten des Mutes und der Solidarität, die den Unterschied machen.

Und so hat Südafrika, das Südafrika, das unter der Apartheid litt, das ab 1948 unter dem neofaschistischen Regime der Nationalen Partei litt, das unter den Schüssen in Sharpsville litt, das unter den Schüssen in Soweto litt und unter so vielem anderen, schließlich das Joch der Apartheid abgeschüttelt, dieses widerwärtige Regime und sein Joch abgeschüttelt. Und im Gegenzug tat Nelson Mandela zwei sehr wichtige Dinge.

Zum einen sagte er, Südafrika wolle weder jetzt noch in Zukunft jemals wieder Atomwaffen besitzen, da wir niemanden bedrohen wollen. Und er fuhr fort, dass ihre Freiheit nicht vollständig sein werde, solange das palästinensische Volk nicht frei sei. Und so wurde die Solidarität mit dem Mut des südafrikanischen Volkes bei der Beendigung der Apartheid m.E. millionenfach erwidert, als sie diesen Fall von Völkermord vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag brachten. Und ich war dort mit Vasha und anderen und hörte mir einfach den Fall an, der in der brillanten Rede von Blinne (Ni Ghralaigh) und anderen, die dort waren, vorgetragen wurde, und ich überlegte und betrachtete dieses wunderschöne Gebäude – und es ist ein beeindruckendes Gebäude. Wow.

Das kam von den Menschen aus Soweto, die das Apartheidregime abgeschüttelt haben. Danke, Südafrika, für das, was ihr getan habt.

Also: Kampf, Kampf, Kampf bringt die erstaunlichsten Zeugnisse von Vorstellungskraft, von Können, von Empathie, von Menschlichkeit hervor. Kampf ist etwas, von dem wir alle lernen. Und ich habe Gedichte gelesen – die ich ohnehin liebe –, geschrieben von so vielen Palästinensern in den letzten Jahren, sowie von viel älteren Dichtern wie denen in Palästina. Deshalb möchte ich zum Abschluss, wenn ich darf, ein kurzes Gedicht vorlesen. Es stammt von Yahya al Hamarna und heißt

## Stift

*„Ich ging langsam neben meinem Großvater Mustafa auf unserem Weg in den Libanon.*

*Aber wir hatten den Kompass falsch gelesen. Anstatt uns dorthin zu führen, lenkte er uns ins geliebte Gaza.*

*Mit jedem Schritt trug ich Hoffnung in meinem Herzen. Hoffnung, dass ich eines Tages in meine Heimatstadt Zanolqua in Palästina zurückkehren würde.*

*Ich glaube, dass Träume wahr werden. Das habe ich in der Schule gelernt.*

*Plötzlich wurde ich aus meinen Gedanken zurück in die Realität gerissen. Ein feiger Soldat mit rauher Stimme und seltsamem Aussehen hielt uns an. Er fragte: 'Hast du vor, dich zu ergeben?' Ich antwortete: 'Ich kenne dieses Wort nicht, habe es in meinem Wörterbuch nicht gefunden.' Verärgert durchsuchte er mich und verhaftete mich dann. Ich war fassungslos.*

*'Warum?', fragte ich. Er sagte: 'Du trägst eine gefährliche Waffe bei dir.'*

*Ich sah ihn verwirrt an. 'Was ist es?'*

*'Ein Stift', antwortete er. Alles, was ich in meiner Tasche hatte, war ein Stift.'*

Dies zeigt die Macht der Vorstellungskraft und den Widerstand des palästinensischen Volkes, das uns inspiriert, eine bessere, gerechtere und nachhaltigere Welt zu schaffen, die wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen können.

Nicht das Gemetzel, nicht die Unmenschlichkeit, nicht die Ungerechtigkeit, nicht die Kriege und nicht die Zerstörung von heute. Danke an das palästinensische Volk, dass es uns so sehr inspiriert. Danke.

*Video-Übertragung ab 2 Std. :*

*Übersetzung: Redaktion von ‚Sand im Getriebe‘*

**Europäische Bürgerinitiative zur Aussetzung des Assoziierungsabkommens EU-Israel**  
<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/ebi-2026>

**Corbyn zu Starmer, 2024:** „Wir werden nicht zulassen, dass Sie die Palästinenser im Stich lassen“ - [SiG-SN Palästina](#), Sept. 2024, Seite 64

Eskalation mit Vorlauf: Antisemitismusvorwürfe gegen die Labour Party und die Suspendierung Jeremy Corbyns, [rosalux](#), 2.11.2020

François Chesnais (2018): Jeremy Corbyn, die Wiedereroberung der Labour Party durch die Linke und ihre Aussichten auf Übernahme der Regierung, in [SiG 130](#)

Jeremy Corbyn: Nach dem Attentat von Salisbury : Das Abdriften in eine konflikthafte Kollision verhindern (2018), in [SiG 127](#)

# Palästina – Einige Informationsquellen

## Deutschsprachige Seiten

Vertretung des Staates Palästina in Österreich  
<https://www.palestinemission.at/>

Koordinationskreis Palästina-Israel mit vielen Links:  
<https://www.kopi-online.de>

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern: <https://bip-jetzt.de/blog/>

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft:  
<https://dpg-netz.de/rundbriefe/>

<https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/krieg-frieden/>

<https://www.gewerkschafter4gaza.de/>

<https://globalbridge.ch>

<https://www.imi-online.de/category/regionen/mittlerer-osten/israel-palastina/>

<https://www.infosperber.ch>

<https://palaestina-news.ch/>

u. v. m.

## Fremdsprachige Informationen:

Palästinensische und israelische Journalisten berichten: <https://www.972mag.com>

Palestine News and Info Agency:  
<https://english.wafa.ps/>

<https://www.democracynow.org>

<https://forensic-architecture.org/investigation/a-cartography-of-genocide>

<https://www.middleeasteye.net/>

<https://www.middleeastmonitor.com/>

<https://mondoweiss.net/> ;

<https://www.newarab.com>

<https://peoplesdispatch.org>

<https://visualizingpalestine.org/>

<https://orientxxi.info/>

<https://agencemediapalestine.fr/>

<https://www.france-palestine.org>

## 'Sand im Getriebe' zu Israel / Palästina:

**Sonderseite:** <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/haager-gruppe>

### **Mehrere SiG-Hefte:**

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-veroeffentlichungen-zum-thema-israel-palastina>

Gaza, November 2025; Palästina, Mai 2025;

Gaza-Waffenstillstand, Januar 2025;

Palästina, September 2024;

Combatants for Peace, Juni 2024;

Klagen von Südafrika und Nicaragua vor dem Internationalen Gerichtshof, April 2024;

Gaza, Dezember 2023; Gaza, Oktober 2023

**SiG-Sonderseite:** <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

Einzelne Artikel in den SiG-Heften: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-fruhere-veroeffentlichungen>



Der Newsletter Sand im Getriebe (SiG) informiert seit 2001 über internationale (Attac-) Bewegungen (Ignacio Ramonet: „Die Märkte entwaffnen“; *Attac-Charta vom Dezember 1998*). Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein [Gedicht](#) von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

**Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.**

**In eigener Sache:** Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste (Dokumentation auf unserer neuen Website:

[www.sand-im-getriebe.org](https://www.sand-im-getriebe.org))

**Haftungshinweis:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken

**Bestellung gedruckter Exemplare** per E-Mail an die **Redaktion:** [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)

Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: Christine Bidell, Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes